

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Stunde der Faschisierer

Das plötzliche Auftauchen der von der amerikanischen-britischen Bombenwerferei auf Krankenhäuser und Rot-Kreuz-Depots in Afghanistan ablenkenden Milzbrand-Briefserie in den USA roch schon von weitem nach zentraler Regie einschlägig vorbestrafter Behörden wie der CIA-Zentrale Langley. Während alle Welt ihre Vermutungen darüber anstellte, wer wohl dahinterstecken könnte, wußte Washington – das Mekka der Manipulierung – bereits die Antwort.

Der bekannte Anthrax-Züchter Dipl.-Ing. Osama bin Laden habe vermutlich auch die tödliche Bakterienwolke losgeblasen, hieß es aus Kreisen von Capitol und Kapital. Ganze Armeen williger und eilfertiger Medienmacher standen wie beim ersten Mal zur Kolportage auch der dreistesten Lüge Gewehr bei Fuß. Die großen Terroristenjäger, die seit dem 11. September der Öffentlichkeit unablässig Sand in die Augen gestreut hatten und jeglichen Tatbeweis schuldig geblieben waren, überschlugen sich in Spekulationen. Ihre kläffenden Köter waren abermals auf der Spur des selbstgezeugten Lieblingsfeindes der Vereinigten Staaten, da kam mit kleinster Sirene die Entwarnung. Die Verteiler von Milzbrand-Erregern, verlautete aus Washington, seien offensichtlich in den USA selbst zu suchen. Wie der in diesem Sommer exekutierte Attentäter Timothy McVeigh, der 1995 das Federal Building in Oklahoma City mit Hunderten Menschen in die Luft jagte, entstammen sie augenscheinlich rechtsradikalen Kreisen weißer Amerikaner. Mit anderen Worten: Es handelt sich um hausgemachte Faschisten.

So wären wir bei des Pudels Kern. Denn zwischen dem 11. September und einer im Windschatten der freiheitsbringenden Flugzeugträger des George W. Bush hochschlagenden Welle der Faschisierung besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Zu keiner Zeit seit den antikommunistischen Hexenjagden der 50er Jahre hat der staatliche Rechtsextremismus in den USA und der BRD einen solchen Aufschwung genommen.

Wie lange liegt es eigentlich zurück, daß die EU – gewiß, in einer Nestroy'schen Posse – die Beziehungen zu Österreich wegen des

Regierungseintritts der Haider-Partei mit lautem Getöse unterbrach? Redet heute noch jemand von Haider? Sogar Berlusconi und Fini – das in der Wolle schwarz-braun gefärbte Doppelgespann aus Rom – sind jetzt vom Feinsten und gehören zum Tafelsilber der EU. Der 11. September war für die Rechte ein wahrer Glückstag und – im wahrsten Sinne des Wortes – ein Volltreffer. Kräht noch ein Hahn danach, wenn Deutschlands Innenminister Otto Schily (CDU) erfolglos nach einem Regierungspolitiker sucht, der hierzulande weiter rechts steht als er selbst? Obwohl es in der BRD doch – von Stoiber bis Schill – von Konkurrenten nur so wimmelt. Auch im Hause Schröder und bei feldgrauen Fischer-Grünen, deren Macher deutschem Mark und Bein durch die Bereitstellung von 3 900 Elitesoldaten endlich wieder Weltgeltung verschaffen wollen, ist das nicht anders.

Denke niemand, daß wir es jemals wieder mit einem Faschismus zu tun haben werden, der an den verflossenen erinnert und in Schwarzhemden oder mit SA-Stiefeln daherkommt. Nicht einmal von Glatzen mit Bomberjacken oder Leuten mit NPD- und REP-Parteibuch droht die Hauptgefahr. Sie sind vorerst nur Hilfstruppen und Terrorriegel derer, die wirklich die Fäden ziehen. Die heutigen Faschisierer geben sich elegant und eloquent, spielen Tennis und Golf, gehören verschiedenen Parteien an und denken nicht einmal im Schlaf daran, den Parlamentarismus über Nacht abzuschaffen. Sie höhnen die bürgerliche Demokratie nur aus, Stück für Stück, bis sie ihnen wie eine reife Frucht in den Schoß fällt.

Angesagt sind „moderne“ Kriege mit „präzisen chirurgischen Schlägen“ und bedauerlichen „Kollateralschäden“, „überschaubare“ Weltkriege ohne eigene Verluste und nach USA-Vorbild auch fern von eigenen Grenzen, Küsten oder Kontinenten. Es geht um neue Formen der Aggression nach außen und der Repression nach innen. Eine neue Stunde der Faschisierer ist angebrochen. Der 11. September – wer immer ihn inszeniert haben mag – war ihr Fanal. Widerstand tut not!

Klaus Steiniger



Die Sicherung der „Heimatfront“	S. 2
Wärme und Gleichklang	S. 3
Wie lange währt der Bekennermut?	S. 4
Der Rubikon ist überschritten	S. 5
Doppelerfolg für die PDS	S. 6
Ein achtbares Resultat	S. 6
Das Abschneiden der DKP	S. 6
Marx und Engels zum Parlamentarismus (II)	S. 7
Südwest in Nordost	S. 8
Linke Sprachreflexe nach dem 11. September	S. 9
Auf Reisen	S. 10
Boyle entlarvt Bush	S. 11
Erdrutsch in Polen	S. 12
Bleibt Vietnam sozialistisch?	S. 13
Zum Weg Nicaraguas	S. 14
Washingtons Ultrarechtskurs stoppen	S. 15
Die Bush-Bin-Laden-Connection	S. 15
Die Türme von Babylon	S. 15
Belarus auf gutem Kurs	S. 16
Israel aus kommunistischer Sicht	S. 16
Was wurde aus der Sowjetarmee?	S. 17
Die Jagd auf Mugabe	S. 18
Vorhut oder Nachtrab?	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Termine & Anzeigen	S. 24

Was Polizeiminister Schill-y im Schill-de führt

Die Sicherung der „Heimatfront“

„Der gegenwärtige Notstand darf nicht zum Normalfall gemacht werden“, flehte unlängst die PDS-Vizevorsitzende Petra Pau aus Angst um ihr politisches Projekt. Denn der Krieg läßt keinen Raum für Reformismus, sondern zermalmt ihn „im Vorübergehen“. Er schafft nicht mehr „Freiheitsgüter“, auch nicht im Sinne von Sir Popper und Herrn Brie, sondern beseitigt sie. Krieg und Demokratie schließen sich aus. Daß „der Westen“ im Krieg ist, wird – ganz anders als 1999 beim Überfall auf Jugoslawien – jetzt offen ausgesprochen, sogar in die Gehirne gehämmert. Der US-Präsident hat ihn verkündet, begonnen und von langer Dauer gesprochen. Und Kanzler Schröder, meinte ein bürgerliches Blatt, redet in inzwischen von Krieg und BRD-Militäreinsatz so begeistert, als teile er den Start einer deutschen Weltraumrakete mit. Uns betrifft zunächst, was Frau Pau „gegenwärtigen Notstand“ nennt und Herr Schily mit Ton und Gestik eines Provinzpi-nochets durch sein Agieren verdeutlicht: Die Sicherung der „Heimatfront“ – das ist der untrennbare Zusammenhang zwischen imperialistischem Krieg und faschistoidem Gehabe.

Seit dem 11. September werden im Fließbandverfahren Gesetze und Maßnahmen erarbeitet, die den Staatstyp verändern. Allein die Legalisierung und Institutionalisierung der Zusammenarbeit von Geheimdienst, Polizei, Militär und Justizapparaten, ihre faktische Vernetzung zu einer Art „neuem Reichssicherheitshauptamt“ – wie das unlängst ein Liberaler nannte – zeigen drohend genug die Richtung, in die es geht.

Noch aufschlußreicher war die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Dies forderte übrigens auch der Chef der spanischen Streitkräfte, doch da dort die faschistische Diktatur den Menschen noch frischer in Erinnerung ist, regte sich sofort massiver Protest bis ins konservative Regierungslager ... Auch bei uns verstummte die Forderung nach Erklärung des „Bündnisfalles“ schnell. Doch das hatte wohl andere Gründe. Nach Art. 80 a der Notstandsgesetzgebung über den „Spannungsfall“ – er umschließt den Bündnisfall, den das Grundgesetz nicht kennt – treten mit dessen Feststellung automatisch Teile der Notstandsgesetze in Kraft. Einer Zustimmung des Bundestages bedarf es dazu nicht; nach Abs. 3 reicht ein Beschluß, „der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird“, d. h. ein NATO-Beschluß. So gilt z. Z. auch Art. 78 a, der im Abs. 3 die Bundeswehr im Verteidigungs- und Spannungsfall zum Einsatz im Inneren ermächtigt, inklusive „Schutz ziviler Objekte“ und „Unterstützung polizeilicher Maßnahmen“.

Es ist in diesem Zusammenhang auffällig, daß Kanonenfutterminister Scharping laut Pressemeldungen angeblich wegen seiner Tölpelhaftigkeit faktisch entmachtet sein und Schröder alle militärischen Entscheidungen an sich gezogen haben soll: den Übergang der Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr vom Kriegsminister auf den Kanzler sieht Art. 115 b der Notstandsgesetze ohnehin vor – allerdings für den offiziell noch gar nicht erklärten „Verteidigungsfall“.

Mit dem „Bündnisfall“ sind in den NATO-Staaten eine Reihe von Befugnissen in die Hände von SACEUR (Oberster Alliierter Be-

fehlshaber Europa) verlagert worden. Er kann praktisch den Notstand erklären, in dem die dafür vorgesehenen NATO-Streitkräfte unter seinen Befehl treten; er kann deren Gefechtsbereitschaft anordnen und den Einsatz der ihm direkt unterstellten „Ständigen NATO-Streitkräfte“ befehlen. SACEUR aber ist immer ein US-General.

Die Beseitigung der Trennungslinien zwischen Militär, Polizei und Geheimdiensten und deren Formierung zu einer effektiven Kriegsmaschine der äußeren Aggression und inneren Unterdrückung wird durch eine Vielzahl von Sondergesetzen flankiert. Im Asylrecht, wo schon beim „Verdacht auf Extremismus“ abgeschoben werden soll, tragen die Entwürfe offen rassistische und faschistoide Merkmale. Schilys auf modernste Technik gestützte „biometrische“ Gesichtskontrolle ruft die mit Schädelvermessungen weitaus simplerer Art verbundenen „Tätertyp“-Ermittlungen der Nazis in Erinnerung. In den Schubladen liegt eine gesamteuropäische Definition von „Terrorismus“, mit der u. a. Streiks in Verkehrsbetrieben, Blockaden, Besetzungen und ähnliche Massenaktionen zu Kapitalverbrechen erklärt werden. Fast wundert man sich, daß die deutschen Kriessozis (noch) nicht den Entwurf ihrer britischen Parteifreunde kopieren, denen allein „einfacher Verdacht des Terrorismus“ ausreicht, um Menschen künftig auf unbestimmte Zeit ohne Prozeß zu internieren. Für diese ultrarechte Variante stehen in den USA Präsident George W. Bush und sein Justizminister Ashcroft.

Die Berliner Regierung plant, ihre „zivilisatorischen Errungenschaften“ um die faktische Beseitigung des Post- und Fernmeldegeheimnisses zu erweitern. Von der Lüftung des Bankgeheimnisses ganz zu schweigen. Frau Pau & Co. werden also auch in dieser Hinsicht endlich in der BRD (West) ankommen, wo Linke seit jeher von solchem Schutz ausgenommen waren.

Relevant für die Niederhaltung des antiimperialistischen Kampfes ist die Einführung eines Paragraphen 129 b. Nach vorliegenden Informationen soll er die Bestimmungen der §§ 129 und 129 a (kriminelle bzw. terroristische Vereinigung) auch auf „im Ausland ansässige Organisationen“ anwendbar machen. Nun definiert das gesamte 129er-Paragrafenwerk ausgesprochene Organisations- und Gesinnungsdelikte. Geschaffen in der Weimarer Zeit angeblich zur Bekämpfung „organisierter Kriminalität“, wurde es immer nur gegen Kommunisten und andere Antifaschisten angewendet. Allerdings eignete es sich wenig zur Verfolgung in der BRD lebender Mitglieder und Sympathisanten von nationalen Befreiungsbewegungen. So mußten die große Abschiebejagd auf arabische Menschen nach den Olympia-Attentat 1972 mit dem Ausländerrecht geführt, palästinensische Arbeiter- und Studentenorganisationen nach dem Vereinsrecht verboten werden. Auch die kurdische PKK und deutsche Sympathisanten konnten nach dem Verbot von 1993 „nur“ nach dem Vereinsrecht belangt werden; um Kader dennoch zu hohen Strafen verurteilen zu können, konstruierte die Bundesanwaltschaft jeweils „kriminelle Vereinigungen innerhalb der PKK“. Mit dem geplanten Paragraphen 129 b wird das anders. Zunächst sei daran erinnert, daß „Unterstützung oder Werbung“ für eine kriminelle/

terroristische Vereinigung mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bedroht ist. Dutzende Antimperialisten wurden in den 70er und 80er Jahren in der BRD auf Monate und Jahre eingesperrt, weil sie mit Flugblättern zu Hungerstreiks, Broschüren zur Lage politischer Gefangener, Transparenten, Wandparolen usw. für eine „terroristische Vereinigung geworben“ haben sollten. Die Gesinnung reichte zur Verurteilung. Es gehört wenig Phantasie dazu, sich vorzustellen, welche nationalen Befreiungsbewegungen zu „im Ausland ansässigen Terrororganisationen“ erklärt werden dürften, wenn sich die Kämpfe in Kolumbien, in anderen Ländern Lateinamerikas, in Palästina und im arabischen Raum weiter entfalten. Ein Arm der palästinensischen PFLP wurde gerade von Arafat, der immer mehr den Befehlen der Amerikaner zu folgen scheint und dessen Geheimpolizei durchweg von der CIA ausgebildet wurde, verboten ... Welche Staaten so eingestuft werden, ist ebenfalls unschwer vorstellbar – bis hin zur KDVR und zu Kuba. Überhaupt keiner Phantasie bedarf es für die Vorstellung, welche Probleme so auf Verfechter der antiimperialistischen Solidarität und des proletarischen Internationalismus in Deutschland zukommen könnten. Wer meint, wir seien davon noch weit entfernt, sollte immerhin bedenken, daß man jüngst in Erfurt ein Demonstrationsverbot damit begründete, es würden „Freunde und Verbündete der Bundesregierung beleidigt“, vor allem seien „antiamerikanische Parolen zu befürchten“.

So unklar die Kriegsziele des Imperialismus zur Zeit auch noch erscheinen mögen – eines wird hinter den Rauchschleiern psychologischer Manipulierung sichtbar: Die Ächter des Krieges sollen eingeschüchtert, die Bildung einer breiten Widerstandsfront wie seinerzeit während der Vietnamaggression verhindert werden. Strategisch aber geht es um den rapiden Abbau der in der Krise ohnehin zum Störfaktor gewordenen bürgerlichen Demokratie; ihre entleerten Institutionen sollen zum bloßen Dekor eines diktatorischen Regimes werden. Das führt Schily im Schilde. **Werner Hoppe**



Auf der 1. Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Vereins empfunden:

Wärme und Gleichklang

Am 4. November fand die 1. Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins statt. Mit weit über 100 Mitgliedern und Gästen aus fast allen Regionen der Bundesrepublik – allein 7 Genossen kamen aus Teterow – war zwar nur knapp die Hälfte der „RotFuchse“ anwesend, jedoch der Blaue Salon des alten ND-Gebäudes bis zum Bersten gefüllt. Gewichtiger noch als die geographische Breite: die politische Vielfalt der durch die Teilnehmer repräsentierten Auffassungen, Strömungen und Organisationen; sie reichte von Kommunisten der DKP, der KPD und der Kommunistischen Plattform der PDS über weitere PDS-Genossen, Partei-lose und linke Christen bis zu Vertretern der Friedensbewegung.

Das Hauptreferat hielt **Prof. Dr. Hans Heinz Holz**. Er sprach „zur Lage“. Wie stets beeindruckte der namhafte Philosoph und Historiker durch geschliffene, allen verständliche Sprache und zwingende Logik der Gedanken. Bevor er sich dem Thema zuwandte, würdigte er Leben und Wirken unseres erst kürzlich verstorbenen Genossen Karl Eduard von Schnitzler, für den er sehr persönliche Worte fand. Die Teilnehmer schlossen sich in einer Gedenkminute an.

Hans Heinz Holz eröffnete seinen Vortrag mit der Feststellung, daß die Welt entgegen allen von den Medien suggerierten Behauptungen seit dem 11. September keine andere sei. Der noch aggressiver gewordene Imperialismus habe seine Maßnahmen von langer Hand vorbereitet. Ausgehend von der alten Frage „cui bono?“ (Wem nützt es?) meinte er, daß man die Präzision der Flugleistungen der Attentäter „sicher nicht in einem Ausbildungslager im Hindukusch“ erlernen könne. Seit 1990 verfolge der Imperialismus ungehindert und ohne jede Rücksicht seine Politik. Diese „Schamlosigkeit hat sich u. a. in einer ungeheuren Welle von Fusionen, Vernetzungen und Verquickungen im Bereich der großen Kapitalgruppen niedergeschlagen; jener Bewegung, die man heute mit dem Modewort „Globalisierung“ bezeichnet. Im Gegensatz zu Theoretikern auch der eigenen Partei verneinte Holz strikt den Anbruch einer neuen Phase des Kapitalismus und wies darauf hin, daß solche Entwicklungen bereits von Marx im 24. Kapitel des 1. Bandes des „Kapital“ beschrieben worden seien; „als ein notwendiger Prozeß, der sich innerhalb der Kapitalbewegung ereignen muß“. Dies führe zu der seit Jahren zu beobachtenden „Überakkumulation“ und der damit verbundenen mörderischen Konkurrenz im Kampf um Märkte und die letzten Rohstoffreserven. Das Aufsaugen der einen durch die andere Kapitalgruppe erfolge auch heute vom nationalen Standort der jeweiligen Gruppe aus. Die heimische politische Macht würde benutzt, um die jeweils eigenen Zentralisierungsabsichten durchzusetzen. „Der Konkurrenzkampf führt so zu einer Verschärfung der Interessengegensätze zwischen den imperialistischen Metropolen.“ Dies habe durchaus auch eine militärische Komponente. Dazu zitierte er die Äußerung einer dem Pentagon nahestehenden amerikanischen Zeitschrift, wonach man spätestens

2015 damit rechne, daß die Weltmacht USA von anderen Großmächten in die Schranken gefordert werde; dies wolle Washington zuvor mit allen Mitteln verhindern. Anhand vieler aktueller Beispiele erläuterte der Redner die trotz verbaler Solidarität an manchen Stellen bereits offen zutage tretenden Gegensätze zwischen den imperialistischen Hauptmächten, was sich auch im Einsatz militärischer Kräfte ausdrücke. „Wir haben einen Gegner, der nicht nur für jeden einzelnen, sondern für die Gattung Menschheit gefährlich ist.“ Ob der Imperialismus das Überleben der nächsten Generation unmittelbar gefährde, oder ob er – wie einige behaupten – über die „Globalisierung“ zu einer Friedensordnung in der Welt gelangen könne – darüber dürfe es keine Kompromisse geben, konstatierte der Gast aus der Schweiz.

Unter starkem Beifall würdigte er den Nachhall der DDR-Friedenspolitik, wie er sich bei den jüngsten Berlin-Wahlen manifestiert habe. Man wünschte sich, daß dieser Teil des Referats Grundlage für den analytischen Abschnitt des neuen DKP-Parteiprogramms würde.

Abschließend kam Hans Heinz Holz auf akute Fragen der Organisation des antiimperialistischen Kampfes, des Wirkens der Kommunisten und der Kommunistischen Partei zu sprechen. Er bedauerte das Ausscheiden des „RotFuchs“ aus der DKP, ohne allerdings die Verursacher dieser Entwicklung zu benennen.

Die Diskussion war farbig in der Thematik, kultiviert in der Wortwahl und freundschaftlich im Ton. Sie wurde von **Dr. sc. E. Thomas** (Berlin) eröffnet. Er berichtete u. a. über seine Erlebnisse und Erfahrungen im „Haifischbecken der Marzahner Parteien“ während des Berliner Wahlkampfes (s. hierzu S. 6 dieser Ausgabe). **E. Heinz** (Berlin) stellte fest: „Der Terror ist keine Erfindung eines ominösen Bin Laden“. Er sei stets eines der gängigen Instrumente im Arsenal der Ausbeuterklassen gewesen. Der Redner erinnerte an die Ermordung von Rosa und Karl, die faschistischen Konzentrationslager, die USA-Atombomben auf japanische Städte, die USA-Aggressionen in Korea, Vietnam und am Golf sowie an den NATO-Überfall auf Jugoslawien. Er erhoffe sich auch künftig von „RotFuchs“ und unserem Verein die Erörterung solcher Fragen von brennender Aktualität „in ihren ökonomischen, politischen und historischen Zusammenhängen“. Der Verein müsse eine Organisation werden, in der Kommunisten aus der PDS, der DKP, der KPD und viele, viele parteilose Genossen zusammenfinden können. Mit dieser Bemerkung hatte er zugleich den dominierenden Gedanken der weiteren Diskussion zum Ausdruck gebracht. Fast alle folgenden Beiträge gingen – von unterschiedlichen Standpunkten aus – auf dieses Thema ein, so **G. Ackermann** (Duisburg), **Dr. E. Langrock** (Hoyerswerda), **Dr.-Ing. P. Tichauer** (Berlin), **A. Krämer** (Gersdorf), **C. Messerschmidt** (Hannover), **A. Torres** (Jena) und **B. Queck** (Potsdam). Vielleicht am deutlichsten sagte es **M. Balzer** (Hamburg): „Wir brauchen ein gemeinsames Dach“. Der „RotFuchs“

müsse seine verbindende Funktion zwischen den verschiedenen marxistischen Gruppierungen weiter ausbauen.

Ein Höhepunkt der Versammlung war der Beitrag von **Yshai Kalmanovitch**, Mitglied des ZK des Israelischen Kommunistischen Forums. Die Kommunisten Israels stünden im schweren Kampf gegen die terroristische Politik ihrer Regierung gegenüber den Palästinensern, die die Ursache der Spannungen in der Region sei. „Der einzige Weg aus der Situation ist die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser.“ Das Kommunistische Forum sei vor zwei Jahren als marxistisch-leninistische Antwort auf die reformistische Politik der alten KP geschaffen worden. „Wir versprechen, den Kampf für unsere Ideen fortzusetzen, weil sie gerecht sind – wenn auch der Sieg noch weit entfernt sein mag.“ Herzlicher Beifall dankte dem israelischen Genossen.

In seinen resümierenden Bemerkungen zur Debatte stellte der Vereinsvorsitzende **Dr. sc. G. Feldbauer**, der die Beratung am Morgen eröffnet hatte, fest: „Unsere Versammlung hat gezeigt, daß wir eine Tribüne geschaffen haben, die der Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und allen marxistisch-leninistisch orientierten Linken dient, ohne deren Zugehörigkeit zu Parteien oder anderen Organisationen infrage zu stellen.“

Nach Informationen zur erfolgreichen Entwicklung des Vereins, die von **W. Metzger** und **F. Mühlefeldt** gegeben wurden, sprach **Dr. H. Strohschein** zum weiteren Umgang mit den genau vor einem Jahr erstmals im „RotFuchs“ veröffentlichten „11 Forderungen“. Sie seien damals auf eine unerwartet breite und lebhaft Resonanz gestoßen. Der Redner erinnerte an die Metapher von Peter Hacks: „Wessen sollten wir uns rühmen, wenn nicht der DDR.“ Leider habe der PV der DKP diesen Vorschlag, damals von der Gruppe Nordost präsentiert, verworfen und durch einen politisch wirkungslosen Alibi-Beschluß „ersetzt“. Der Vorstand des Vereins habe bereits auf seiner ersten Zusammenkunft festgelegt, eine aktualisierte Fassung der „11 Forderungen“ zu erarbeiten und schlage vor, sie erneut öffentlich zur Diskussion zu stellen. In einem einstimmig gefaßten Beschluß folgte die Mitgliederversammlung diesem Vorschlag und legte nach kurzer Diskussion fest, das überarbeitete und ergänzte Dokument sowohl im Dezember-„RotFuchs“ zu veröffentlichen als auch allen uns politisch nahestehenden oder von den Forderungen berührten Organisationen als Gesprächsangebot zu überreichen. Abschließend wählte die Versammlung die von der Satzung vorgeschriebene Revisionskommission mit **Dr.-Ing. P. Tichauer** als Vorsitzendem und **G. Labuhn** sowie **A. Neumann** als Mitgliedern.

Fazit des Berichterstatters: Ein alle Erwartungen übertreffender Auftakt für die weitere Profilierung des Vereins als politische Bildungsorganisation und für die Stärkung unserer immer mehr Leser findenden Zeitung. Eine Begegnung, bei der man Wärme und Gleichklang empfand.

Frank Mühlefeldt

Zwiespältige PDS nach ihrem Dresdner Parteitag

Wie lange währt der Bekennermut?

Bei der Berlin-Wahl erzielte die PDS weit mehr als einen Achtungserfolg. Mit 22,6 % der gültigen Wählerstimmen erreichte sie ihr ehrgeiziges Ziel von „20 % plus X“ in Bestform. Im auffällig geist- und lustlos geführten Wahlkampf war nichts unversucht gelassen worden, die „rote Gefahr“ zu beschwören. Dennoch stärkte die PDS ihre Position als 3. Kraft in der hauptstädtischen Parteienlandschaft; in Ostberlin räumte sie ab. Das respektable Ergebnis erklärt sich wohl kaum aus dem ganz im amerikanischen Stil betriebenen Werben um Wählerstimmen, das auch die PDS-Spitze bevorzugte – vordergründig auf „Medienstar“ Gysi als Zugpferd bezogen und ergänzt durch die Verteilung kleiner Geschenke, meist englisch betextet („I like Gy“), zu denen geschmackvollerweise selbst rotgefärbte Kondome mit der Aufschrift „Wir lassen keinen hängen“ gehörten.

Doch nicht derlei Obszönitäten verdankt die PDS ihren Erfolg, sondern einer politisch schwergewichtigen Entscheidung, die ihr Dresdner Parteitag getroffen hatte. In dem dort angenommenen „Friedensappell“ bezogen die Delegierten eindeutig Antikriegsposition und lehnten Militärschläge – unzulässig auch als Antwort auf Terrorakte – entschieden ab. In eben diesem Sinne hatte schon die PDS-Bundestagsfraktion dem „Bündnisfall NATO“ als einzige der hier vertretenen Parteien eine Absage erteilt.

Diese Haltung entsprach dem gültigen PDS-Parteiprogramm wie dem zu dieser Problematik auf dem Münsteraner Parteitag gefaßten Beschluß. Immerhin erforderte sie politischen Mut: In einer emotional aufgeheizten Atmosphäre, die durch die Herrschenden und deren Medien nach dem 11. September bis zu rachegeiger Hysterie gesteigert wurde, stellte sich die PDS gegen den „Mainstream“. Sie riskierte damit, bei bestimmten „sicherheitsfixierten“ Wählerschichten auch Stimmenverluste hinnehmen zu müssen.

Daß sie dennoch ihrem Anspruch gerecht wurde, Antikriegspartei zu sein, und sich – in diesem Punkt jedenfalls – als tatsächliche Oppositionspartei erwies, wurde ihr am 21. Oktober nicht nur von Stammwählern honoriert. Auch Berliner, die wegen des reformistischen Kurses der PDS-Führung in den letzten Jahren den Wahlurnen fernblieben, entschieden sich diesmal anders. Sie erklärten – so auch wiederholt gegenüber der „RotFuchs“-Redaktion –, daß in dieser hochbrisanten Situation mit der Frage Krieg – Frieden im Zentrum alle anderen Bedenken hinter das Erfordernis zurücktreten müßten, die einzige parlamentarisch präsente Antikriegskraft demonstrativ zu unterstützen.

Eine solche Entscheidung zeugte von Differenzierungsvermögen und politischer Reife. Aber: Ein Bonus, der auf Dauer der PDS allein für ihre Antikriegshaltung diese Unterstützung sichern wird, ist damit keineswegs erteilt. Zumal es Grund gibt, sorgfältig darauf zu achten, ob von ihr auch künftig nicht abgewichen wird. Immerhin fehlt es im Füh-

rungszirkel der PDS nicht an Leuten, die auf eine Änderung hinarbeiten. Das zeigte sich, als Dr. Gysi für „begrenzte Militärschläge“ gegen Staaten plädierte, die des Terrorismus Beschuldigte nicht an jene Staaten ausliefern, welche solches fordern. Mit diesem Verlangen befand sich der PDS-Politiker übrigens im Einklang mit dem pakistanischen Militärdiktator Musharraf, der sich für „eine kurze, scharfe, gezielte Aktion“ gegen die vermeintlich Schuldigen an den Anschlägen vom 11. September aussprach. (ND, 9. 10. 2001) Selbst wenn Gysi angesichts der bei Parteibasis und Sympathisanten laut werden Proteste dann bemüht war, seinen Vorstoß in eine lediglich von Militär auszuführende Polizeiaktion umzudeuten: so oder so räumte er damit ein völkerrechtswidriges „Recht auf Intervention“ ein.

Die Äußerung widersprach zudem eindeutig dem gültigen PDS-Programm, das „Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien“ ablehnt. Aber Gysi ging es um etwas ganz anderes: Adressat seiner Offerte war wohl kaum das eigene Parteivolk, sondern eher die nach wie vor als Wunsch-Koalitionspartner für künftiges gemeinsames Regieren umworbene SPD. Die nämlich macht eine Partnerschaft davon abhängig, daß die PDS ihre antimilitaristische Position räumt.

Hier nun stellt sich eine direkte Verbindung zu einer anderen Entscheidung her, die der Dresdner Parteitag der PDS traf. Mit der Annahme des vom Parteivorstand eingebrachten „Leitantrages“ wird die laufende Programmdebatte in eine den „Realos“ an der Parteispitze genehme Richtung kanalisiert und damit das künftige politische Profil der Partei bereits vorgeformt. Nicht weniger ist bezweckt, indem der vom Trio Klein & Gebrüder Brie formulierte und von der Parteivorsitzenden Zimmer favorisierte „Entwurf I“ eines neuen Parteiprogramms zur „verbindlichen Grundlage“ für die weitere Programmdiskussion erhoben wurde. Andere, konkurrierende Entwürfe sind damit als zweitrangig abgewertet, obwohl sie – unter sozialistischen Aspekten – durchweg mehr an Substanz zu bieten haben. Diese „dank“ geschickter Parteitagsregie von einer Delegiertenmehrheit abgesegnete Bevorzugung der vorstandsgenehmen Strömung auf Kosten anderer bedeutet den offenen Übergang zur Aushöhlung des innerparteilichen Pluralismus – bislang als besonderer Vorzug der PDS gepriesen.

Von Teilen der Partei wird der Vorgang als Zäsur bewertet. Mit dieser Weichenstellung verdeutlichte die PDS-Zentrale, daß sie ihr politisches Grundkonzept unter allen Umständen durchsetzen will. Der faktisch auf Versöhnung mit dem kapitalistischen System zielende Kurs dürfte übrigens für viele jener Berliner Wahlberechtigten Motiv gewesen sein, die – als zahlenmäßig „stärkste Partei“ – der bürgerlichen Fassadendemokratie mittels Stimmverweigerung die Legitimation versagten. Das waren immerhin 768 102 Hauptstädter – ein Potential, das sich ei-

ne konsequente Opposition zumindest teilweise erschließen könnte.

Die Antikriegsposition der PDS gewann bei den Berliner Wahlen und der Senatsbildung eine „internationale Dimension“. Die (farbverfälschend so bezeichnete) Rot-Rot-Koalitionsvariante – so deren zahlreiche Gegner aus verschiedenen politischen Lagern – sei wegen ihres „Symbolgehaltes“ unakzeptabel, hieß es. Der nämlich beschwöre eine über den Rahmen der Hauptstadt hinausgehende Belastung des Verhältnisses zur westlichen Führungsmacht USA herauf. Man könne den Amerikanern schließlich nicht zumuten, die PDS in der Metropole des Landes an politischer Machtausübung beteiligt zu sehen, solange diese auf ihrer Eigenständigkeit in der Friedensfrage beharre.

Neben der „amerikanischen Karte“ gab es für die SPD-Spitze noch ein anderes Trumpf-Argument: Den infolge jahrzehntelanger Manipulierung erreichten Grad antikommunistischer Ressentiments in der westdeutschen und Westberliner Bevölkerung in Rechnung stellend, fürchtet die derzeitige Kanzlerpartei eine fatale Signalwirkung, die ihr das Zusammengehen mit den als „Postkommunisten“ apostrophierten „Tiefrotten“ bei der Bildung des neuen Berliner Senats hätte einbringen können: Die auch von SPD-Seite nach wie vor betriebene Verketzerung der PDS als „SED-Nachfolgerin“ würde sich bei der Bundestagswahl 2002 gegen Schröder selbst richten – für allzu viele brave BRD-Bürger wäre eine Partei nicht mehr wählbar, die mit der PDS gemeinsame Sache macht. Die mit Gewißheit dann von rechts ausgegebene Parole „Liefert die Bundesrepublik nicht Rot-Rot aus!“ ließe den Verlust der eigenen Regierungsmacht befürchten. Da arrangiert man sich dann eben lieber mit wackligen Partnern, an die das Publikum schon gewöhnt ist. Per Daumendruck des Kanzlers wurde die Ampelkoalition „empfohlen“.

An den Differenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik, die zwischen SPD und PDS noch bestehen, platzten die Ambitionen von Gysi, Zimmer, Pau & Co. auf Einzug ihrer Partei in die künftige Hauptstadtregierung. Noch in Wowereits „Wartezimmer“ versicherte Dr. Gysi, unmittelbar bevor die SPD-Seite ihre Entscheidung bekanntgab, er halte die Dissenspunkte mit der Kriegspartei SPD „letztendlich nicht für unüberbrückbar“ (!). Diesen Satz sollte man sich merken. Denn auch er besitzt Signalwirkung. Zumindest deutet er an, daß die PDS-Führungsriege ihre Hoffnung nicht aufgegeben hat, das bewerkstelligen zu können, was von den Grünen bereits vorgemacht wurde: Hehre Grundsätze gegen jene Rendite einzutauschen, die politischer Pragmatismus abwirft. Oder anders gesagt: antimilitaristische Positionen zu räumen, um einen Platz auf Regierungsbänken zu finden. Derzeit ist das noch nicht möglich. Aber für 2006 bleibt Gysis und der anderen Ziel: Regierungsfähigkeit um jeden Preis.

Wolfgang Clausner

Warum der Leipziger Jurist Prof. Ingo Wagner einen Schlußstrich zog

Der Rubikon ist überschritten

Der vom Dredner Parteitag beschlossene Modus der Fortführung der programmatischen Diskussion und die damit verbundene Richtungsentscheidung veranlassen mich, aus der PDS auszutreten. In Kürze: Der gebilligte Leitantrag involviert, den Text des neuen Entwurfs für ein Parteiprogramm auf der „Grundlage des von der Parteivorsitzenden vorgelegten Programmtextes“ zu erarbeiten. Hierauf sollen sich Änderungen, Ergänzungen, Einwände und Weiterentwicklungen beziehen. Und: „Das Programm einer pluralistischen Partei kann weder eine Mixtur gegensätzlicher Positionen noch die Unterwerfung unter einen einzigen theoretischen Ansatz sein.“

Diese Ansage (...) vernebelt die wirkliche Sachlage. Hier muß man nicht nur das Roß, sondern auch die Reiter nennen. Die Arbeitsgrundlage ist das Produkt von Dieter Klein, Michael Brie und André Brie (künftig Programm-Trio genannt). (...) Gabriele Zimmer ist dieser Text, der auf fundamentalen Widerspruch in der linksdenkenden wissenschaftlichen Öffentlichkeit stieß, allerdings deshalb die Grundlage für die programmatische Debatte, „weil er und die jetzt anschließende Debatte um diesen Text geeignet sind, die Profilierung der PDS als linke sozialistische Partei voranzubringen“, wie sie bei der Vorstellung dieses Entwurfs meinte. Aber er ist die völlige Entsorgung des wissenschaftlichen Sozialismus und die Totalabsage an jede marxistische Geschichtsauffassung.

Die neuen Götter der Erkenntnis sind als „neue paradigmatische Zugänge zu den Problemen unserer Zeit“, wie Klein anlässlich seiner Verabschiedung als „Professor für ökonomische Grundlagen der Politik“ an der Humboldt-Universität zu Berlin im Februar 1997 in einem Vortrag offenlegte: Anthony Giddens, Adam Smith, John Maynard Keynes, Ralf Dahrendorf, Joseph Schumpeter, Wolfgang Zapf, Jürgen Habermas, Fritz Scharpf, Peter Katzenstein, Helmuth Wiesenath, Max Weber, Claus Offe, Talcott Parsons (Berliner Debatte INITIAL 8, 1997, S. 76). Jüngst bringt das Programm-Trio in einem Artikel der FAZ vom 28. August 2001 noch Karl R. Popper ins Spiel, der behauptet, daß es eine Gesellschaft wie jene, die Marx als „Kapitalismus“ beschrieb, niemals gegeben habe. „Folgerichtig“ wird vom Programm-Trio das Privateigentum insgesamt zur essentialen Grundlage der Gesellschaft erklärt. Aber aus dem Kreise des Programm-Trios tönt es zugleich, mit diesem Dokument sei man „so nahe bei Marx wie kein kommunistisches oder sozialdemokratisches Programm seit dem Kommunistischen Manifest“ (M. Brie). Welche Leute sind hier am Werke? Frau Zimmer hat ihr politisches Schicksal mit diesen Reformsozialisten verbunden, die keinen Sozialismus, sondern nur die Zivilisierung des Kapitalismus als „Sozialismus“ wollen. (...) Die beschlossene „Arbeitsgrundlage“ macht mit wirklich antikapitalistischen Vorstellungen und einem hierauf basierenden Sozialismus-Bild reinen Tisch: Es bleibt bei einem solchen Modernen Sozialismus, der bei weiterexistierenden Kapitalverwertungsinteressen – also innerhalb eines zivilisierten Kapitalismus – entstehen soll; und zwar mittels einer reformistischen Reform als politisches Hauptanliegen. De facto mündet dies in ein

Ende der Geschichte und des Klassenkampfes ein – eine Vorstellung, wonach der Kapitalismus – in den Worten von A. Giddens – das einzige ist, was wir haben: „Wir müssen ihm eine stabile, aber flexible Umkleidung geben.“ (Die Welt vom 18. 4. 2001) (...) „Sozialismus“ innerhalb des Kapitalismus ist angesagt. Dieser von Frau Zimmer favorisierte „Sozialismus“ ist in Wirklichkeit ein solches Produkt des Imperialismus, das sogar hinter Bernstein und dem „traditionellen“ Reformismus zurückfällt.

Daß es sich um einen prinzipiellen Richtungswechsel handelt, steht außer Frage. Der Sozialismus wird als eine idealistisch-metaphysische Erfindung vorgestellt. Sie führt mittels sozialreformistischer Anpassung faktisch dazu, Linke den sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten des Kapitals unterzuordnen, sie in den politischen Hauptstrom der bürgerlichen Gesellschaft einzuordnen und in ihre kulturelle Hegemonie einzubeziehen. Die Ersetzung eines zeitgemäßen (modernen) Marxismus durch ein ideologisches Konstrukt verschiedener moderner bürgerlicher Geistesströmungen bezweckt auch, die marxistische Linke in der PDS zu paralysieren. Aus dieser Sicht ist die bereits jetzt vom Zeitgeist zersetzte Führungsriege der PDS ein wahrer Glücksfall für die Herrschenden in der BRD.

Auf dem Dredner Parteitag meinte Roland Claus: „Nirgendwo steht bei Marx geschrieben: Nach mir höre das Denken auf.“ Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion vergaß nur hinzuzufügen, welche Richtung dieses Denken in der PDS einschlagen soll. Hierzu gab er aber auf dem Cottbusser Parteitag Auskunft: „Gabi, möge es Dir gelingen, unser vielharmonisches Orchester gut zum Klingen zu bringen. Spiel uns auf ein Konzert für Reformflügel und Orchester – ein Werk aus der Moderne.“ (...) Gregor Gysi hat sich 10 Jahre redlich bemüht, das „Konzert der Moderne“ zu spielen. Lothar Bisky, der sich gelegentlich als Marxist bezeichnete und feiern ließ, quälte sich 8 Jahre damit ab, um dann die Sache hinzuschmeißen. Aber immerhin: Es ist beiden durchaus gelungen, die Partei so zu „erneuern“ (...)

Frau Zimmer hat schnell gelernt. Jetzt ist der Knüppel aus dem Sack angesagt – in Form eines „kulturvollen“ Stils. Am 6./7. Januar 2001 verlangte sie in ihrer Gastkolumne im ND einen „Kultursprung“ (Gregor Gysi) zu wagen. (...) Der Inhalt dieses angekündigten „Kultursprungs“ blieb völlig offen und auch die Frage, wo die PDS hierbei überhaupt zu landen gedenkt. Dies wurde aber Schlag auf Schlag deutlich: Die Erklärung zur Vereinigung KPD – SPD war ein Hohn auf die historische Wahrheit. Die „Mauererklärung“, die völlige Demontage des Parteiprogramms, orientiert de facto darauf, die Niederlage des Sozialismus als zivilisatorischen Fortschritt und die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bewerten. Frau Zimmers Liebeserklärung an Deutschland bezweckt, den Übergang zum Modernen Sozialismus in der Programmdebatte einerseits durch die „nationale Frage“ zu kaschieren und andererseits diesen Modernen Sozialismus selbst in ihr zu verankern. Um auch ein „Tages-Beispiel“ zu nennen: So konnte man lesen, daß sie am Rande des stillen Gedenkens bei der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vermerkte, es sei wich-

tig, daß sich nach wie vor so viele Menschen zu Luxemburgs Ideen für einen demokratischen Sozialismus bekennen (ND vom 15. 1. 2001). Ein Gleichheitszeichen zwischen der Sozialismus-Vorstellung von Frau Zimmer à la Moderner Sozialismus und Luxemburgs unsterblichem marxistischen Gedankengut setzen zu wollen, kann nur bedeuten, zu versuchen, ihr geistiges Erbe auszulöschen. (...)

Bereits dieses Wenige verdeutlicht den Landplatz des von Frau Zimmer geforderten „Kultursprungs“. Ihre diesbezügliche „Arbeitsgrundlage“ führt die PDS früher oder später ins „Aus“. Einen wirklich praktisch-politischen Kampf kann die Parteibasis (aus verschiedenen Gründen) nicht mehr führen. Peter Porsch meinte mit seiner Ankündigung, Ministerpräsident von Sachsen werden zu wollen, daß die PDS für „den heute wirklich überschaubaren Zeitraum, das sind die nächsten 15 bis 20 Jahre, auf jeden Fall noch benötigt“ wird (Freie Presse 29. Juni 2001). Während dieses Zeitraums wird aber der überwiegende Teil der Basis verstorben sein. Wer glaubt, daß in absehbarer Zeit die PDS im jetzigen politischen Kräftespektrum wesentliche Erfolge hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit erreichen könnte, ist ein Narr oder ein Lügner. Eine langfristige Konzeption des wirklichen Ausbruchs aus der Kapitalherrschaft ist für den Führungskern der PDS tabu. Den Mitgliedern der Basis der Partei wird also nichts anderes übrig bleiben, als sich bis zum eigenen Ableben für den Ausbau der sozialen Stellung und die materielle Absicherung der im kapitalistischen System angekommenen Reformsozialisten und Reformpraktiker einzusetzen – und das in einer Zeit, wo ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung für eine wirkliche Linkspartei – links von der PDS – plädiert. Erhard Eppler hat wohl kaum Unrecht, daß mit dem Aussterben der PDS deren bereits weitgehend sozialdemokratischer Kern in die SPD einmündet. „Wir müssen langfristig bereit sein, den Laden zu übernehmen – inklusive der Wähler“ (Der Spiegel 29/2001, S. 37).

Es ist deshalb an der Zeit, die PDS zu verlassen und den Kampf um die sozialistische Sache in anderen Formen fortzusetzen. (...) In der PDS habe ich mich redlich um einen sozialistischen Kurs – auch auf der Grundlage eines zeitgemäßen und insofern modernen Marxismus – bemüht. Vergeblich. Mit vielen aufrichtigen Mitgliedern der PDS verbindet mich gleiche Gesinnung und Kameradschaft. Der linke parteilose Theologe Dr. Dieter Kraft schreibt in einem Brief an die Redaktion der Schrift „Ein Programm sollte nicht mit einer Lüge beginnen“: Man „muß schon zu einem sehr hohen Maße an Selbstverleugnung fähig sein, um die Peinlichkeiten und Lächerlichkeiten dieser PDS-Führung ertragen zu können“ (Schkeuditz 2001, S. 135). Sie sind Legion, und ich habe sie oft mit zusammengebissenen Zähnen jahrelang tapfer ertragen. Aber nunmehr ist der Rubikon überschritten, das Maß voll. Es ist an der Zeit, sich nicht länger von einer machteiligen und charakterlosen bourgeoisesozialistischen Elite der PDS als Feigenblatt für eine „pluralistische Partei“ mißbrauchen zu lassen; es ist allerhöchste Zeit, sich von ihr zu trennen, ihr den Laufpaß zu geben.

Ingo Wagner

Zum Ausgang der Berliner Wahlen und zum Verlauf des Senatsspokers

Doppelerfolg für die PDS

Die PDS hat – trotz der negativen Belastungen durch die abweichende Gysi-Äußerung zu Militäreinsätzen als einzige Antikriegspartei des Bundestages bei der Wählerschaft akkreditiert – beim Urnengang und im anschließenden Senatsspoker einen Doppelerfolg errungen.

Sie eroberte erstens sämtliche Direktmandate in Ostberlin, gewann dort fast die Hälfte der Stimmen, darunter 70 % des Votums der Erstwähler, und fuhr auch im Westen der Stadt (hier: 20 % der Erstwähler) achtbare Ergebnisse ein.

Sie wurde zweitens – wodurch ohne eigenes Zutun der PDS eine fatale Situation abgewendet werden konnte – nicht Senatsspartei und bleibt in Berlin, was Gysis regierungssüchtiger Eitelkeit sicher wehtun dürfte, auf den Oppositionsbänken. Damit ist der Schwarze Peter für alle jetzt auf die Berliner zukommende Unbill bei denen geblieben, die die PDS als Koalitionspartner vermeiden wollten. In der Hauptstadt war Schröders Druck, sich die „sicherheitspolitisch“ vorerst unzuverlässige PDS unbedingt vom Leibe zu halten, massiv und ausschlaggebend, auch

wenn von Wowereit „berlinspezifische“ Bedenken mit vorgeschoben wurden.

Wäre die Ablehnung nicht erfolgt, hätten sich die PDS und Gysi mit einer Partei oder Parteien zusammenfinden müssen, die für die mörderische Bombardierung Afghanistans Mitverantwortung tragen. Die Zugehörigkeit aber zu einer Koalition mit Kriegsparteien hätte die PDS vor eine Zerreißprobe gestellt. Als Senatsspartei wäre sie nach dem Prinzip „mitgefangen – mitgehangen“ zu behandeln gewesen.

Die Berliner Lektion zeigt einmal mehr: Wer im Deutschland der Monopole – und auch auf Hauptstadtebene – Regierungsfähigkeit erlangen will, muß system- und NATO-kompatibel sein. Mit anderen Worten: Er muß dem Sozialismus bedingungslos abschwören. Es wird sich zeigen, ob die mit dem von Frau Zimmer „vorgestellten“ Programm geschlagene PDS bis 2006 diese „Qualität“ erlangt hat.

Doch bleiben wir beim Hier und Heute: Glückwunsch, liebe PDS-Genossen, zu Eurem großen Wahlsieg! Und auch dazu, daß Eure Partei durch die SPD von der Kante des

Koalitionssbettes gestoßen wurde! Nun muß Wowereit in den sauren Apfel beißen und gegen einen sich weiter zuspitzenden Ost-West-Antagonismus – das Votum von 48 % der Ostberliner Wähler wurde einfach übergangen – anregieren. Dabei besitzt er so illustre Partner wie die politische Hurc FDP, die sich gerade erst in Hamburg mit dem faschistoiden Herrn Schill liiert hat. Ein zur 10-Prozent-Partei aufgeblasenes Grüppchen elitärer Bourgeois, das seine Wähler vorübergehend bei der CDU abstauben konnte. An den Grünen mit Frau Klotz, der früheren Dozentin für Marxismus-Leninismus, hatte die SPD ja schon früher ihr Vergnügen.

Zum Doppelerfolg der PDS gesellt sich ein nicht minder spektakulärer doppelter Mißerfolg ihrer schärfsten Gegner. Die CDU schrumpfte so sehr, daß sie nur noch einen Punkt vor den demokratischen Sozialisten landete, und die Rechtsaußen-Parteien NPD und REP fielen einmal mehr unter den Tisch.

Alles in allem also eine Bilanz, mit der man zufrieden sein kann. S. R.

Das Abschneiden der DKP

Erstmals kandidierte die DKP – übrigens gegen den Rat einer deutlichen Minderheit in ihrer Bezirksorganisation – mit einer von Prof. Dr. Nina Hager angeführten Liste für das Berliner Abgeordnetenhaus. Sie erhielt 1382 Stimmen (knapp 0,1 %). Die UZ schrieb dazu auf ihrer Titelseite: „Der Erfolg der DKP läßt sich aber nicht an den nackten Zahlen festmachen, sondern wird sich in der künftigen Arbeit zeigen.“ Spitzenkandidatin Nina Hager stellte in einem Beitrag „Jenseits der Zahlenspiele“ fest: „Für eine umfassende Einschätzung des Ergebnisses der DKP ... ist es noch zu früh.“

Es seien mehr als 3 000 Unterstützer-Unterschriften gesammelt worden. R. F.

Der Einzelkämpfer: Dr. Erhard Thomas

Ein achtbares Resultat

Sie haben sich bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen als Einzelkandidat in Biesdorf beworben. Wie bewerten Sie Ihr persönliches Abschneiden?

Auf meine Liste entfielen 1 034 Stimmen. Das waren 5,2 %. Wenn man dies für sich allein genommen betrachtet, kann man als Realist und Visionär nicht ganz zufrieden sein. Doch die Streubreite in den einzelnen Stimmbezirken meines Wahlkreises 4 reichte von 1,8 % bis 10,8 %. Der Kandidat der Grünen (3 %) wurde überboten, der Mitbewerber der FDP (5,5 %) fast eingeholt. In ganz Berlin habe ich unter 13 Einzelbewerbern den zweiten Platz errungen.

Was war die im Wahlkampf am meisten an Sie gestellte Frage?

Wie wollen Sie das ohne Partei schaffen? Sehr viele Bürgerinnen und Bürger zeigten sich überrascht, einem parteilosen Einzelbewerber auf den über 330 Laufkilometern durch Biesdorf-Nord und Biesdorf-Süd zu begegnen. Schließlich hat es in der Geschichte von Wahlkämpfen in Marzahn einen solchen „Exoten“ noch nicht gegeben. Sobald ich aber auf das berühmte Zünglein an der Waage zu sprechen kam, das unter bestimm-

ten Voraussetzungen auch ein solcher Kandidat sein kann, regte ich nicht wenige Zuhörer zum Nachdenken an.

Sehen Sie Chancen, bei künftigen Wahlen auf dem von Ihnen beschrittenen Weg weiter voranzukommen?

Prinzipiell lautet die Antwort Ja! Voraussetzung ist, daß man das Endziel der Wahl definiert, den methodischen Weg festlegt, den Bürger im Alltag begleitet. Ich bin froh darüber, mit meiner Kandidatur und dem Anfangsergebnis einen Funken geschlagen zu haben. Es ist mein Wunsch, daß sich möglichst viele progressiv orientierte Menschen zusammenfinden, damit eines Tages eine Flamme der Hoffnung daraus entsteht, die man durch ganz Deutschland tragen kann. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, meinen Wählerinnen und Wählern über den „RotFuchs“ herzlichen Dank für das mir bekundete Vertrauen auszusprechen.

Interview: Frank Mühlefeldt

Der ehemalige Chefchirurg des Regierungs- und des Diplomatenkrankenhauses der DDR
MR Doz. Dr. sc. med. Erhard Thomas gehört dem Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. (i. G.) an.

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (37)

Marx und Engels zum Parlamentarismus (II)

Die politischen Publikationen von Karl Marx über die Funktionsweise des englischen Parlamentarismus in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts bieten Einsichten, die z. T. verallgemeinerungsfähig und als Analogie zum heutigen bürgerlichen Parlamentsbetrieb methodologisch von Bedeutung sind. Aus Platzgründen muß ich den Bezug auf den Parlamentarismus in der BRD dem Leser überlassen. Es wird ihm nicht schwerfallen, verblüffende Ähnlichkeiten zu entdecken.

Marx unterschied im politischen System Englands sehr genau zwischen herrschender Klasse und regierender Kaste, zwischen politischen Parteien und Cliques, Regierung und parlamentarischer Opposition. Er deckte die Beziehungen zwischen ihnen auf. Mitte der 50er Jahre zerfielen die mit dem Regierungsmonopol betrauten traditionellen Parteien (Tories und Whigs) in einzelne Cliques, die in der Regel Koalitionsregierungen bildeten. Für sie waren die kleinen Gruppierungen besser geeignet als die größeren, da letztere zu viele Postenjäger hatten, die bei Regierungsantritt „versorgt“ werden mußten. Andererseits waren die kleinen Cliques zahlenmäßig zu schwach, „um eine selbständige parlamentarische Majorität zu bilden“. So läßt sich das Geheimnis lüften, warum in Regierungen Minister auftauchen, die nach den Wahlergebnissen nur wenige Prozent der Stimmen erhalten haben, aber den kühnen Anspruch erheben, fortan die Mehrheit des Volkes zu repräsentieren. Erwiesen sich die zahlenmäßig kleineren Cliques einerseits als besser zur Regierungsbildung befähigt, so machte andererseits deren numerische Schwäche ihre parlamentarische Mehrheit zu einer Sache des Zufalls, die jeden Tag auffliegen konnte.



Bürgerliche Koalitionsregierungen kommen in der Regel dann zustande, wenn die etablierten „großen“ Parteien zerfallen bzw. nicht mehr in der Lage sind, allein die Regierung zu bilden. Solche Koalitionen und deren häufiger Wechsel können Anzeichen politischer Instabilität sein. Marx weist ausdrücklich darauf hin, zwischen Instabilität von regierender Kaste und herrschender Klasse sorgfältig zu unterscheiden. Die politische Macht der herrschenden Klasse kann durchaus stabil sein, aber das Regierungssystem ist es nicht, erweist sich als labil. Politische Parteien vertreten in der Regel die Interessen einer Klasse oder einer Klassenfraktion, aber nicht im Sinne mechanischer Synchronität. Im England der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts existierten z. B. Parteien bzw. politische Cliques, von denen man nicht sagen konnte, wen sie eigentlich repräsentierten. Marx hatte keinen Zweifel über den bürgerlichen Klassencharakter dieser schwer durchschaubaren Formationen. Aber das Phänomen der Undurchsichtigkeit erschwert es bis heute vielen Werktätigen, den Klasseninhalt der Politik von Parteien zu erkennen.

Im Hinblick auf den Mechanismus der Beziehungen zwischen Parlament und Regierung war für Marx aufschlußreich, daß auf der Ministerliste für das neue Kabinett oftmals auch die Namen von Kandidaten standen, die bereits der gerade gestürzten, voran-

gegangenen Mannschaft angehört hatten. Er enthüllte die „klassische“ parlamentarische Spielregel, wonach der Kampf nie gegen das Amt, sondern stets nur gegen seinen augenblicklichen Inhaber geführt wird, und auch nur soweit, daß er fähig bleibt, als Ministerkandidat in demselben Moment wieder aufzustehen, in dem er als Minister gefallen ist. „Die Oligarchie verewigt sich nicht durch den beständigen Besitz der Gewalt in der selben Hand, sondern dadurch, daß sie die Gewalt abwechselnd aus ihrer einen Hand fallen läßt, um sie mit ihrer andern aufzufangen.“ (MEW 11/352)

Marx und Engels haben wiederholt darauf hingewiesen, daß sich die Politik als Form gegenüber ihrem sozialen Inhalt verselbständigen kann. Dies wird auch im bürgerlichen Parlamentarismus sichtbar. Ein geradezu grotesker Fall war die Krise der englischen Armee im Krim-Krieg (1853/56). Die Truppe war durch Seuchen und Krankheiten dezimiert, hatte 1855 faktisch zu existieren aufgehört, aber im Parlament war sie „politisch“ immer noch existent. Eine Begründung für ein solches „Weiterbestehen“ fand sich darin, daß etwa 40 000 sieche Soldaten, die im Lazarett keine Aufnahme finden konnten, in der Statistik nicht als krank gemeldet, sondern als „noch dienstfähig“ aufgeführt waren.

Dinge, Tatsachen sind nach Marx im „parlamentarischen Sinne“ nur Vorwand für Worte, Fallstrick für den Gegner, Hinterhalt gegen das Volk, Gegenstand artistischer Schaustellung für den Redner selbst. „Die Rede gibt nicht den Impuls zu einer Tat, sondern die Vortäuschung einer Tat bietet die Gelegenheit zu einer Rede.“ Darin sah Marx die „klassische und endgültige Form parlamentarischer Beredsamkeit“. (MEW 12/243)

In der Analyse des bürgerlichen Parlamentarismus erhärtete er erneut die schon vorher erkannte Tatsache, daß die Politik die Erscheinungsform wirklicher Klassenkämpfe ist. Die vorwiegend in England untersuchten Parlamentskrawalle und Regierungskrisen Mitte der 50er Jahre erwiesen sich als Hülle, als „Maske“, hinter denen sich die Fraktionskämpfe zwischen Bourgeoisie und Aristokratie, der wirkliche Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat vor dem Hintergrund einer Handels- und Industriekrise verbargen. Klassenkampf und Wirtschaftskrise erschienen politisch als Ministeriumskrisen, Regierungswechsel, Skandale aller Art.

Ulrich Huar

LESEEMPFEHLUNG:

Karl Marx: Die Parteien und Cliques.

In: MEW 11/44-46;

Das Ergebnis der Wahlen.

In: MEW 12/179-182



Wo ein „Landstrich“ zur Kolonie wurde

Südwest in Nordost

Drimal im letzten Jahrhundert sind die Deutschen in ihrer jeweiligen Mehrheit trügerischen Heilsversprechungen gefolgt und haben den falschen Propheten vertraut. Kaiser Wilhelm II. versprach seinem Volk einst einen „Platz an der Sonne“ und rief ihm zu: „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen.“ Der braune Demagoge Hitler erklärte großmäulig: „Gebt mir vier Jahre Zeit und Ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen.“ 1989 kam dann die Stunde des nächsten Heilsversprechers deutscher Zunge: In wenigen Jahren „blühende Landschaften“ auf dem Territorium der DDR zu schaffen, „garantierte“ Bundeskanzler Kohl jubelnden Massen in Dresden. „Helmut, nimm uns bei der Hand, führ uns in das Wirtschaftswunderland!“, skandierte eine illusionstrunkene Menge. Sie ahnte damals noch nicht, daß sie sich damit einem Kolonialregime unterwarf.

„Kolonialregime“? Ist dieser Begriff denn wirklich gerechtfertigt oder nur ein aus verständlichem Ressentiment gesuchtes agitatorisch-diffamierendes Schlagwort? Die Frage ist bekanntlich umstritten. Je länger der Anschluß der DDR an die BRD zurückliegt, desto mehr neige ich dazu, die Charakterisierung des Vorgangs als Installation eines Kolonialregimes für berechtigt zu halten. Jüngster Anlaß dazu ist der in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 29. September 2001 erschienene Beitrag eines Peter Richter. Er trägt die harmlose Überschrift „Region erahnter Kindheitsmuster“.

Dem Autor geht es zunächst einmal um die Zukunft der ostdeutschen Städte, wobei dann, ganz aktuell bezogen, plötzlich Vokabeln auftauchen, die gemeinhin aus der Zeit der Konfrontation vor 1989/90 ungut in den Ohren klingen. Von „Frontstadt“ ist da wieder die Rede, womit allerdings Halle an der Saale gemeint ist. Dies deshalb, weil dort wie auch anderswo im Osten mit großer Erbitterung der Konflikt um die zukünftige Gestaltung des Stadtbildes ausgetragen wird: Erhaltung des historisch gewachsenen alten Areals, in welchem schlechtem Zustand große Teile der Bausubstanz auch immer sind, bei flächendeckendem Abriß der zu DDR-Zeiten entstandenen Neubaugebiete, weil durch das Schrumpfen der Bevölkerung – Geburtenrückgang, Abwanderung West – so viel Wohnraum einfach nicht mehr gebraucht wird. Oder – unter Beibehaltung der Platten-siedlungen – Modernisierung und attraktive Gestaltung der Stadtkerne, umgeben von breiten Zonen, in denen die völlig verfallene Bausubstanz der überkommenen Wohnquartiere abgebrochen wird. Für diese Kahlschlagzonen wählt der Autor, erschreckend genug, den Ausdruck „Todesstreifen“. Beispielhaft für die Situation schildert er die Lage in Görlitz. Die Stadt wurde jüngst von Herrn Thierse – beim Staatsakt am 3. Oktober in Mainz – zu jenen urbanen Gebieten im Osten gerechnet, „die in neuem Glanz erstrahlen“. Der FAZ-Autor meint hingegen, Görlitz sei „keine Boomtown, hat in den letzten zehn Jahren 17 % seiner Einwohner verloren, ist überaltert. Die Jüngeren und die Zuzügler haben in der Stadt viel Platz, Ältere finden es in ihren kleinen Plattenbauwohnungen am Stadtrand weiterhin bequemer, und für das eher traditionelle Familienleben der mittleren Jahrgänge sind noch weiter draußen die üblichen Eigenheime entstanden. Alles dazwischen könnte eigentlich einem Todesstreifen zwischen den Lebenskulturen Platz machen, wie ihn Fachleute für die meisten ost-

deutschen Städte vorhersagen“. Makaber ist es, so zu erfahren, wie die bössartige Sprache der Kalten Krieger von einst jetzt, nachdem der Zweck erreicht ist, ihre Erfinder nicht mehr losläßt.

Richter kommt dann auf die „ausgeweideten Industriestandorte“ zu sprechen. Dieses Bild ruft sofort wieder die Kolonialisierungs-Assoziation hervor. Ist das, was seit 1990 in dieser Beziehung im Osten ablief, nicht vergleichbar mit der Ruinierung der bis dahin blühenden indischen Kleinproduktion von Textilien bei naturgemäß geringer Produktivität durch den von der britischen Kolonialmacht erzwungenen Massenimport aus der inzwischen mechanisierten englischen Textilindustrie im 19. Jahrhundert? Immerhin bescherte die „industrielle Ausweidung“ des deutschen Ostens der westdeutschen Industrie einen beispiellosen Absatzboom!

So deprimierend sich die Zukunft vieler einstiger Kolonien besonders in Afrika heute darstellt, so düster sieht der Autor die Perspektiven des Ostens. Zum Verständnis des nachfolgenden, schier unglaublichen Zitats sei erläutert: Mit „Landstrich“ sind in mitleidig-arroganter Wessi-Manier die „fünf neuen Bundesländer“, mit „Südwesten“ Bayern, Baden-Württemberg und Hessen gemeint.

Hier das Zitat: „Denn wenn man aus den wirtschaftlichen und demographischen Tendenzen und Prognosen Schlüsse für die zukünftige Gestalt dieses Landstrichs zieht, wird alles wehmütig und schmeckt nach Abschied, zunächst mal Abschied von der Jugend. Wenn die den Lockungen des wirtschaftlich starken Südwestens folgt, dann werden die Städte, bevölkert von denen, die auf DDR-Rentenniveau leben müssen, alt und arm sein. Zwischen den Altbauten wird das Leben nicht pulsieren, sondern schleichen. Erst recht kein Grund zu bleiben oder gar hinzuziehen.“

Selbst die Sorben, die kleine slawische Minderheit, verlorene aufgrund der massenhaften Verluste von Arbeitskräften in der Braunkohle durch Abwanderung ihrer jungen Leute in den Westen an Substanz. Wie erschreckend-dramatisch die Situation sich aber darstellt, wird daran deutlich, daß ein sonst verachteter Ausdruck plötzlich in der Diskussion auftaucht: „Reslawisierung“. Drastisch führt der Autor die Hoffnungslosigkeit der Lage vor Augen, wenn er unter Anspielung auf einen möglichen Zu-

wanderungsstrom polnischer Arbeitskräfte im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung schreibt: „Nicht einmal mit der Aussicht auf Reslawisierung könnten sich diese entvölkerten Städte Mut machen.“ Denn in Gebiete, wo es keine Arbeit gäbe, kämen wohl auch die Polen nicht hin. Dem eigentlich für „deutsches“ Denken unerhörten Tabubruch, eine „Reslawisierung“ überhaupt nur als, wenn auch chancenlose, Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, folgen dann Sätze, mit denen die am ehesten zu vermutenden Folgen des „Beitritts“ vom 3. Oktober 1990 zu den finalen Ergebnissen einstiger deutscher Afrika-Kolonialpolitik in Beziehung gesetzt werden: „Das Wahrscheinlichste wäre, daß sie enden wie jene ferne deutsche Siedlung, die auch auf -itz endet: Wie Lüderitz in Namibia nämlich, wo durch die leeren Fenster der Sandsturm pfeift. Ähnlich wie da im ehemaligen Deutsch-Südwest sieht es im heutigen Deutsch-Nordost stellenweise schon aus. Das ganze gründerzeitliche Packhofviertel im brandenburgischen Wittenberge dient nur noch als Kulisse für Kriegsfilme.“

In Görlitz träte dann natürlich der Schneesturm an die Stelle des Lüderitzer Sandsturms, möchte man den Autor ergänzen. Jedenfalls läuft es einem bei derartigen Visionen kalt über den Rücken, denn, Hand aufs Herz, wer hält nach allem, was wir erlebt haben – gerade auch in allerjüngster Zeit! – noch irgendetwas für unmöglich?

Ein bißchen Trost schöpft Richter schließlich für sich und seine Leser aus dem Umstand, daß der Verfall häufig auch einen gewissen Reiz des Morbid-Romantischen ausstrahlt. Dafür sind denn auch nicht wenige Westbesucher empfänglich. Aus ihrer mittlerweile bis in den letzten Winkel langweilig und einfürmig perfektionierten Umwelt der Alt-BRD nehmen sie vieles im Osten als „vormodernes Paradies“ wahr.

So formuliert der FAZ-Autor abschließend: „Den Osten mag man, die Ostdeutschen, solange sie befremdlich anders sind, nicht so sehr. Das Beste für alle wäre dann vielleicht genau das, was Helmut Kohl verhindern wollte! Sie ziehen einfach weg, werden selbst Westdeutsche, und alle gemeinsam blicken aus einem überfüllten Teil in einen gänzlich leeren, wo dann die Landschaften wirklich blühen und zwar rings um malerische Ruinen.“

Rolf Vellay



Warum die Terminologie des Gegners übernehmen?

Linke Sprachreflexe nach dem 11. September

Es ist schon erstaunlich, wie sehr die offizielle Sprachregelung zur Verurteilung der „barbarischen, menschenverachtenden ... Terroranschläge“ bis weit in die sich als revolutionär verstehende Linke weltweit unreflektiert übernommen wurde – als hätten wir keine eigene Sprache, um unser Bedauern mit den Geschehnissen zu formulieren. Es steht zu vermuten, daß dieser Umstand nicht nur die ideologischen – und damit realen – Kräfteverhältnisse widerspiegelt, sondern zugleich auch ein fehlendes Maß an kritischer Reflexion derselben, sprich: Wir übernehmen die imperialistische Sprachregelung nicht nur aus eigener Schwäche heraus (sozusagen als Lippenbekenntnis zum erdrückenden Common Sense), sondern es fällt uns nicht einmal mehr auf!

Eine erfrischende Ausnahme bietet u. a. ein Kommentar der von Harpal Brar herausgegebenen britischen Zeitschrift „Lalkar“ in ihrer September/Okttober-Ausgabe. Dort heißt es unter der Überschrift „Die Bastionen des US-Imperialismus stürzen ein“: „Jenen Millionen, die es niemals für möglich gehalten haben, für all das Leid, das die übermächtigen US-Aggressoren ihnen und den von ihnen Geliebten zufügen, Vergeltung zu üben, mag der erfolgreiche Angriff auf die mächtigsten Symbole der US-Finanz- und Militärmacht Befriedigung und sogar Freude bereitet haben. Menschen, die selbst unter der US-Aggression gelitten haben, werden dabei selbstverständlich die ersten sein, die Mitleid mit den Opfern und ihren Familien haben, denn sie kennen solches Leid aus persönlicher Erfahrung. Angesichts ihres nunmehr eigenen Leids sollten die Amerikaner allerdings auch einen Gedanken an jene erübrigen, deren Leben ihre terroristische Regierung zerstört ... Es ist unabdingbar, sich gegen jene Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen, die die Aktionen der Flugzeugentführer angetrieben hat, die ihr eigenes Leben aus dem Bedürfnis nach Widerstand heraus geopfert haben. Es gibt Millionen Menschen in der Welt, die – selbst Opfer imperialistischer Aggression – zu einem solchen Opfer bereit wären. Die Lösung ist allerdings nicht, noch mehr Opfer zu produzieren, wo-



„Sind Sie auch ein aus Europa ausgewiesener afghanischer Flüchtling?“

Aus: „Solidaire“, Brüssel

zu sich die terroristische US-Regierung sicherlich anschiebt. Die Lösung ist, der terroristischen Agenda der US-Regierung Einhalt zu gebieten.“

Hier werden Täter und Opfer angemessen sortiert, und auch der Stellenwert der zivilen Opfer des Anschlags ins rechte Licht gerückt. Zum ersten Mal sind in den USA in größerer Zahl „Unschuldige“ ums Leben gekommen – ein Umstand, der bisher ausschließlich den abhängigen Ländern der Zweiten und Dritten Welt vorbehalten war. Mit diesen Opfern identifiziert sich hier allerdings kaum jemand, weshalb auch nirgendwo wochenlange Trauer angesagt ist (um die Opfer u. a. in Jugoslawien, Kongo, Irak, Palästina...). Das Trauerbedürfnis der US-Amerikaner wird allerdings bis in weite Kreise der Linken auch noch Wochen nach dem Anschlag geteilt und bedient...

Auch der Begriff des „internationalen Terrorismus“ wird gerne unreflektiert übernommen, sofern man ihn vor allem – und hier ist man wieder d'accord mit der imperialistischen Lesart – mit rückständiger, irrationaler (sprich: unzivilisierter!) Ideologie identifiziert, statt ihn in erster Linie als – wie auch immer verzerrten – Ausdruck des Widerstands gegen das himmelschreiende Ausbeutungsverhältnis zwischen imperialistischen und abhängigen Ländern zu betrachten, der

in Abwesenheit einer wirkungsvollen anti-imperialistischen Bewegung diese eigentümliche Form annimmt.

Es muß uns in diesem Zusammenhang klar sein, daß wir angesichts unserer eigenen Schwäche nicht in der Lage sind, die Waffen von Feinden des Imperialismus (der „Terroristen“) zu bestimmen. Und falls es uns in den imperialistischen Zentren nicht gelingt, eine in der Arbeiterklasse verankerte Gegenbewegung zu schaffen, werden wir gewollt oder ungewollt zu Komplizen bzw. Geiseln unserer herrschenden Klasse. (Insofern ergibt die verräterische Bemerkung aus linken Kreisen „Es hätte ja auch uns treffen können!“ durchaus Sinn.)

Unsere eigene Waffe hingegen kann nur die ideologische Klarheit sein, auf deren Grundlage wir den bewußtesten, fortschrittlichsten Teil der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen zu überzeugen und zu organisieren beginnen. Ein schweres Unterfangen, aber unerlässlich.

Andrea Schön

An alle Mitglieder und Sympathisanten des „RotFuchs“-Fördervereins

Wir geben schon jetzt den Termin einer Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin unseres Vereins bekannt, zu der auch alle auswärtigen Freunde herzlich eingeladen sind.

Am Sonnabend, dem 2. März 2002, findet um **11.00 Uhr** eine Veranstaltung mit dem in Großbritannien lebenden indischen Gelehrten, Imperialismus-Forscher und Politiker **Prof. Harpal Brar** statt, der vielen Genossinnen und Genossen noch von unserer gemeinsam mit „offensiv“ veranstalteten Imperialismus-Konferenz in bester Erinnerung ist. Harpal Brar, der eine Deutschland-Tournee unternimmt, hat zugesagt, unserer Einladung zu folgen und sein neues Buch „Imperialismus im 21. Jahrhundert“, das im Pahl-Rugenstein-Verlag erschienen ist (ISBN 3-89144-293-9, 29,90 DM), vorzustellen.

Der namhafte Wissenschaftler, Chefredakteur der Zeitschrift „Lalkar“, ist bereit, in der anschließenden Diskussion auf alle Fragen zu antworten.

Genossen, notiert Euch schon jetzt diesen Termin!

Veranstaltungsort ist der Blaue Salon im alten ND-Gebäude.

Begegnungen mit einer kämpferischen linken Basis

Auf Reisen

Hier möchte ich etwas über eine Reihe von Reisen erzählen, die mich seit Juni zu insgesamt 10 Veranstaltungen – von Hamburg und Bremen über Berlin, Frankfurt/Main, Düsseldorf und Köln bis nach Stuttgart und Nürnberg – geführt haben. Ich hielt Vorträge und stellte mich der Diskussion über die schleichende Faschisierung in Italien, die möglichen Auswirkungen auf die Bundesrepublik, den Widerstand dagegen und mit dieser Thematik zusammenhängende Fragen. Initiatoren und Organisatoren oder wesentliche Beteiligte waren in fast allen Fällen die örtlichen, regionalen oder bezirklichen Organisationen der DKP, die VVN-Bund der Antifaschisten, Autonome, Info-Läden sowie andere linke Veranstalter, darunter der Hamburger Freidenkerverband, und antifaschistische Persönlichkeiten, die allesamt Ausstrahlungskraft und Integrationsvermögen zeigten. In Hessen hatte der DKP-Bezirksvorstand das Thema auf die Tagesordnung seiner August-Beratung gesetzt. Nützliche Gespräche ergaben sich hier u. a. mit Dr. Robert Steigerwald. Überall, wo ich mit Genossen und Freunden eines breiten linken Spektrums zusammentraf, empfand ich – auch bei unterschiedlichen politischen Ansichten in einigen Fragen – das Maß der Übereinstimmung im gemeinsamen Kampf. Zu einer Berliner Gesprächsrunde kamen Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch zusammen, darunter – um nur einige Teilnehmer zu nennen – das Professorenehepaar Inge und Mitja Rapoport, die marxistischen Theologen Prof. Hanfried Müller und Prof. Rosemarie Müller-Streisand, der Historiker Dr. sc. Kurt Gossweiler und viele andere, die nicht weniger für einen neuen sozialistischen Anlauf eintreten.

Unter den für mich wichtigen Eindrücken sind an erster Stelle die Begegnungen mit einer kämpferischen linken Basis zu nennen, zu der auch viele junge Menschen gehören, die bereits über gute politische Kenntnisse verfügen. Sie können neue Erscheinungen – so die Entwicklung in Italien – klug analysieren und entsprechende Ableitungen zur Situation in der BRD vornehmen. Allgegenwärtig war die Solidarität mit den Opfern der blutigen Ausschreitungen der Berlusconi-Polizei, wie sie die DKP und andere linke Kräfte übten. Auf einem Forum in Bremen, das ein Bündnis „Freiheit für die Gefangenen von Genua“ mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltete, hat mich die Begegnung mit etwa 60 vorwiegend jungen Teilnehmern sehr beeindruckt. Einige von ihnen waren bei den Kampfaktionen in Genua selbst dabei gewesen. Ob in der Diskussion oder in persönlichen Gesprächen – man spürte ein überzeugendes antiimperialistisches Engagement. In Bremen lernte ich Marco Trotta, den Sprecher des Bologna Social Forum, kennen. Er informierte über den breiten Fächer verschiedener Organisationen und Bewegungen, die in Genua gemeinsam handelten, wobei er auch die aktive Rolle der traditionellen Linken, unter ihnen die führend mitbeteiligte Rifondazione Comunista, hervorhob. Trotta gab einen Überblick zu Konzepten sowie zu Auffassungen von Militanz und Gewaltfreiheit, die den meisten bei uns bisher wenig bekannt sind.

Da die von CIA, NATO und Faschisten in Italien und anderswo betriebene Spannungsstrategie als Wegbereiter der Faschisierung inzwischen die Regierung Berlusconi an die

Macht gebracht hat, ergab sich ein Bezugspunkt zu den jüngsten Ereignissen in den USA: den Anschlägen in New York und dem hemmungslosen Weltherrschaftsstreben der USA, das einen neuen großen Krieg ausgelöst hat. Zur Sprache kam dabei nicht nur, daß die Vereinigten Staaten das Ursprungsland des Terrors sind, sondern auch, daß Hintergründe und Zusammenhänge in Washingtons jahrzehntelanger Gewaltpolitik wurzeln.

Jüngste Ereignisse haben die auf den Reisen getroffenen Feststellungen bestätigt. Ich denke nur an die machtvollen Proteste gegen die von Bayerns CSU-Ministerpräsidenten Stoiber an den Profaschisten Berlusconi übermittelten Einladungen zum Staatsbesuch und zur Teilnahme am Nürnberger Parteitag der CSU im Oktober. Daß es gelang, die Absage des Berlusconi-Besuches zum CSU-Parteitag zu erreichen, ist vor dem Hintergrund heraufziehender Faschisierung ein hoch zu bewertendes politisches Ereignis. Warnungen fanden ihre Bestätigung auch im Wahlerfolg des Hamburgers Schill, eines deutschen Haider – des ersten faschistoiden Politikers, der zur Teilnahme an einer Koalition aus CDU und FDP eingeladen wurde. Da ließ sich die auf meinen Veranstaltungen aufgeworfene Frage, ob Stoiber ein deutscher Berlusconi werden wolle, keineswegs von der Hand weisen.

Übrigens: Vielerorts gab es auch herzliche Begegnungen mit Lesern des „RotFuchs“ sowie mit Mitgliedern und Sympathisanten des erst im Juli gegründeten gleichnamigen Bildungsvereins, die ihr großes Interesse an unserer Arbeit hervorhoben.

Gerhard Feldbauer

KPF der PDS Sachsen appelliert: RF-Förderverein unterstützen!

Unter der Überschrift „Unterstützung für den ‚RotFuchs‘ = Hilfe für sächsische Kommunisten“ hat die Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS Sachsen am 20. 10. 2001 in Chemnitz folgenden Beschluß gefaßt: Die Zeitung „RotFuchs“ – begründet durch die Gruppe Berlin Nordost der DKP – wird auch in Sachsen von vielen Kommunisten gelesen. In der Diskussion wird immer wieder betont, daß die klare Sprache und die schonungslose Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft auch für uns Kommunisten in Sachsen eine wichtige Hilfe in der politischen Arbeit darstellen. (...) Inzwischen wurde der „RotFuchs“-Förderverein e. V. (i. G.) gegründet. Ihm gehören aus Sachsen u. a. Genossen aus Chemnitz, Gersdorf, Freiberg, Hoyerswerda und Leipzig an. Von unserer heutigen Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDS Sachsen aus rufen wir dazu auf, die Arbeit des „RotFuchs“-Fördervereins aktiv zu unterstützen. Dies ist auch eine wirkungsvolle Hilfe für die politische Arbeit der Kommunisten in Sachsen.

„...UND ICH SAGE
SCHLEIERFAHNDUNG.
MENSCH PFLAUME,
DEN NEHMEN WIR IN
DIE MANGEL!“

„BISTDU VERRÜCKT?
DAS IST DOCH UNSER
VERDECKTER ERMITTLER!“



Krieg gegen Afghanistan stand vor dem 11. September fast

Boyle entlarvt Bush

Der renommierte amerikanische Völkerrechtler Prof. Francis Boyle gewährte Christoph Schult von SPIEGEL ONLINE ein Interview, das die Anatomie des verbrecherischen „Vergeltungsschlages“ der Bush-Administration bloßlegt. Wir bringen eine gekürzte Fassung.

US-Präsident George W. Bush hat die Anschläge vom 11. September als „Akt des Krieges“ bezeichnet und nicht als Terroraktion.

BOYLE: Das waren eindeutig terroristische Akte, wie sie im amerikanischen Gesetz definiert sind.

Was ist denn die Definition eines terroristischen Aktes?

BOYLE: Dabei handelt es sich um nichtstaatliche Akteure, die Gewalt gegen zivile Objekte oder gegen Zivilisten mit der Absicht ausüben, die Bevölkerung oder die Regierung in Angst zu versetzen.

Warum hat Bush die Anschläge dann als kriegerischen Akt gewertet?

BOYLE: Auf der ersten Pressekonferenz nannte er sie noch terroristische Akte. Dadurch

unterlägen sie der Durchsetzung nationalen und internationalen Rechts. So wurde auch der Anschlag in Oklahoma behandelt, den Timothy McVeigh 1995 verübte. Genauso eingestuft wurden auch die Anschläge auf die beiden US-Botschaften in Kenia und Tansania. Aber nach Beratung mit Außenminister Powell entschied Bush, die Anschläge einen „Act of War“ (Akt des Krieges) zu nennen und mit militärischen Mitteln zu reagieren. **Aber der amerikanische Kongreß hat dem zugestimmt ...**

BOYLE: Ja, leider. Die Kongreßresolution war sogar schlimmer als die Tongking-Golf-Resolution, die Präsident Johnson 1964 erwirkte, um den Krieg in Vietnam zu führen.

Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Bush freie Hand gegeben ...

BOYLE: Das stimmt nicht. Die erste Resolution des Sicherheitsrats vom 12. September sprach von einem terroristischen Anschlag. Es war nie die Rede von einem bewaffneten Angriff. Erst dadurch wäre Art. 51 der UNO-Charta zum Tragen gekommen ...

... der jedem Staat das Recht auf Selbstverteidigung einräumt.

rat, in dem mitgeteilt wurde, daß die USA ihr Recht auf Selbstverteidigung in Anspruch nehmen. Aber dies ist ganz eindeutig kein Fall von Selbstverteidigung. Nach den Regeln des Völkerrechts ist dieser Krieg illegal.

Warum?

BOYLE: Es gibt keinen Beweis dafür, daß die Regierung in Afghanistan die Anschläge in New York autorisierte oder billigte.

Aber es gibt doch wohl Beweise, daß Bin Laden die Anschläge in Auftrag gegeben hat. Und er handelte schließlich von afghanischem Territorium aus.

BOYLE: Dafür gibt es keinen Beleg. Außenminister Powell versprach ein sogenanntes „White Paper“, in dem er die Beweise darlegen würde. Bush untersagte ihm das. Aber in einem Interview mit der „New York Times“ sagte Powell, daß es gegen Bin Laden nicht einmal Indizien gebe.

Aber die NATO-Staaten haben die Unterrichtung durch den Sondergesandten Taylor als Beweis akzeptiert.

BOYLE: Nach Aussage eines westlichen Diplomaten legte Taylor in der Sitzung des NATO-Rates keinerlei Beweise vor, daß Bin Laden die Anschläge anordnete oder die Taliban davon wußten. Beweise waren auch nicht wichtig, weil sich Bush ohnehin schon für den Krieg entschieden hatte ...

Die NATO tut stets, was die USA von ihr verlangen. Die Allianz wurde gegründet, um Europa gegen einen Angriff der Sowjetunion zu verteidigen. Mit dem Kollaps des Warschauer Paktes war die Existenzgrundlage der NATO verschwunden. Bush senior brachte den NATO-Rat dazu, zwei neuen Legitimationsgründen für die NATO zuzustimmen. Sie sollte einerseits als eine Art Polizei in Osteuropa dienen. Andererseits sollte sie als Interventionstruppe im Nahen Osten fungieren, um Ölreserven zu schützen.

Wenn das Völkerrecht so eindeutig ist – warum ignorieren die Vereinigten Staaten es dann?

BOYLE: Ich glaube, daß sich die US-Regierung bereits vor dem 11. September für einen Krieg gegen Afghanistan entschieden hatte.

Aber mit welchem Ziel?

BOYLE: Die Öl- und Erdgasreserven in Zentralasien sind die zweitgrößten nach denen im Persischen Golf. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nahm die US-Regierung sofort diplomatische Beziehungen zu den zentralasiatischen Staaten auf. Politiker wie der ehemalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger sagten, daß die Ölfelder Zentralasiens zum vitalen Interesse der Vereinigten Staaten gehören ... **Öl und Gas sind die wahren Interessen der US-Regierung, nicht Bin Laden.**



Aus: „Solidaire“, Brüssel

BOYLE: Bush versuchte die Zustimmung für militärische Gewalt zubekommen und scheiterte. Er wollte vom Sicherheitsrat eine ähnliche Resolution bekommen wie sein Vater im Golf-Krieg. Bush senior wurde damals ermächtigt, zur Vertreibung des Iraks aus Kuwait „alle notwendigen Mittel“ zu benutzen. Am 28. Septemberscheiterte Bush erneut. Am 7. Oktober schickte dann der amerikanische UNO-Botschafter, John Negroponte, einen Brief an den Sicherheits-

Wie das „Solidarnosc-Lager“ aus dem Warschauer Sejm flieg

Erdrutsch in Polen

Was sich am 23. September in Polen ereignet hat, ging in der US-Terrorpsychose unter. Die Medien erwähnten lediglich, „die polnischen Sozialdemokraten“ hätten die Wahlen gewonnen. Bürgerlich-parlamentarische Normalität also, sollte man denken. Daß es sich hierbei um einen politischen Erdrutsch von möglicherweise osteuropäischer Dimension handelte, wurde entweder vorsorglich verschwiegen oder machtarrogant verkannt. Man stelle sich vor: In Ostdeutschland flögen CDU und Grüne aus allen Parlamenten, nur die FDP wäre noch mit ca. 20 % vertreten. Statt dessen verfügten die Linken über eine Mehrheit von 61 % – davon 41 % PDS, jeweils 10 % entfielen auf eine links von der PDS stehende Partei und eine echte Nachfolgerin der DDR-Blockpartei DBD. Die herrschende Klasse Deutschlands stünde Kopf, hat sie doch schon das Berliner Wahlergebnis schokiert.

Aber gerade das hat sich in Polen im September zugetragen. Die dortige PDS – Demokratische Linksunion (SLD) genannt – wurde bei einem Anteil von 41 % mit Abstand stärkste politische Kraft, die linksgerichtete „Selbstverteidigung“ (SO) folgte mit 10,2 %, den 3. Platz nahm die kleinbürgerlich-demokratische Bauernpartei (PSL), die es schon in volkspolnischen Zeiten gegeben hatte, mit knapp 10 % ein. Die PSL, jetzt mit der SLD in der Regierung, vertritt die Interessen der Klein- und Mittelbauern, die sich durch die EU und den realen Kapitalismus in ihrer Existenz bedroht fühlen. Sie war schon einmal – von 1993 bis 1997 – mit der SLD-Vorgängerin eine Koalition eingegangen. Besondere Beachtung aber verdient die SO. Sie bildete sich erst vor einigen Jahren, und ihr Einzug in das Parlament wurde als Sensation gewertet, ist sie doch die Partei der ruinierten LPG-Bauern und Landarbeiter niedergemachter Staatsgüter Volkspolens. Sie zeichnet sich

durch handfesten Widerstand und spektakuläre Aktionen zur Verteidigung der Ärmsten der Gesellschaft aus. Nach neuesten Umfragen nimmt ihr Einfluß weiter zu. Sie liegt inzwischen bei 15 %. Nicht zuletzt ist das dem Auftreten des SO-Vorsitzenden Andrej Lepper, eines ehemaligen Staatsgutbeschäftigten und sympathischen bäuerlichen Originals, zu verdanken. Er greift den polnischen Kapitalismus schärfer an als die SLD, ohne dabei auf billigen Populismus zu setzen. Kein Wunder, daß er fast von der gesamten polnischen Presse als ungehobelter Klotz abgetan wird. Auf seine Einstellung zu Volkspolen angesprochen, antwortete er nur, in jenen Jahren sei „nicht alles gut gewesen“. Mit anderen Worten: Er hält vieles für positiv. So wohlwollend äußerte sich kaum ein SLD-Führer jemals über den Sozialismus. Lepper betrachtet die SLD als kapitalismusangetaucht und will mit seiner SO inner- und außerhalb des Parlaments die Oppositionsrolle übernehmen, wobei er das Zustandekommen der Koalition nicht grundsätzlich negativ bewertet.

Die traditionelle polnische Rechte hat eine schwere Niederlage erlitten. Sie versteht nicht, warum bei sogenannten freien Wahlen und 12 Jahre nach einer siegreichen Gegenrevolution die Linke nicht nur triumphiert und das beste Wahlergebnis in der Geschichte des bürgerlichen Polens erzielt, sondern sie selbst auch noch aus dem Feld geschlagen hat. Das stärkste Rechtsbündnis der bisherigen Regierungsparteien – das Solidarnosc-Lager (AWSP) und die Freiheitspartei der Solidarnosc-Intellektuellen (UW) schafften noch nicht einmal den Sprung ins Parlament. Wesentlich schwächere rechte Neugründungen wie die liberale „Staatsbürgerliche Plattform“ (PO) und „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) sowie die klerikale „Liga Polnischer Familien“ (LPR) kommen zusammen auf

31 %. Die meisten Chancen von ihnen hat für die Zukunft noch die PO mit derzeit 12,7 %.

Weit deutlicher signalisiert die Zusammensetzung des Senats den politischen Stimmungsumschwung. 1989 kamen die vereinigten Rechten hier auf 99 %, diesmal erreichten alle im „Block 2001“ zusammengesetzten rechten Parteien nur 15 %. Die Linken dagegen besitzen mit 81 % (SLD: 75 %) die absolute Mehrheit.

Natürlich müssen wir die Dinge nüchtern und illusionslos betrachten: Eine sozialistische Umwälzung steht in Polen nicht auf der Tagesordnung. Die Mehrzahl der Landesbürger ist zwar mit dem jetzigen System unzufrieden, doch für dessen Sturz fehlen die subjektiven und objektiven Bedingungen. Die polnische Schwesterpartei der PDS ist keineswegs an einer sozialistischen Perspektive interessiert, lediglich an einem „milden“, sozial abgefederten Kapitalismus. Die aus Renegaten der einstigen PVAP formierte SLD-Spitze steht treu zur NATO-Mitgliedschaft und orientiert stramm auf den EU-Beitritt. SLD-Chef und Ministerpräsident Leszek Miller gehörte als ZK-Sekretär und Politbüro-Mitglied der PVAP neben Miec-

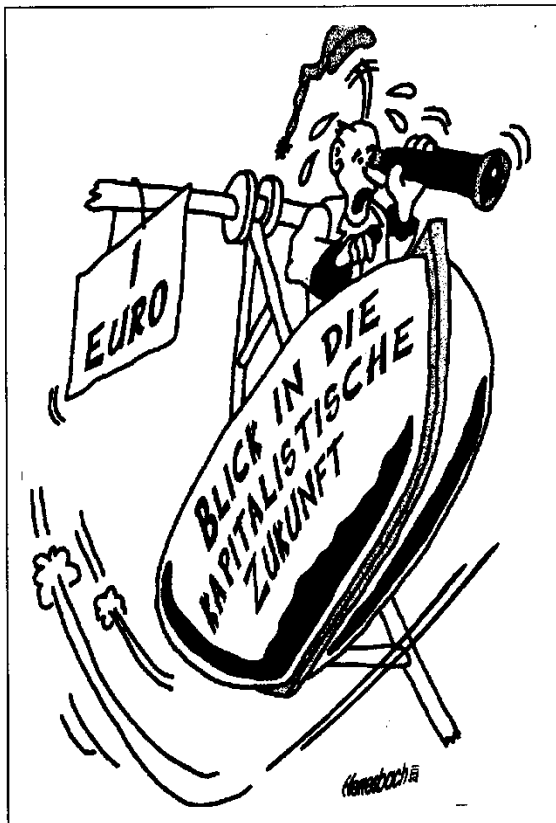
zyslaw Rakowski zu den bekanntesten Reformisten und Gorbatschow-Anhängern in Polen. 1999 befürwortete er gegen lebhaft Proteste in der SLD das völkerrechtswidrige NATO-Bombardement Jugoslawiens. Von einem solchen Parteigänger des Kapitalismus ist erfahrungsgemäß nichts Gutes zu erwarten.

Vor allem fehlt es in Polen an einer einflussreichen marxistisch-leninistischen Partei. Revisionismus und Reformismus hatten schon lange vor Gorbatschow die PVAP zersetzt, handlungsunfähig gemacht und somit 1989 die „friedliche“ Machtübergabe an die konterrevolutionäre „Solidarnosc“ ermöglicht. Die weitere Sammlung marxistisch-leninistischer Kräfte, zu der der Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“ aktiv beiträgt, wird demnach einen längeren Zeitraum benötigen. Mit Sicherheit dürfte das jüngste Wahlergebnis hilfreich sein. Denn trotz aller gebotenen Vorsicht in der Bewertung besitzt der Stimmungsumschwung natürlich historisches Gewicht. Erstmals wurde in einem früher sozialistischen Land außerhalb der einstigen Sowjetunion von Linken die parlamentarische Mehrheit errungen. Bedeutungsvoll ist hierbei die Tatsache, daß es sich ausgerechnet um Polen handelt, wo der Antikommunismus wie nirgendwo sonst jahrzehntelang über extrem starke Positionen verfügte und in dem es die meisten Umsturzversuche gab. Jenes Land, wo die sozialistische Staatsmacht dann auch zuerst gestürzt werden konnte.

Die besondere Radikalität der polnischen Wählerentscheidung liegt in der parlamentarischen Ausschaltung und entscheidenden politischen Schwächung der mit dem hohen Klerus eng verbundenen konterrevolutionären Kräfte, die sich schon seit 1976 angesammelt hatten, Volkspolen endgültig zu zerschlagen. Sie waren nach ihrem Sieg mit einer vierjährigen Unterbrechung 8 Jahre lang in Warschau am Ruder. Die Entscheidung der Wählermehrheit, diese Kräfte von der politischen Bühne zu vertreiben, zeigt, daß die meisten Polen dem Solidarnosc-Lager nicht nur die Führungskompetenz, sondern auch das Recht einer Vertretung im Sejm abgesprochen haben. Die 12jährigen Erfahrungen mit dem real existierenden Kapitalismus waren also stärker als die geballte Kraft jahrelanger antikommunistischer Manipulation. Eine wertvolle Erfahrung! Die Linken haben dem Medienterror erfolgreich trotzen können. 1990 bei nur 9 % Stimmenanteil, sind sie nun auf 61 % vorgestoßen.

Ihr Wahlsieg hat auch dem katholischen Klerikalismus eine schwere Niederlage beigebracht. Sich die Rolle des „moralischen Gewissens der Nation“ anmaßend und dabei auf 95 % eingetragene Katholiken verweisend, hatte der Klerus die Polen eindringlich aufgefordert, unbedingt zur Wahl zu gehen, die LRP wie andere rechte Parteien zu unterstützen und der „gottlosen“ SLD eine Abfuhr zu erteilen. Die Lieblingsspartei der Kirche – die LRP – kam nur auf knapp 8 %, während es 54 % der Polen vorzogen, Wahlabstinenz zu üben. Die hiesigen Medien sahen im millionenfachen Verzicht auf den Urnengang ebenfalls ein Indiz potentieller Ablehnung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse durch große Teile der Gesellschaft. Wie auch immer – das Stimmungsbarometer schlug diesmal nicht zugunsten der klerikalen Wettermacher und ihres Oberhirten in Rom aus.

Stefan Warynski, Warszawa



Bleibt Vietnam auf dem sozialistischen Weg?

Ein sehr kompliziertes Vorhaben

Seit mehr als einem halben Jahr besitzt die KP Vietnams eine strategische Orientierung für den Zeitraum bis 2010. Sie wurde vom 9. Parteitag im April beschlossen, dessen Dokumente uns erst jetzt vollständig vorliegen. An ihm nahmen über 1100 Delegierte teil, die etwa 2,5 Millionen Mitglieder der Partei vertraten. Der Kongreß unterstrich die führende Rolle der KP beim weiteren Aufbau des Sozialismus in Vietnam und nahm die Dokumente zum 5-Jahr-Plan 2001 bis 2005 an. Nong Duc Manh wurde zum Generalsekretär gewählt. Er ist Jahrgang 1940, war Arbeiter, studierte am Forstwirtschaftlichen Institut in Leningrad und an der Parteihochschule der KPV. Seit 1992 war er Vorsitzender der Nationalversammlung und seit 1996 Mitglied des Politbüros des ZK der KPV.

Der Parteitag hat die Entwicklung seit Beginn des Erneuerungskurses (Doi Moi) vor 15 Jahren bewertet und wichtige Lehren aus ihr gezogen. Der eingeschlagene Weg der Erneuerungspolitik dient der Sicherung des sozialistischen Aufbaus unter den äußerst komplizierten Bedingungen der vietnamesischen Realität und der neuen internationalen Gegebenheiten. Vietnam trägt nach wie vor an den Folgen der USA-Aggression. Über 3 Millionen Menschen wurden Opfer dieses Krieges, das Land, seine Wirtschaft, Ökologie und Infrastruktur schwer geschädigt. Viele Wunden haben sich zwar inzwischen geschlossen, verheilt aber sind sie nicht. Völkermord und Menschenrechtsverletzungen größten und brutalsten Ausmaßes, beispiellose Flächenbombardements, der Einsatz von Napalm und giftigen Entlaubungschemikalien, die bis heute wirken, der Mord an Zivilisten, Frauen und Kindern werden aus der Geschichte der Politik des USA-Imperialismus nie getilgt werden können.

Unter großen Anstrengungen hat das vietnamesische Volk nach seinem historischen Sieg 1975 den Wieder- und Neuaufbau des Landes in Angriff genommen. Vieles ist dabei erreicht worden. Doch die Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den sozialistischen Staaten Europas hat das Land wichtiger Wirtschaftspartner beraubt und damit neue große Schwierigkeiten heraufbeschworen. So sah sich die KPV Anfang der 90er Jahre vor die Aufgabe gestellt, ihre Entwicklungsstrategien neu zu ordnen und die internationalen Beziehungen unter den veränderten Bedingungen zu gestalten.

Auf dem 9. Parteitag konnte festgestellt werden, daß es in den letzten 10 Jahren gelungen ist, die sozialökonomische Krise sowie den politischen Schock und die Erschütterungen zu überwinden, die durch die Ereignisse in der UdSSR und in Osteuropa entstanden waren. In diesem Zeitraum wurde das Brutto-Inlandsprodukt mehr als verdoppelt; die Inlandsakkumulation betrug im Jahre 2000 beachtliche 27 % des BIP. Die permanente Warenknappheit konnte überwunden, der Grundbedarf der Bevölkerung gedeckt wer-

den. Der Anteil der Industrie am BIP ist auf 36,6 % gestiegen. Jährlich wurden 1,2 bis 1,3 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen. In den Jahren 1996-2000 stieg das BIP im Jahr um durchschnittlich 7 %, die industrielle Produktion um 13,5 %.

Einen wichtigen Platz bei der Entwicklung Vietnams nimmt die Außenwirtschaft ein. Im Zeitraum 1996-2000 stieg der Export jährlich um 21 %; er belief sich auf 51,6 Mrd. Dollar, der Import auf 61 Mrd. Dollar. Die negative Außenhandelsbilanz hat sich aber verringert. In der gleichen Periode betrugen die ausländischen Direktinvestitionen 10 Mrd. Dollar. Vietnam ist in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Exporteur von Erdöl, Kaffee, Reis, Kautschuk, Meeresprodukten und Bekleidung geworden. Die Förderung von Erdöl und Gas nimmt einen wichtigen Platz in der Volkswirtschaft ein, im Lande gibt es aber noch keine Ölverarbeitungskapazität.

Neben der positiven Bilanz verwies der Parteitag sehr deutlich auf negative Tendenzen und Erscheinungen: Vietnam ist nach wie vor ein armes und unterentwickeltes Land; ökonomische Effektivität und Wettbewerbsfähigkeit sind noch zu niedrig bzw. zu schwach; das Wachstumstempo der Wirtschaft ist in den letzten Jahren zurückgegangen; Arbeitslosigkeit und niedriger Lebensstandard sind nach wie vor akute Probleme; bei der Reformierung der Staatsbetriebe und in der Wirtschaftsleitung generell gibt es noch wenig sichtbare Ergebnisse; das Management in den Betrieben ist schwach; Bürokratismus, Korruption und andere belastende Erscheinungen sind verbreitet, darunter in Teilen des Landes auch Drogenkonsum und AIDS.

Die internationalen Beziehungen Vietnams konnten ausgebaut, die wirtschaftliche Integration vertieft werden. Hanoi unterhält vielfältige Kontakte zu anderen Staaten und regionalen Organisationen wie ASEAN und APEC. Das über einen längeren Zeitraum empfindlich gestörte Verhältnis zur VR China wurde 1991 normalisiert und seitdem ständig verbessert. 1995 konnten auch diplomatische Beziehungen zu den USA aufgenommen werden. Vietnam verfolgt eine Außenpolitik der Unabhängigkeit, Souveränität, Offenheit, Multilateralisierung und Diversifikation der internationalen Beziehungen. Ziel ist die dauerhafte Sicherung eines friedlichen Umfeldes und die Schaffung günstiger Außenbedingungen für die beschleunigte sozialökonomische Entwicklung.

Als strategische Zielstellung für den Zeitraum der nächsten 10 Jahre beschloß der Parteitag, Vietnam aus dem Zustand eines unterentwickelten Landes herauszuführen, das materielle, kulturelle und geistige Leben der Bevölkerung sichtbar zu verbessern und die marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialistischer Orientierung in Grundzügen zu schaffen.

Mit dieser Orientierung ist die strategische Linie der KP Vietnams eindeutig formuliert. Es geht also nicht um „Transformation“ oder andere Spielarten des Umlenkens der Entwicklung in eine kapitalistische Richtung. Die Partei warnte erneut vor Versuchen, den sozialistischen Weg zu verlassen und vor Bestrebungen „friedlicher Evolution“ feindlicher Kräfte. Eine der wichtigsten Erfahrungen aus 15 Jahren Politik der Erneuerung bestehe darin, an der nationalen Unabhängigkeit und dem sozialistischen Ziel auf der Basis des Marxismus-Leninismus und der Gedanken Ho Chi Minhs festzuhalten. Die Errichtung des Sozialismus unter Umgehung der kapitalistischen Ordnung sei ein sehr kompliziertes Vorhaben, das eine lange Übergangsperiode mit vielen Zwischenformen der sozialökonomischen Organisation verlangt. Dazu gehöre eine Mehrsektorenwirtschaft, die unter Bedingungen eines Marktmechanismus und mit staatlicher Leitung in sozialistischen Bahnen wirke – kurz: eine sozialistisch orientierte Marktwirtschaft. Diese umfasse viele Eigentumsformen, unter denen der staatliche Sektor die führende Rolle einnehme. Gemeinsam mit dem kollektiven Sektor bilde er eine immer solidere Basis. Das gesellschaftliche Eigentum der Schlüsselbereiche der Produktion sei das Resultat einer entwickelten Wirtschaft hochvergesellschafteter moderner Produktivkräfte. Schrittweise geschaffen, werde es die absolute Überlegenheit besitzen, wenn der Sozialismus im Wesentlichen aufgebaut ist.

Im Zeitraum des Fünfjahrplanes 2001 bis 2005 ist ein jährliches Wachstum des BIP von 7,5 % vorgesehen. Im Jahre 2005 soll die Förderung von Öl und Gas 27-28 Mio. Tonnen erreichen, 2004 die erste Erdölraffinerie mit einer Kapazität von 6 Mio. Tonnen/Jahr in Betrieb gehen. Der Gesamtexport in diesem Zeitraum soll 114 Mrd. Dollar und der Gesamtimport 118 Mrd. Dollar betragen. Die Schaffung von 7,5 Mio. neuen Arbeitsplätzen wird anvisiert.

Die Dokumente des Parteitages orientieren auf eine Verdoppelung des BIP bis 2010 im Vergleich zu 2000; eine Inlands-Akkumulation von ca. 30 %; schnelles Wachstum der Exporte; die Erhöhung des Anteils der Industrie an der Volkswirtschaft auf 40 %. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate soll in der Landwirtschaft 4-4,5 %, in der Industrie und im Bauwesen 10-10,5 % betragen. Hunger soll überwunden, der Anteil armer Haushalte stark reduziert und die Arbeitslosigkeit in den Städten unter 5 % gesenkt werden.

Große Bedeutung maß der Parteitag dem Aufbau der KP, der Überwindung von Mängeln in ihrer Arbeit, der Verbesserung ihrer Führungsfähigkeit und der Steigerung ihrer Kampfkraft bei. Darin werden die Voraussetzungen zur Erfüllung der formulierten Ziele gesehen.

Rolf Berthold

Wofür stehen Nicaraguas Sandinisten?

Notizen eines Beraters

Bei den Wahlen Anfang November hat die Frente Sandinista den Sieg nicht erringen können, obwohl sie nicht schlecht abschnitt. Ihr Präsidentschaftskandidat Daniel Ortega unterlag dem Bewerber der regierenden Liberalen, Enrique Bolanos. Alle Umfragen, die die Sandinisten vorne gesehen hatten, erwiesen sich als falsch. Oder hat hier die massive Bombardierung Afghanistans nach dem 11. September ihre einschüchternde Wirkung nicht verfehlt?

Ein Rückblick: Am 17. Juli 1979 zogen die Kämpfer der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) in Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, ein und verkündeten den Sieg über die Somoza-Diktatur.

Die FSLN ist heute allerdings nicht mehr die der Aufstände und des Aufbaus. Die Geschichte gab ihr nicht viel Zeit. In den 11 Jahren ihrer Herrschaft (1979-1990) machte sie verschiedene Reorganisationen durch. Aus der revolutionären Volksbewegung wurde inzwischen eine Partei. Es ist viel über die Sandinistische Volksrevolution erzählt und geschrieben worden. Gegenüber aus Europa kommenden Texten verhalte ich mich in der Regel skeptisch. Es neigt dazu, andere Kontinente zu missionieren. Verhält sich die europäische Linke anders?

Mir sind die Jahre zwischen 1985 und 1988 in Nicaragua vertraut. Ich arbeitete in dieser Zeit als DDR-Bürger bei den Sandinisten. Ich denke, wir dürfen ihrer Revolution und der Frente Sandinista keine andere Rolle zuweisen als sie hatten. Die Sandinistische Volksrevolution war keine sozialistische Revolution, obwohl man die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder als strategische Verbündete betrachtete. Man orientierte nicht auf den Sozialismus. Die FSLN war keine sozialistische Partei. Sie hatte auch nicht die Absicht, eine solche zu werden. Die Ideologie der FSLN war und ist der Sandinismus. Darunter versteht sie ein Ideengut aus Humanismus, Christentum und Marxismus. Zum Leninismus verhielt sie sich reserviert.

1961 gründete sich die FSLN als Guerilla-Organisation. 1967, nach der Niederlage von Pancasán, ordnete sie ihre Kräfte neu. Dieser Prozeß ist eng mit dem Namen Carlos Fonseca verbunden. 1969 gab sich die FSLN das Historische Programm. Ein Gemeinwesen solle errichtet werden, wo Milch und Honig fließen ...

In den Jahren des Kampfes entstanden in der Frente drei Strömungen: Die Tendenz des langen Volkskrieges, die proletarische Tendenz und die Tendenz der Aufständischen. Im April 1979 vereinigten sie sich. Die Führer der drei Strömungen hatten erkannt, daß sie gemeinsam Somoza stürzen würden.

1979, nach dem Triumph, initiierte die Sandinistische Regierung ein weitreichendes Reformprogramm. Sie verstaatlichte die Banken und konfiszierte die Besitztümer des Somoza-Clans, gründete die Sandinistische

Volksarmee und die Sandinistische Polizei, organisierte die nationale Alphabetisierungskampagne. Der freie Zugang zur medizinischen Versorgung, der kostenlose Unterricht an Schulen und Universitäten wurden eingeführt. Das Land sollte nach drei Prinzipien regiert werden: gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit und politischer Pluralismus.

1980 wurde Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Er ließ die Darlehen für Nicaragua einfrieren und billigte den Plan verdeckter Operationen gegen dessen Pazifikhäfen. 1984 verminten Kommandos der CIA diese Seezugänge des Landes. Nicaragua prozessierte vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Die USA wurden verurteilt und mußten die Minenblockade der Häfen aufheben. Im gleichen Jahr fanden in Nicaragua Wahlen statt. Die FSLN ging aus ihnen als Sieger hervor.

1985 verhängte Reagan das Wirtschaftsembargo gegen Managua und ließ den Kongreß weitere 120 Millionen Dollar für die Unterstützung der Contra-Banden beschließen. Die Sandinistische Regierung mußte strenge Maßnahmen zur wirtschaftlichen Anpassung im Lande verkünden. Die Bevölkerung litt an ernstem Mangel. Hunderte von Jugendlichen fielen in Kämpfen gegen die Feinde der Sandinisten. In dieser komplizierten Situation organisierte die FSLN den Verfassungsprozeß. Sie versuchte den innenpolitischen Ausgleich. 1988 entschloß sich die Sandinistische Regierung, mit der Contra-Führung zu verhandeln. Die Nationalleitung der FSLN änderte ihre Linie zur gleichen Zeit, als Gorbatschow in Reykjavik umschwenkte.

Die FSLN verlor 1990 die Wahlen nach der Verfassung, die sie selbst ins Leben gerufen hatte. Sie mußte gegen eine Allianz aus 18 Parteien antreten: Konservative, Christdemokraten, Liberale, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten gehörten ihr an. Ich sehe die Hauptursache der Niederlage darin, daß die FSLN als einzige Wahlteilnehmerin dem Volk nicht den Frieden versprechen konnte. Sie mußte die Sandinistische Volksrevolution gegen die Contra-Kräfte verteidigen. Die nationale Bourgeoisie hatte 1979 die FSLN nur deshalb unterstützt, um den Diktator loszuwerden. Elf Jahre später schmiedete sie die Allianz, um die Sandinisten von der Macht zu vertreiben. Sie erfüllte im nachhinein das schon 1978 von der US-Administration entworfene Konzept eines „Somozismus ohne Somoza“. Die Schirmherrin der Allianz, Violetta Chamorro, wurde Präsidentin Nicaraguas.

Nach der Wahlniederlage hieß die größte Oppositionskraft FSLN. Sie hatte zwar die politische Macht abgeben müssen, unter ihrem Befehl standen jedoch noch Armee und Polizei. Die FSLN wollte das Kommando behalten. Das wiederum erforderte Loyalität gegenüber der neuen Regierung. Die Nationalleitung, die es verstanden hatte, den

Konsens zu wahren, hatte aufgehört zu existieren. 1990 entstanden in der FSLN Fraktionen und Gruppierungen. Im Mai 1990 fand der I. Kongreß der Frente statt. Sie mußte sich entscheiden, ob sie den Weg einer revolutionären oder einer traditionellen Partei gehen wollte. Die Mehrheit verständigte sich darauf, daß die Hegemonie der „Neoliberalen“ eine revolutionäre Antwort verlange. Der I. FSLN-Kongreß stoppte die Meinungsvielfalt und privilegierte die Tendenz der Aufständischen, die Ortega-Strömung. Die Mehrheit der Delegierten wählte Daniel Ortega zum Generalsekretär.

Auf Grund von Machtkämpfen verlor die Frente bekannte Leute. Sergio Ramirez, unter Daniel Ortega Vizepräsident, verließ 1994 die FSLN und gründete die Sandinistische Erneuerungsbewegung. Die Priesterbrüder Ernesto und Fernando Cardenal zogen sich im selben Jahr aus der FSLN zurück. Auch die früheren Mitglieder der Nationalleitung Henry Ruiz, Jaime Wheelock und Luis Carrion lösten sich von der Partei.

1996 nahm die FSLN Gespräche mit Führern der Ex-Contra auf. Sie wollte wohl einer Rekrutierung durch nordamerikanische Werber im Falle eines erneuten Machtantritts der Frente vorbeugen. Es grassierten massive Drohungen der USA-Administration, bei einem Wahlsieg der FSLN einzugreifen. Im gleichen Jahr nahm die Sozialistische Internationale die FSLN in ihre Reihen auf.

Doch die Liberalen gewannen damals die Wahlen. 1997 handelte Daniel Ortega einen Kompromiß mit ihnen aus. Die Aktion war umstritten. Ich glaube, sie hatte damit zu tun, den Vorwurf des Wahlbetruges der Liberalen zu entkräften.

Der II. FSLN-Kongreß im Mai 1998 bestätigte ein politisches Programm. Seine Orientierung: „Die Menschen wollen einen vereinten Sandinismus. Sie wollen kämpfen und sich gegen den Neoliberalismus wehren.“

Im November 2000 gewann die FSLN Kommunalwahlen in Hochburgen des Landes. Auch die Hauptstadt Managua bekam wieder einen sandinistischen Bürgermeister.

Die Politik der Allianz und der Liberalen brachte dem nicaraguanischen Volk nichts Gutes. Nach den Indikatoren der Vereinten Nationen für menschenwürdige Entwicklung nahm Nicaragua 1990 den 85. Rang unter den beobachteten Ländern ein. 1999 lag es auf Rang 126. Nur jeder dritte Nicaraguaner hat Arbeit, jeder zweite ist wieder Analphabet.

Das Werben der FSLN mit der von ihrem III. Kongreß im Februar 2001 beschlossenen Kampagne „Die Nicaraguaner auf ein hohes Niveau des Fortschritts und des Wohlstandes durch Mitarbeit aller führen“, reichte leider nicht aus, um die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Daniel Ortega wurde ein weiteres Mal an den Wahlurnen geschlagen. Die FSLN aber errang immerhin rund 45 Prozent der Stimmen. **Wolfgang Herrmann**

Nationalkomitee der KP der USA tagte in New York

Washingtons Ultrarechtskurs stoppen!

Wie die New Yorker Zeitung „People's Weekly World“ berichtete, fand am 20. und 21. Oktober 2001 die 1. Tagung des Nationalkomitees der KP der USA seit dem Anfang Juli abgehaltenen Parteitag statt.

Der Nationale Vorsitzende Sam Webb leitete die zweitägige Debatte mit einem Bericht ein. Er hob die extremen Gefahren und die Heuchelei hervor, die mit dem von der Bush-Administration entfesselten „Krieg gegen den Terrorismus“ verbunden sind. Der von Washington projektierte Kurs sei Säbelrasseln schlimmster Art und zielen auf einen großen und langanhaltenden Konflikt mit unabsehbaren Folgen. Bushs Handeln habe nichts mit staatsmännischem Denken zu tun. Webb erklärte, es sei dringend geboten, den ultrarechten Kriegskurs Washingtons zu stoppen. Die Bombardierung Afghanistans werde vom amerikanischen Volk mit zunehmender Zurückhaltung aufgenommen und immer mehr Menschen begriffen, daß

es sich dabei um eine Aggression und nicht um einen „Krieg gegen den Terrorismus“ handle.

In der Diskussion standen die innenpolitischen Rückkopplungen der jüngsten Ereignisse im Vordergrund. Der Sozialabbau beschleunige sich rasch, es werde eine Atmosphäre geschürt, die rassistische und einwandererfeindliche Stimmungen ermutige, ein gewaltiges Anwachsen von Entlassungen in profilbestimmenden Wirtschaftszweigen zeichne sich ab, die bürgerlichen Freiheiten und demokratischen Rechte würden drastisch beschnitten. Das Nationalkomiteemitglied Joelle Fishman zollte in diesem Zusammenhang den „Heldinnen und Helden“ im USA-Kongreß hohe Anerkennung, über deren Widerstand gegen die ultrarechte Gesetzgebungsoffensive der Bush-Administration von den Medien nicht berichtet werde. Arnold Bechetti forderte, die amerikanische Flagge auch auf Demonstrationen der

antiimperialistischen Kräfte mitzuführen, „um Amerikas nationale Symbole nicht der Ultrarechten zu überlassen“.

Joe Sims, Chefredakteur des marxistisch-leninistischen Theorieorgans „Political Affairs“, berichtete von der UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus im südafrikanischen Durban, an der er teilgenommen hatte. Der Redner hob „die beschämende Abwesenheit von Vertretern der Bush-Administration“ hervor.

Angesichts der aus dem ultrarechten Kurs erwachsenen neuen Gefahren zunehmender Gewalttätigkeit, von Krieg und Terrorismus wurde taktischen Fragen des Aufbaus einer einheitlichen, alle ethnischen Gruppen umfassenden, breitgefächerten Friedensbewegung besondere Bedeutung beigemessen. Organisationssekretärin Elena Mora wies in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, ultralinke und sektiererische Vorstellungen zu bekämpfen.

R. F.

Wie ein texanischer Öl-Klan mit den Saudis Geschäfte macht

Die Bush-Bin-Laden-Connection

„The Wall Street Journal“ (USA), „Corriere della Sierra“ (Italien) und „Eleftherotypia“ (Griechenland) veröffentlichten interessante Details über die Kontakte der Familie bin Laden zur texanischen Oberschicht und insbesondere zur Familie Bush. Der Vater von Osama bin Laden war der erste Araber, der in den 60er Jahren in Texas ins Ölgeschäft einstieg, das nach seinem Tod von Osamas Bruder Salim bin Laden übernommen wurde, der 1973 nach Texas übersiedelt war. Er gründete auch die Fluggesellschaft Bin Laden Aviation in Austin und fand Zugang zu den politischen und ökonomischen Eliten von Texas, vor allem zu dem Öl- und Bankmultimillionär George Bush senior, der ab 1976 CIA-Chef war und später ins Weiße Haus einzog.

1978 gab Bush junior sein ökonomisches Debüt mit der Gründung der Ölfirma Arbusto Energy. Ein Gesellschafter der Firma und enger Freund von George W. Bush war der CIA-Mann James Buff, der gute Beziehungen zur saudischen Königsfamilie unterhielt und gleichzeitig Verbindungsmann zum multinationalen Konzern BCCI war. BCCI wiederum ist vor allem im Bankgeschäft aktiv, hat enge finanzielle und politische Kontakte zur CIA und zu islamistischen Kreisen. Der Multi war massiv in diverse Schmuggelgeschäfte verstrickt.

In Bush Arbusto Energy investierten auch Salim bin Laden und Haled bin Mahfous, der eine Schlüsselfigur im BCCI-Mahfous-Skandal der 80er Jahre war und jetzt als einer der zentralsten Akteure in Osama bin Ladens Terrororganisation „Al Quaida“ gilt.

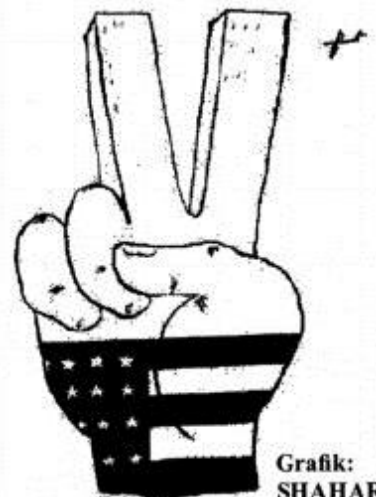
1982 wurde Arbusto Energy in Bush Exploration Oil umbenannt und dann schließlich mit anderen Firmen zu Harken Energy fusioniert. Wesentliche Teile des Kapitals stammten aus arabischen Ländern. Beteiligt waren Firmen aus dem Umfeld von BCCI und Freunde der Bush-Familie. Harken Energy stand zweimal vor dem Bankrott, wurde aber durch die politischen Beziehungen der Bushs und neue Finanzmittel immer wieder gerettet. 1998 erhielt die Firma, die bis dahin nur relativ kleine US-Bohrstellen betrieb, einen riesigen Auftrag in Bahrain.

Salim bin Laden starb zwar 1988, die geschäftlichen Verbindungen zwischen den Familien bin Laden und Bush blieben aber trotzdem eng. Bis September 2001 lebten viele bin Ladens weiterhin in den USA, insbesondere in Boston, etliche studierten an amerikanischen Eliteuniversitäten.

Die familiären Beziehungen zu den Bushs dürften Osama bin Laden bei der CIA-Unterstützung für seine zunächst gegen die Sowjetunion eingesetzte islamistische Truppe in Afghanistan nicht geschadet haben. Auch wenn er Anfang/Mitte der 90er Jahre politisch mit den USA brach und seine Familie angeblich mit ihm, so haben seine großen Geldmitteln ihre Wurzeln doch im Firmen- und Kapitalkonglomerat der Familie.

Wenn George W. Bush nun davon spricht, die Finanzquellen des islamistischen Terrors trockenlegen zu wollen, dann sollte er zunächst mit seinen eigenen Firmen anfangen.

(Aus: „Gießener Echo“ Oktober 2001)



Die Türme von Babylon

(Zum Anschlag auf das World Trade Center am 11. 9. 01)

Wankend stürzen die Türme tödlich getroffen zu Boden. Beide sind Zeichen der alles beherrschenden Weltmacht. Auch das Pentagon liegt darnieder in rauchenden Trümmern. Bald jedoch folgt dem Entsetzen wütende Rache: Wild schlägt um sich das Kapital mit Tod und Verderben. Bomben zerstören das Land der Ärmsten der Armen. Hunger und Seuchen drohn, die Menschen sterben im Elend. Ist das Land von Menschen erst leer, verlocken die Schätze. Die im Boden noch ruhn und zum Öl den Weg nur bereiten. Babylon wurde zerstört, doch Goliath fand einen David. Längst wächst der Weltmacht ein mächtiger Gegner: Millionen sind es bereits in allen Ländern der Erde. Eine gerechte Welt und Nahrung und Wohnung für alle Fordern sie laut, und nicht verstummt ihre Rede. Bis der Kapitalismus darniederliegt wie seine Türme.

Eva Ruppert

Warum Lukaschenko in Minsk am Rudor blieb

Belarus auf gutem Kurs

Bekanntlich wurde Alexander Lukaschenko im September wieder zum Präsidenten von Belarus gewählt. So ist er – neben dem kommunistischen Präsidenten von Moldova – der einzige Chef einer Post-Sowjetrepublik, der von der gesamten „demokratischen Welt“ wegen Festhaltens an vielen Errungenschaften der UdSSR-Zeit verwünscht wird. Seine Gegenspieler sollen im Wahlkampf Millionen Dollar bekommen haben, aus allen Ecken wurde gegen ihn in den bürgerlichen und proimperialistischen Medien geschossen. Das Resultat: Über 75 % der belorussischen Wähler haben Lukaschenko in seinem Amt bestätigt. Damit dürfte die Berichterstattung über dieses „rückständige Land“ vorerst abgeschlossen sein. Man muß sich also andere Quellen eröffnen. Am 20. September brachte die „Sowjetskaja Rossija“ einen aufschlußreichen Beitrag. Er stand unter der Überschrift: „Warum hat Belarus für Luka-

schenko gestimmt?“ Hier einige Auszüge: „... laut Statistik hat die Industrie der Republik im Jahr 2000 als erste in der GUS wieder das Niveau des noch guten Jahres 1990 erreicht. ... in der Produktion von Fleisch, Milch und Eiern nimmt sie sogar den ersten Platz ein ... Mitte des Jahres 2001 be-

zu den entwickelten Ländern) kann auf ca. 600 bis 650 Dollar geschätzt werden. So zahlt man hier für eine durchschnittliche Drei-Zimmer-Wohnung im Monat 8 Dollar, im „wohlhabenden“ Estland aber 120.

Laut Preisvergleich könnte man für einen Monatslohn kaufen (in kg):

	Rindfleisch	Schweinefleisch	Butter	Zucker	Kartoffeln
Dez. 1994	32	19	22	79	843
Juni 2001	67	49	54	212	963

trug der Durchschnittslohn in Belorußland umgerechnet 90 Dollar, zum Jahresende sollen es 100 werden. Das ist etwas weniger als in Rußland, aber doppelt so viel wie in der Ukraine. Es ist zwar nicht viel – aber die Kaufkraft (im Vergleich

Sehr wichtig ist auch, daß es in der Republik Belarus schon seit Jahren keine Rückstände bei Lohn- bzw. Rentenzahlungen mehr gibt.

Eingesandt von Dr.-Ing. Peter Tichauer

Zionistische Staatsdoktrin ist eine rassistische Ideologie

Israel aus kommunistischer Sicht

Israelische Regierungskreise und die zionistisch-israelische Lobby in Washington veranstalten ein nervöses Geschrei über die neuerliche öffentliche Debatte auf der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus, ob der Zionismus, in Theorie und Praxis Israels offizielle Staatsdoktrin, rassistisch ist und die Menschenrechte der Palästinenser verletzt. Sie fühlen sich selbst an den Pranger der weltweiten öffentlichen Meinung gestellt – wegen ihrer brutalen kolonialistischen und rassistischen Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Sie wenden sich auch dagegen, wegen rassistischer Diskriminierung der großen palästinensisch-arabischen Minderheit Israels während dessen 53jäh-

riger Staatsexistenz angeklagt zu sein. Die Sprecher des israelischen Establishments sind empört, daß so viele Vertreter von Nicht-Regierungs-Organisationen und nationale Führer aus der ganzen Welt Israel der Verletzung des Völkerrechts, der Ignorierung der Beschlüsse der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates sowie massiver Mißachtung der Menschenrechte beschuldigen, daß sie Israel vorwerfen, unterschiedliche Rechtsmaßstäbe für jüdische Siedler und einheimische Palästinenser anzuwenden.

Es muß festgestellt werden, daß sämtliche Anklagen, die gegen Israels offizielle Politik erhoben werden, nichts mit Antisemitismus zu tun haben.

Die Anklagen richten sich nicht gegen Juden als Juden, sondern gegen den Staat Israel und dessen offizielle zionistische Staatsdoktrin, wie sie in Israels Unabhängigkeits-Charta von 1948 niedergelegt worden ist.

Es stimmt, daß es einige Kreise gibt, die diese Dinge miteinander vermischen, aber sie sind unbedeutend in Größe und Einfluß. Das trifft auch auf jene zu, die versuchen, die israelischen Grausamkeiten mit denen der Nazis gegen Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und andere Bevölkerungsgruppen gleichzusetzen. Diese beiden Tendenzen beschädigen die gerechte Sache des Kampfes gegen die grausame israelische Politik und untergraben zugleich die gerechte Sache, für die die Konferenz in Durban einberufen wurde – einen internationalen Mechanismus zum Kampf gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung zu schaffen.

Unter den vielen Tausenden, die in den Straßen von Durban demonstrierten, um gegen die antipalästinensische Politik Israels aufzutreten, befanden sich auch viele Juden. Einige waren einfa-

che Leute, die Schilder hochhielten, um zu zeigen, daß sie Juden seien, die gegen Israels Politik protestierten, andere waren orthodoxe Juden, gekleidet in die traditionelle Tracht mit Stremel, Kafftan und Seitenlocken, und andere wieder waren Delegierte der israelischen Bewegung „Rabbis für Menschenrechte“, die eine aktive Rolle in der konsequenten Friedensbewegung spielt. Wie können diese Konferenz und deren Beratungen angesichts einer solchen jüdischen Beteiligung als antisemitisch bezeichnet werden?

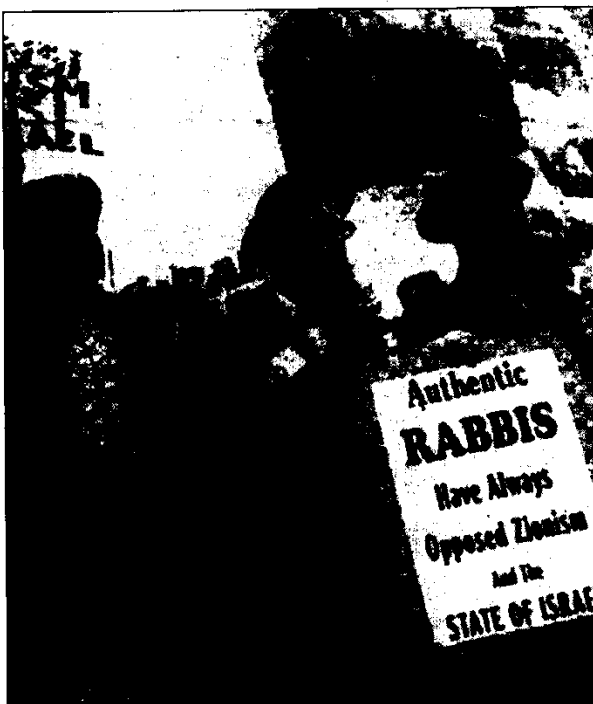
Die israelische Politik änderte sich nicht im geringsten, als die Vereinten Nationen im Jahre 1976 beschlossen, den Zionismus als eine rassistische Bewegungen und Ideologie aufzufassen, oder als sie dank der USA diese Beurteilung 1991 wieder aufhoben. Es änderte sich nichts an den grundlegenden Realitäten, weder in Bezug auf die rassistische Diskriminierung der arabischen Minderheit in Israel noch hinsichtlich der grausamen Okkupationspolitik gegenüber den Palästinensern.

Was auch immer für Beschlüsse in Durban gefaßt worden sind, sie werden nichts in bezug auf die arrogante Machtpolitik der herrschenden Kreise Israels bewirken, die traditionell auf die zionistische Staatsdoktrin gegründet ist. Diese Kreise Israels werden keine neue UN-Resolution, die die zionistische Landnahme und die Siedlungspolitik zur Unterdrückung des palästinensischen Volkes kritisiert, akzeptieren, zumindest so lange nicht, wie sie von der US-Administration unterstützt werden.

Als ein jüdischer Patriot Israels fühle ich mich dazu verpflichtet, dafür zu wirken, daß Israel von seiner zionistischen Staatsdoktrin, von seiner anachronistischen, verbrecherischen und rassistisch-kolonialistischen Politik abgebracht wird. Dies liegt im gemeinsamen Interesse von Israel und seinem Volk – seinen jüdischen und arabischen Bürgern gleichermaßen, im höchsten Interesse wahrer Demokratie und eines gerechten und dauerhaften Friedens.

Hans Lebrecht

Der Kommunist Hans Lebrecht ist der international bekannteste Journalist der israelischen Linken.



Demonstration in London: „Authentische Rabbiner standen immer in Opposition zum Zionismus und zum Staat Israel.“
Aus: „The Guardian“, Sydney

Was wurde aus der Sowjetarmee?

Der Erste Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der UKP-KPdSU (Dachorganisation kommunistischer Parteien der früheren UdSSR), Generalmajor der Luftwaffe Jewgenij Kopyschew, sprach mit dem politischen Beobachter der „Prawda“ Alexander Drabkin.

Viele Presseorgane veröffentlichen jetzt Materialien zu dem Thema „10 Jahre ohne UdSSR“. Was bedeutete dieses Jahrzehnt für die Armee – für jene einstmalen unüberwindliche und legendäre Armee?! Jene Armee gibt es nicht mehr. Die vergangenen 10 Jahre waren Jahre der Zerstörung der sowjetischen Streitkräfte, einer totalen Zerstörung – von den strategischen Raketen-truppen bis zum Heer. Aber damit dies nicht wie eine reine Meetingphrase klingt, lassen Sie uns die Situation am Beispiel der Streitkräfte der ehemaligen Sowjetrepubliken analysieren. Beginnen wir mit der Russischen Föderation. Sie war das Rückgrat der Sowjetunion, und ihr militärisches Potential bildete die Grundlage der Streitkräfte der UdSSR. Wenden wir uns den mir nahestehenden Luftstreitkräften zu. Bei den Fliegern gibt es ein ungeschriebenes Gesetz: Je mehr du fliegst, um so länger lebst du. Aber heute fliegt ein Pilot nur 7 Stunden im Jahr. Jeder Autofahrer, dessen Wagen im Winter und im Frühling in der Garage gestanden hat, fühlt sich unsicher, wenn er sich das erste Mal auf die Trasse begibt. Das Flugzeug ist kein Automobil. Hier ist sowohl die Kapazität eine andere als auch die Reaktion beim Piloten. Wie soll man fliegen, am Himmel kämpfen, wenn man nicht die notwendige Flugerfahrung besitzt? Die Zahl der Flugzwischenfälle wächst ständig. Wenn in der Sowjetzeit ein Flugzwischenfall auf 28-30 000 Flugstunden kam, so ereignet er sich heute alle 10-12 000 Stunden.

Aber woran liegt es – reicht der Brennstoff nicht?

Nicht nur das, es fehlt auch an Ersatzteilen. Ich bin soeben von einem Truppenteil zurückgekehrt, wo es insgesamt 8 kampfbereite Flugzeuge gibt. 8 von 40. Die übrigen Maschinen stehen und werden als Ersatzteillager genutzt.

Aber den Zeitungen nach zu urteilen haben wir eine hervorragende neue Technik...

Während der letzten 10 Jahre haben die Luftstreitkräfte praktisch nicht eine einzige neue Maschine erhalten. Offiziell wurde festgeschrieben, daß die Einheiten der Luftwaffe aufgehört haben, Einheiten von ständiger Kampfbereitschaft zu sein.

Und wie stehen die Dinge bei den anderen Waffengattungen?

Bei der Marine ist die Lage nicht besser. Die Seekriegsflotte steht ebenfalls am Rande des

Verlustes der Kampfbereitschaft. Ich will den Wertungen nicht zuvor kommen und über die Ursachen der Tragödie mit dem U-Boot „Kursk“ sprechen. Aber bei einer Reihe anderer schwerer Zwischenfälle in der Flotte lag es am ungenügenden Ausbildungsstand der Mannschaften. Früher war für die Matrosen eine Übungsfahrt Norm – jetzt ist sie zu einem Ereignis geworden. Daher auch die Probleme.

In der kompliziertesten Lage befinden sich die Landstreitkräfte. Ich treffe mich oft mit Offizieren, darunter mit denen, die aus Tschetschenien zurückkommen. Sie sagen nur eines: Der Personalbestand ist demoralisiert. Demoralisiert durch das Fehlen moderner Technik, durch das Zurückhalten der Gehälter, durch die äußerst schweren Lebensbedingungen in den Garnisonsstädten. Ich verallgemeinere: Die „demokratischen“ Machthaber erniedrigen ständig den Menschen in Uniform – sowohl im Dienst als auch im Alltag. Die Offiziersfamilien leben häufig unter dem Existenzminimum. Und nicht zufällig werden jährlich aus der Armee 30 000 junge Offiziere entlassen. Mehr als aus den Lehranstalten in die Truppe kommen. Man hat sie kostenlos gelehrt, die komplizierteste Technik zu beherrschen, die Kunst, Menschen zu führen, und die Wissenschaft, im modernen Krieg zu siegen. Aber der Absolvent erhält sofort den Entlassungsbefehl. Wozu soll er in der Armee in Armut leben, wenn er mit solchem Wissen im zivilen Leben nicht schlecht zurechtkommen kann?

Die jetzige Situation – ist sie zielgerichtete Politik oder eine Serie von Fehlern?

Das ist zielgerichtete Politik der bestehenden Macht. Die hauptsächliche ihrer Aufgaben ist es, die Armee ihres Volkscharakters zu berauben. Wir waren immer stolz auf die Armee, weil sie Fleisch vom Fleische unseres Volkes war. Jetzt kann eine solche Armee für die Macht gefährlich sein. Spezialeinheiten, Truppen des Innenministeriums werden bereitgehalten, in Alarmsituationen vor allem die Militär-Unterabteilungen zu blockieren. Die Luftwaffenkommandeure wissen z. B. sehr genau, daß sie im Falle des Entstehens einer für die Machthaber gefährlichen Lage auf ihren Start- und Landebahnen die Panzertechnik der Spezialeinheiten und der inneren Truppen erwarten können. Die Liquidierung der Volksarmee, ihr Ersatz durch eine Söldnerarmee, erfolgt in verschiedenen Richtungen. Vor allem durch Entpolitisierung der Streitkräfte. Der Soldat soll angeblich nur an den Kampf und an Gott denken. Die zweite Richtung ist der Kurs auf Schaffung einer Berufsarmee. Berufskontingente gab es in unserer Armee schon immer – sowohl in der Sowjetunion als auch jetzt. Ein Offizier – das ist doch ein Profi. Wer aber

heute zu einer Profi-Armee rät, der führt offensichtlich etwas ganz anderes im Schilde. Es handelt sich um die mobilen Truppenteile, in denen man für Geld dient und die man in jedem beliebigen Moment gegen sein Volk, gegen die Opposition werfen kann.

Wie steht die Sache in den anderen Staaten – den ehemaligen Sowjetrepubliken? Zum Beispiel in Belorussland?

In Belorussland ist der Volkscharakter der Armee bewahrt worden. Dem Niveau ihrer Kampfbereitschaft nach wird sie nicht nur von unseren Spezialisten, sondern auch von den Weltexperten als eine der am allerkampfbereitesten in Europa betrachtet. Die belorussischen Truppen decken Rußland im Westen vor den Angriffen des NATO-Blocks. In Belorussland fliegt die Luftwaffe normal, regelmäßig werden Übungen durchgeführt, Soldaten und Offiziere verrichten ihren festgelegten Kampfdienst. Und der kosmische Raum wird überwacht, wie es sich gehört. Dies geschieht, weil sowohl der Oberkommandierende der Streitkräfte, Präsident A. Lukaschenko, als auch das Ministerium für Verteidigung alles Mögliche und Unmögliche tun, um die Armee zu erhalten. Es ist schwer für sie, denn das Land sieht sich einer ökonomischen Blockade gegenüber. Aber man versteht in Minsk, daß Belorussland ohne seine Streitkräfte nur übrigbliebe, an der Grenze selbst die Hände zu heben. Doch die Belorussen können und wollen dies nicht tun.

Ich bin unlängst vom Allukrainischen Kongreß der Sowjetoffiziere zurückgekehrt. Die Redner sprachen mit Bitterkeit vom Zustand der Streitkräfte der Ukraine. Dort wird auf jede Weise versucht, die Armee aus einer Volksarmee in eine Söldnerarmee zu verwandeln, aus den Verteidigern des Vaterlandes eine Dienstmagd des Kapitals zu machen. Die Versorgung der Armee ist grauenhaft. Schon hat man an die Soldaten die letzten Mäntel ausgegeben, die letzten Stiefel, die noch aus den Vorräten der Sowjetmacht stammen. In den letzten 10 Jahren ist nichts Neues geliefert worden.

Zum Abschluß möchte ich sagen: Jetzt gehen die Armeen der Länder auf dem Territorium der früheren UdSSR einen schweren Weg. Leider jede nach eigener Marschroute. Aber ich glaube, daß wir eines Tages wieder zusammen in einheitlichen und unbesiegbaren Streitkräften sein werden. Kein Zweifel: Das kommt nicht von selbst. Es ist notwendig, daß alle, denen Armee und Flotte lieb sind, für die Wiederherstellung der Sowjetmacht, für den sozialistischen Entwicklungsweg, für die Union der Brudervölker kämpfen müssen.

Übersetzt von Eberhard Bock

Was sich hinter dem Widerstand gegen Zimbabwes Landreform verbirgt

Die Jagd auf Mugabe

Vor über 20 Jahren erlangte Zimbabwes schwarze Mehrheit nach einem langen bewaffneten Widerstandskampf zweier Befreiungsbewegungen (ZANU und ZAPU) die Unabhängigkeit. Sie wurde 1979 mit dem Lancaster House Agreement besiegelt, das im Ergebnis zäher Verhandlungen zwischen der britischen Thatcher-Regierung und den Befreiungsarmeen zustande kam. Mit diesem Abkommen wurde offiziell der Schlussstrich unter das rassistische Regime der von Ian Smith angeführten weißen Minderheitsregierung gesetzt. Die ZANU-Patriotische Front bildete nun die Regierung unter Präsident Robert Mugabe.

Die Wurzeln des gegenwärtigen Konflikts um die Landreform und um die von der Regierung Zimbabwes unterstützte Kampagne des Kriegsveteranenverbandes zur Enteignung der Ländereien weißer Plantagenbesitzer sind im Lancaster House Agreement zu suchen, das nicht zuletzt die Interessen der großen großen Farmer wahrnimmt. Sie bildeten einst das Rückgrat des Kampfes gegen die Befreiungsbewegung und verkörpern heute den reaktionären Kern der etwa 50 000 Weißen, die noch in Zimbabwe leben.

Es ist an der Zeit, daß die schwarzen landlosen Massen endlich freien Zugang zu den fruchtbaren Äckern ihres Landes erlangen. Vor mehr als 100 Jahren besetzten britische Truppen jenen Teil Afrikas, der später nach dem ruchlosen Kolonialisten und politischen Pokerer Cecil John Rhodes Rhodesien hieß. Rhodes erklärte, die Engländer seien „die erste Rasse in der Welt“, und je mehr sie besäßen, um so besser sei es für die Menschheit. Schon 1889, bevor die britischen Truppen erschienen waren, brachten weiße Siedler die besten Stücke des Bodens der Region an sich, während die schwarze Bevölkerungsmehrheit auf sogenannte Eingeborenenreservate zurückgedrängt wurde. Für sie blieben überwiegend nur unfruchtbare Landstücke übrig.

Die erste Eroberungswelle brachte eine kämpferische Widerstandsbewegung hervor. 1893 kam es zum ersten großen Aufstand, der blutig unterdrückt wurde. Bis 1914 wurde die Bodenfrage durch die Briten „gelöst“. Rund 3 % der Bevölkerung kontrollierten nun 75 % der Ländereien. Zu jener Zeit gab es 28 000 weiße Siedler und rund 1 Million schwarze Afrikaner in Zimbabwe. Heute befinden sich noch immer 70 % der besten Äcker und Weiden in den Händen weißer Plantagenbesitzer. Ihre Großfarmen sind dort gelegen, wo der meiste Regen fällt.

Zu Beginn der 60er Jahre entstand in Rhodesien eine starke Guerillabewegung zur Brechung der Herrschaft der weißen Minderheit. Sie setzte sich für die tatsächliche Überwindung des Kolonialismus, nicht aber für sozialistische Forderungen ein. Der Westen war nicht an weiteren Zuspitzungen im Süden Afrikas interessiert und suchte den Konflikt loszuwerden, wobei er zugleich die nationale Befreiungsbewegung zu zerschlagen bestrebt war. Schließlich kam es zu der bereits erwähnten Konferenz im Lancaster House. In den 80er Jahren griffen die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) massiv in Zimbabwes Wirtschaft ein, die bald an den Rand des Kollaps geriet. Das

Ziel bestand darin, Mugabe ökonomisch unter Druck zu setzen, dessen Regierung sich später gegen das Diktat des IWF zur Wehr zu setzen begann. Nun griffen auch die Vereinigten Staaten von Amerika direkt ein. Vom Unterausschuß des USA-Senats für Afrikanische Angelegenheiten wurde im Juli 1999 ein Gesetzentwurf über „Demokratie“ und „wirtschaftliche Entwicklung“ in Zimbabwe initiiert, der das Repräsentantenhaus passierte. Der USA-Senat stimmte ebenfalls Sanktionen gegen Harare zu. Zugleich begann die politische Dämonisierung Robert Mugabes, der als skrupelloser und zynischer Tyrann dargestellt wurde. Er lechzte nach dem Blut der weißen Siedler. Mugabe trample auf den Rechten der „demokratischen“ Opposition herum, um seine Wiederwahl im Jahre 2002 zu sichern. Die britische Regierung beschloß ihrerseits Maßnahmen, um die Kampagne des Kriegsveteranenverbandes der ZANU-PF gegen die weißen Siedler zu stoppen. Diese Organisation hatte sich inzwischen an die Spitze derer gestellt, die die Brechung der Privilegien der Großgrundbesitzer in Zimbabwe forderten.

Obwohl Mugabe eher ein pragmatischer Politiker als ein Revolutionär ist, wurde seine Entfernung von der Macht als Voraussetzung für die Wiederherstellung von „Freiheit und Demokratie“ dargestellt. Der britische „Sunday Telegraph“ berichtete am 26. August 2001, die „angesehenen und schätzenswerten“ Farmer würden zu „unschuldigen Opfern des Mugabe-Regimes“. Wie das Blatt offenherzig mitteilte, „sind viele von ihnen nicht nur rassistisch, sondern unverhüllt faschistisch gesinnt. Mussolini-Bilder hängen über so manchen Kaminen und Wachhunde werden nach Hitlers Generalen benannt“.

Um den Prozeß der Beseitigung Mugabes weiter voranzutreiben, dessen Regierung zum Verdruß des Westens der Demokratischen Republik Kongo Militärhilfe erweist, wurden weitere Trojanische Pferde ins Spiel gebracht. Als „Hauptkraft der Opposition“

entstand fast über Nacht die „Bewegung für Demokratischen Wechsel“ (MDC), die sich zur Politik des „freien Marktes“ nach den Vorgaben des IWF bekennt. Sie ist inzwischen nicht ohne Einfluß, verfügt über enorme finanzielle Mittel, schneidet bei Wahlen gut ab und hat den Auftrag, die ZANU-PF innerhalb und außerhalb des Parlaments zu bekämpfen. Um die innenpolitischen Gegner des aus der Befreiungsbewegung hervorgegangenen Präsidenten Zimbabwes zu „beraten“, wurde nach Angaben des britischen „The Guardian“ eine in London ansässige Gruppierung geschaffen, die den Namen Zimbabwe Democracy Trust trägt. Zu ihren Schutzpatronen gehören mit Douglas Hurd, Malcolm Rifkind und Geoffrey Howe gleich drei ehemalige britische Außenminister. Dennoch läßt Großbritannien offiziell verlauten, man mische sich keineswegs in die inneren Angelegenheiten Zimbabwes ein. Den Haupteinfluß übt London übrigens durch Geschäftsverbindungen britischer Konzerne, Banken und Versicherungen aus. Sie transferieren entsprechende Gelder für die Anti-Mugabe-Kräfte in Harare. Die Regierung Zimbabwes setzt sich dagegen zur Wehr. Nach Angaben von „South African Mail & Guardian“ wurde im Parlament ein Gesetz gegen die Sammlung von Mitteln für politische Parteien aus ausländischen Quellen angenommen. Doch die Gegner Mugabes ziehen das Netz enger. Ungeniert erklärte der britische Labour-Außenminister Jack Straw gegenüber BBC London, er hoffe auf einen „Prozeß“, der größeren Druck (auf Mugabe) ausübe und „die Frage der Landreform“ löse. Das was sich in Zimbabwe abspielt, ist härtester Klassenkampf. Der Konflikt findet zwischen Besitzenden und Besitzlosen statt, und er hat einen ethnisch-rassistischen Aspekt, weil die schwarze Mehrheit immer noch landlos ist, während rund 4 500 weiße Besitzer riesiger Plantagen das Bodenmonopol ausüben.

S. R., gestützt auf „The New Worker“, London



Weißer Plantagenbesitzer, die schwarze Landarbeiter brutal attackierten, wurden in Zimbabwe vor Gericht gestellt.
Foto: „The New Worker“, London

Als Parteisekretär im VEB Kühltomat (10)

Vorhut oder Nachtrab?

Wir brauchten unbedingt einen neuen Meister für die mechanische Werkstatt. Der amtierende soff, hatte keine Autorität, der Ausschuß wurde nicht weniger. In der Parteileitung diskutierten wir, ob man den alten Meister ablösen müsse und wen man an seine Stelle setzen könne. Der Kaufmännische Direktor, der zuvor über die Materiallage berichtet hatte, war noch geblieben und verteidigte den alten Meister. Man müsse auch ein bißchen tolerant sein, so schlimm sei es mit dem Saufen nicht.

„Tollerant! Du bist nicht tollerant!“ Max Trotsin regte sich auf. „Du bist bloß zu bequem, Dich auseinanderzusetzen! Ja, Du gehst allem aus dem Wege, und das nennst Du dann tolerant!“ Der Kaufmännische kriegte einen roten Kopf.

„Max hat recht, Gleichgültigkeit hat nichts mit Toleranz zu tun.“ „Sicher“, sagte der Werkdirektor, „aber diese Erkenntnis schafft uns noch keinen neuen Meister, oder weiß jemand einen?“ „Ja“, warf ich ein, „Max Trotsin. Der war nämlich Obermeister bei Heinkel in Rostock.“ Max blickte wie ein alter Uhu. Aber er konnte sich nicht weigern, auch wenn er die letzten Jahre im Betrieb am liebsten an seiner Fensterwerkbank verbracht hätte.

Er ging mit großer Energie an die Arbeit. „Jetzt hört die Pfuscherei auf! Was, das geht nicht? Dat kannst Du wohl nich, das isse! Das macht man so, und nun los!“ Maxe war streng, aber gerecht. Niemand bestritt seine Autorität.

Gerüchte liefen durch den Betrieb. Stalin ist tot! Der RIAS hat es schon gebracht. Der Werkdirektor und ich gingen in jede Abteilung. „Stimmt das? Warum bringt unser Sender nichts?“ „Ich weiß es nicht. Aber wir müssen uns darauf einstellen. Wenn die Sowjetunion es bestätigt, werden wir es senden. Wir können doch nicht die Meldungen des RIAS aufgreifen!“

Ich ging auch bei dem Sozialdemokraten Lange vorbei. Ein Gespräch kam nicht zustande. Er war noch finsterner und abweisender als sonst.

„Stalin ist gestorben! Der Berliner Rundfunk hat's eben gemeldet!“ Die Sekretärin des Werkdirektors hatte uns endlich gefunden. Ich bestieg sofort eine Belegschaftsversammlung ein. Der Speisesaal war voll wie noch nie. Unverkennbar: besorgte Gesichter, Unruhe, ja Angst, auch bei Kollegen, die uns nicht nahestanden. Es war Sorge um den Frieden, Furcht, daß die USA eine Schwächung der Sowjetunion ausnutzen und den Atomkrieg entfesseln könnten. Ob Freunde der Sowjetunion oder nicht - daß ihre Stabilität eine Garantie für den Frieden war, diese Meinung wurde von den meisten geteilt, gleich, ob sie nun unseren neuen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung bejahten oder ablehnten. Man mußte den Menschen etwas sagen, was Mut machte. Man konnte nicht auf Anleitung, auf Direktiven warten, sofort mußte das Wort der Kommunisten kommen, bestimmt, verständlich, eindeutig.

„Die internationale Arbeiterbewegung hat einen unermesslichen Verlust erlitten“, sagte ich. „Aber sie ist so stark, daß sie auch der Tod einer so überragenden Persönlichkeit wie Stalin nicht schwächen kann, sie keine Sekunde davon abhält, den Sozialismus wei-

ter aufzubauen und um die Erhaltung des Friedens zu kämpfen. Laßt uns an die Arbeit gehen. Mit der Erfüllung des Planes ehren wir am besten das Andenken Stalins.“

Sehr bald zeigte sich, wie gut es gewesen war, daß wir diese Versammlung durchgeführt hatten. Die Belegschaft sah die Genossen nicht ratlos, nicht zerfahren, sondern in Stunden, in denen unsere Feinde auf Verwirrung und Niedergeschlagenheit gehofft hatten, geschlossen und kampfbereit. Am nächsten Tag erklärte der Werkdirektor, er habe vom Minister die Weisung erhalten, vor der Belegschaft zum Tode Stalins zu sprechen. Ein Text für die Rede sei ihm zugegangen. Halten die uns denn für blöde?, dachte ich. „Was soll das? Wir haben unsere Versammlung doch schon gestern gemacht.“ „Ich kann's nicht ändern“, sagte Jürgen Kreuziger, „ich muß mich an die Weisung halten.“

Ruhig und diszipliniert hörten sich die Leute die Ansprache an. Ich überlegte, wieviel Boden wir wohl in Betrieben verloren hatten, in denen die Parteiorganisation sich nicht sofort, auf eigene Verantwortung, mit eigenen Worten an ihre Kollegen gewandt hat! Denn noch am gleichen Tag setzte eine beispiellose Hetze des Gegners ein. Das Ziel war, Unsicherheit darüber zu verbreiten, ob die DDR Bestand haben werde.

Es folgte eine merkwürdige Zeit. Unsicher war alles geworden, schwer durchschaubar. Ging es noch um die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus? Oder hatten wir dieses Ziel jetzt aufgeschoben? Einerseits war der Korea-Krieg beendet, ein Brandherd gelöscht. Andererseits verschärfte sich die Lage in Europa. Die antikommunistische Hetze, die Diffamierung der von Adenauer weiterhin als „Soffjetzone“ bezeichneten DDR nahm unerhörte Ausmaße an. Die neuen Machthaber im Kreml, so der RIAS, hätten nach dem Tode Stalins erstmalig damit zu tun, die inneren Verhältnisse der Sowjetunion zu stabilisieren. Dazu brauchten sie außenpolitisch Luft, sie würden ihre Freunde in „Pankow“ preisgeben, damit die USA sie in Ruhe ließen. Die DDR stünde zur Disposition.

Die Nervosität wuchs, die Unzufriedenheit mit dem wieder schlechter werdenden Leben nahm zu. Nazis und Kriminelle trauten sich, das Maul aufzureißen.

Unter den Transportarbeitern gab es einen üblen, verkommenen Kerl, dem es gelungen war, die Jungen der Kolonne auf seine Seite zu ziehen. Von dieser Gruppe ging der Widerstand gegen unsere Werbung für die Kasernierte Volkspolizei aus. Beleidigungen, Verleumdungen der KVP krochen durch das Werk. Doch man wußte nicht, wer die Urheber waren. „Der behauptet, daß der KVPler ein Mädchen in seinen Postenstand gelockt und vergewaltigt hat!“ Endlich hatte es einem der jungen Transportarbeiter gereicht. Er erzählte, was der Brigadier so alles verbreitete. Das war kein Pauli, der im Suff Unfug trieb. Diesmal kannte der Reviervorsteher keine Nachsicht, als ihn der Betriebschutz informierte. Ich setzte sofort die Belegschaft ins Bild.

Solche Informationen, meist ging es um Planerfüllung, um die Politik, gab ich in der Mittagspause, im Speisesaal. Ich sprach dort kurz zu allen Fragen, die die Leute interessierten, zur Wiederbewaffnung der BRD,

zu den Aktivitäten der SPD-Zentrale in der Westberliner Zietzenstraße und anderen Themen, bevor die Kollegen abends zu Hause die Darstellung des RIAS hören konnten. An den Reaktionen während meiner kurzen Ausführungen konnte ich beobachten, wie die Einzelnen zu uns standen. Die meisten hörten beim Essen zu. Manche blieben teilnahmslos. Einige, die sich möglichst weit von der Stelle wegsetzten, von der aus ich redete, demonstrierten Desinteresse, sprachen unter sich. Wenn sie das zu laut taten, passierte es, daß andere sie mahnten, leiser zu sein. Sie wollten hören, was der Parteisekretär zu sagen hatte.

Walter Florath
(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 10. Folge wir hier veröffentlichten, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN Verlag 1999, entnommen.)

Denkt an unsere gefangenen Genossen!

Noch immer befinden sich aufrechte Bürger der DDR, durch die BRD-Klassenjustiz widerrechtlich verurteilt, in Haft. Schickt ihnen Solidaritätspost, Zeitungen, Bücher, Briefmarken und Telefonkarten! Haltet Kontakt!

Genosse Egon Krenz, geb. am 19. 3. 1937, verurteilt zu 6 Jahren und 6 Monaten Haft

Justizvollzugsanstalt Plötzensee, Friedrich-
Olbricht-Damm 16, 13627 Berlin

Genosse Heinz Kadgien, geb. am 5. 11. 1929, verurteilt zu 4 Jahren Haft,

Genosse Dieter Mühlmann, geb. am 2. 4. 1933, verurteilt zu 2 Jahren und 9 Monaten Haft

Justizvollzugsanstalt Hakenfelde, Niederneue-
endorfer Allee 140-150, 13587 Berlin



Schluß mit der politischen Strafverfolgung von Antifaschisten!

Am Rande bemerkt

■ Dieses wenig bekannte, aber immer noch aktuelle Lesezeichen von George Grosz fand ich in dem „deutschen Justizroman“ „Denn sie wissen, was sie tun“ des Romanautors, Dramatikers, Essayisten und Drehbuchautors



Ernst Ottwalt, der vor hundert Jahren, am 13. November 1901, geboren wurde. Ottwalts im Malik-Verlag erschienenes autobiographisches Werk „Ruhe und Ordnung“ (1929), ein „Roman aus dem Leben der nationalgesinnten Jugend“, schildert den Weg des Autors vom konterrevolutionären Söldner zum Mitstreiter der Arbeiterbewegung. Später enthüllte Ottwalt in seinem Roman „Denn sie wissen, was sie tun“ (Malik-Verlag, 1931) den reaktionären Mechanismus der bürgerlichen Klassenjustiz in der Weimarer Republik.

■ **Franz Josef Degenhardt** – Liedermacher, Links-Anwalt und Autor – feiert am 3. Dezember seinen 70. Geburtstag. Die RotFüchse gratulieren „Väterchen Franz“ und bekennen, zu den Bewunderern des seit vier Jahrzehnten unermüdlich Tätigen zu gehören. Reinhard Kühnl fand anlässlich des 50. Geburtstags von F.J.D. die folgenden, auch heute noch bedenkenswerten Worte: „... Du hast mit uns gelernt in den langen Kämpfen seit den 60er Jahren, daß die Empörung über das Unrecht nicht genügt, daß man auch seine Ursachen kennen muß; daß die Borniertheit des Kleinbürgers, so sehr sie uns auch ärgert, nicht der eigentliche Gegner ist, daß hinter ihr die Brutalität des Imperialismus steht, die den Kleinbürger formt und benutzt. Und Du hast mit uns ge-

lernt, daß unser Kampf ein sehr langer ist, daß er eine Sache von Generationen ist, daß wir uns nicht vom kurzen Zorn überwältigen lassen dürfen, sondern Geduld brauchen und Zähigkeit, heiße Gefühle und kühlen Verstand und eine große Liebe zu den Menschen.“

*„Ja, die Lieder werden bleiben,
sie sind Brüder der Revolution.
In den Waffen, den Gitarren,
wacht der Morgen unseres Sieges schon.“*

■ Der Physiker und Träger des Nationalpreises der DDR (1959) **Prof. Max Steenbeck** (21. März 1904 bis 15. Dezember 1981) ging in zahlreichen Reden, Aufsätzen und Essays immer wieder besonders auf die ethischen Aspekte der Arbeit des Wissenschaftlers ein. Sein Engagement für den Sozialismus und für die DDR war die logische Konsequenz aus seinen Einsichten und Erkenntnissen. Im Gedenken an seinen 20. Todestag hier ein Auszug aus seinem Artikel „Sie ist mein Land“:

„Dann war ich [nach elf Jahren in der Sowjetunion] wieder in Deutschland, das ich mir in langen Jahren immer wieder vorgestellt hatte; aber das Deutschland, das ich vorfand, war anders. Beide Teile des Vaterlandes boten mir Arbeit, von der ich ohne Sorge hätte leben können. Nun mußte ich mich entscheiden. Einige Monate war ich Wanderer zwischen den beiden Welten, verglich, was ich sah und hörte, mit dem, was ich in meinem Leben schon erfahren hatte. Wieder tat es weh, Deutscher zu sein. Bei allem Glanz und aller ernsthaften Arbeit fand ich in der Bundesrepublik all meine eigenen alten Fehler wieder: das Nicht-Wagen, in die Zukunft zu blicken, die Überheblichkeit der wirtschaftlichen und militärischen Macht, das alte „Genieße den Tag“, die Anbetung des persönlichen Erfolges, das feige Ausweichen vor einer besseren Einsicht, die zu erwerben Mühe und das Aufgeben einer eingebildeten Sicherheit gefordert hätte. Ich fand dies nicht nur in der Bundesrepublik, und ich fand nicht nur dies dort; aber es war doch in der öffentlichen Meinung dominierend – und nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch in vielen persönlichen Gesprächen.“

In der DDR fand ich mehr Willen, eine neuartige, bessere Zukunft aufzubauen; ich fand nicht den Elan in diesem Willen wie in der Sowjetunion; aber war das nicht um so mehr ein Grund, hier in der DDR zu wirken und mitzuhelfen? Auch hier tut vieles weh, und man darf dem nicht ausweichen. Aber hier geht man den einzigen Weg, der in die Zukunft unseres Volkes führt: beim Aufbau der kommenden, der friedlichen, der sozialistischen Welt ohne Überheblichkeit, auch unter Entbehrungen, mitzuarbeiten, damit wir Deutschen uns in der Familie der Völker einen

geachteten Platz erwerben und ihn behalten können.

Leicht ist diese Aufgabe nicht, und es ist gar nicht selbstverständlich, daß wir sie lösen. Aber sonst gehen wir unter.

Dieses Streben ist nun, nach langer Entwicklung, der Inhalt meines Begriffes von Vaterlandsliebe; es tut nicht mehr weh, an dieses Deutschland zu denken und daran zu glauben. Aber wie jede Liebe ist sie nicht Besitz, sondern täglich neue Aufgabe.“

(Aus: Sonntag, Nr. 19, 1961)

■ Und nun brach der Oktober, der große Oktober 1917 an! Die Ereignisse entwickelten sich immer rascher. Man spürte, daß die Entscheidung nahte.

Noch vor kurzem hatten wir dieses Gefühl nicht. Aber jetzt, seit Ende September/Anfang Oktober, hatten es alle – die Freunde ebenso wie die Feinde der Revolution.

„Die Revolution rückt heran!“ schrieb in diesen Tagen die Presse der Bourgeoisie, die Presse der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre. „Das Barometer zeigt auf Sturm, und nicht von ungefähr erscheint am Horizont der Schatten Lenins!“

Der Schatten Lenins? Irrtum, Herrschaften ... Nein, das war kein Schatten! Das war Lenin selber, voller unbändiger Energie und leidenschaftlicher Kampfeslust! Er setzte sein Leben aufs Spiel, um als Heizer verkleidet auf einer Lokomotive nach Petrograd zu gelangen und von der Wiborger Seite, von der Wohnung der Margarita Wassiljewna Fofanowa aus, unmittelbar die Vorbereitung des Aufstandes zu leiten.

Nein, das war kein Schatten! Das war der lebendige Lenin, der an den Sitzungen des Zentralkomitees der Partei teilnahm, der die Streikbrecher der Revolution anprangerte, der an die Marxsche Lehre vom Aufstand als einer Kunst erinnerte, der nachwies, daß die Krise herangereift war, daß die ganze Zukunft der russischen und der internationalen Revolution auf dem Spiel stand, der von der Partei forderte, daß sie sich sachlich, praktisch mit der technischen Seite des Aufstandes befasse, um die Initiative zu behalten und in der allernächsten Zeit zur entschlossenen Tat zu schreiten.

Er war es, Lenin, der aus der tiefen Illegalität die Arbeit der Partei lenkte ... Seine Stimme war es, die wie eine Sturmglöcke aus den Spalten der bolschewistischen Zeitungen tönte und heißen Widerhall in den Herzen der Arbeiter, der Matrosen, Soldaten und Bauern fand!“

Diese anschaulichen Erinnerungen sind enthalten in „Schwarzer Zwieback“, dem wichtigsten Werk der sowjetischen Autorin **Jelisaweta Drabkina**, deren hundertsten Geburtstag wir am 16. Dezember feiern (siehe auch RotFuchs Nr. 13, S. 23).

W. M.



Am 25. September 2001 bin ich aus der Haft entlassen worden. Damit hat unser Kampf um die Anerkennung des Paragraphen 45 StGB der DDR (Bewährung als das mildere Urteil) einen erfolgreichen Abschluß gefunden. Ich wurde also nicht aufgrund eines Gnadenaktes freigelassen. Diese Tatsache kann für den Kampf der noch Inhaftierten sehr wertvoll sein, denn die Entscheidungen des LG Chemnitz und des OLG Dresden bilden nun die juristische Grundlage für mögliche weitere Anträge auf Umwandlung der Haftstrafe in Bewährung. Auch hinsichtlich noch ausstehender Urteile und Prozesse ist das von Bedeutung. Den vielen Sympathisanten, die mich während der Zeit meiner Haft solidarisch begleitet haben, möchte ich auf diesem Wege herzlich danken. Der Dank geht im besonderen auch an die Mitarbeiter des „RotFuchs“. Eure Zeitung war mir ein guter und kritischer Begleiter. Für mich wie auch für eine Vielzahl Verurteilter ist der Kampf um Gerechtigkeit und Rehabilitation mit der Haftentlassung nicht beendet. In der Zuversicht, daß wir auch künftig Unterstützung durch viele Freunde und Genossen erhalten, darf ich der Redaktion weiterhin Erfolg für ihre wertvolle und aufopfernde Tätigkeit wünschen. Anbei mein Aufnahmeantrag als Mitglied des Fördervereins. **Oberst a. D. Günter Strobel, Heidenau**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe RotFüchse, aus dem fernen Ebersberg bei München übermitteln Euch zwei DKP-Genossen und Mitglieder unseres RF-Fördervereins die herzlichsten Kampfesgrüße. Wir schätzen den „RotFuchs“ als unverzichtbare „Tribüne für (alle) Kommunisten und Sozialisten in (ganz) Deutschland“ und als konsequenten Verfechter marxistisch-leninistischer Klassenstandpunkte. Wir wollen dazu beitragen, den RF inhaltlich und finanziell zu stärken und ihn im DKP-Bezirk Süd-Bayern bekanntzumachen. Wir wünschen der 1. Mitgliederversammlung des Fördervereins einen erfolgreichen Verlauf und freuen uns auf ein Wiedersehen bei der LLL-Demo im Januar in Berlin.

Manfred Feldmann, Horst Mette, Wasserburg/Ebersberg

Herzlichen Dank für die Einladung zur 1. Mitgliederversammlung des Fördervereins. Leider kann ich an dieser nicht teilnehmen, was ich sehr bedauere. Ich wünsche der Beratung einen guten Erfolg. Ich selbst werde die Werbung vieler neuer Mitglieder beharrlich fortsetzen.

Prof. Kurt Tiedke, Frankfurt/Oder

Die Genossinnen und Genossen der DKP-Gruppe Hoyerswerda/Lausitz und der Landesorganisation Sachsen der KPD arbeiten eng zusammen. Gemeinsame Info-Stände unserer beiden Parteien sind aus dem Hoyerswerdaer Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Ironisch heißt es dann oft nur: „Jetzt kommen die Knallrotten!“ Das ehrt uns, und wir geben uns auch alle Mühe, diesem Anspruch gerecht zu werden. Viele Passanten sind von den Logos DKP und KPD irritiert. Es gibt einen Haufen Fragen. Warum zwei kommunistische Parteien? So ist unsere aufklärende „Politinformation“ gefordert. Rote Fahnen in Hoyerswerda. Literatur von Marx, Engels und Lenin. Seit 11 Jahren hat es das hier nicht mehr gegeben. Das Rot der PDS ist schon lange verblaßt, und nur noch im Parteinaamen erinnert das Wort „Sozialismus“ an von der Führung inzwischen aufgegebenen Ziele. Schade, denn diese PDS war in den konterrevolutionären Herbsttagen 1989 auch für mich eine Hoffnung. Bis 1993. Dann trennte ich mich. Heute trete ich dafür ein, daß die Spaltung der Linken, der Kommunisten und wahren Sozialisten, überwunden wird.

Rolf Weinhold, DKP-Gruppe Hoyerswerda/Lausitz

Schon im März dieses Jahres bot die Landesleitung der KPD in Sachsen-Anhalt der DKP die gemeinsame Beteiligung an der Landtagswahl am 21. 4. 2002 an. Die Parteigliederungen der DKP

in Sachsen-Anhalt unterstützten das Angebot und entschieden sich einstimmig für die Beteiligung an der Landtagswahl und die Bildung einer Listenvereinigung mit der KPD. (...) Nach der Erfüllung aller rechtlichen Erfordernisse für die Wahlbeteiligung sind wir gegenwärtig mit der Sammlung der geforderten 1.000 Unterstützungsunterschriften beschäftigt. (...) Das „Programm der Listenvereinigung „Bündnis DKP/KPD““ schließt mit den Worten „All diese Vorhaben und Forderungen verlangen viel Aktivität, Organisation und gemeinsames Handeln. Die Umsetzung auch nur einer Teilforderung ist ein Schritt nach vorn und ein Beitrag zur Entwicklung solcher Bedingungen, die die Lage der arbeitenden Menschen verbessern und perspektivisch die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ermöglichen“. Wir wenden uns an alle Leser des „RotFuchs“ in Sachsen-Anhalt, die nicht in der DKP oder KPD organisiert sind: Geben Sie uns Ihre Unterschrift für unseren Wahlvorschlag! Gewinnen Sie aus Ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis weitere Personen für eine Unterstützungsunterschrift! Entscheiden Sie sich am 21. 4. 2002 für das Bündnis DKP/KPD!

Werner Hellmund (DKP), Dieter Rolle (KPD), Sachsen-Anhalt

Die Anschläge in den USA gehören schon der Vergangenheit an, die staatlichen Terrorakte der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, denen auch die BRD-Führung, die hellenische Regierung und die übrigen NATO-Mitgliedsländer zugestimmt haben, aber sind in vollem Gange. Täglich werden Zivilisten in großer Zahl grausam umgebracht.

Besonders makaber ist die Tatsache, daß die Amerikaner jetzt Krieg gegen die von ihrem Geheimdienst CIA selbst geschaffenen Banden führen, die sie einst gegen die Sowjetarmee in den Kampf warfen, deren Truppen der in Bedrängnis geratenen afghanischen Revolutionsregierung zu Hilfe gekommen waren. Damals galten Bin Laden und seine Männer als wahre Freiheitskämpfer, gute gläubige Moslems, die die bösen und atheistischen Kommunisten vernichten sollten. Heute sind sie auf einmal böse Terroristen, die tyrannisch regieren. Natürlich geht es allein um handfeste ökonomische Interessen. Deshalb Schluß mit dieser Terrorismus-Heuchelei!

Das Tragische besteht darin, daß die Arbeiterklasse noch nicht dazu imstande ist, eine breite antiimperialistische, antimonopolistische, demokratische Front als Gegenpol zum Weltimperialismus zu bilden. Aber die alte Losung „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ ist nicht überholt. Sie steht ja auch im Titel unserer Zeitungen „RotFuchs“ und „Rizospastis“. Diese Parole ist heute aktueller denn je. Ich begrüße die Gründung des „RotFuchs“-Fördervereins und beantrage gemeinsam mit meiner Frau Vera-Irene P.-Hirsch, uns als Mitglieder in der Ferne aufzunehmen.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

„Bitte übermittle allen Humanisten in Deutschland unseren Dank für die erwiesene Solidarität“, sagte am Abschiedsabend Professor Stefanovic von der „Schule des Friedens“ in Kragujevac zu mir. Den Dank möchte ich an alle weitergeben, die mich und meinen Mann in unserem jahrelangen Engagement für die Menschen in Serbien finanziell unterstützt haben. Ich war dabei, als u. a. 25 Paar Schuhe den ärmsten Flüchtlingskindern übergeben wurden. Ihre Freude muß man erlebt haben.

Es erfüllt mich mit Stolz, daß ich – ohne Organisation, ohne ständige Sponsoren – mit Spenden in Höhe von 2.600 DM ein wenig Not lindern konnte. 2.000 DM habe ich der „Schule des Friedens“ übergeben, für 600 DM haben wir dem Flüchtlingslager in Lapovo einen Fernsehapparat gekauft. Bei der Übergabe war ein serbisches Fernsehteam zugegen, das das Lager filmte. Ein kurzer Bericht ist bereits gesendet worden, ein längerer Film geplant.

Wenn der Fernsehapparat der Anstoß dafür war, daß in der Öffentlichkeit Kenntnis vom Elend in diesem Lager genommen und die nicht zu beschreibende Not für die dort auch lebenden Kinder gemildert wird, haben wir etwas erreicht.

„Komm wieder“, haben meine Freunde gesagt. Das will ich, sobald wie möglich. Um abermals helfen zu können, brauche ich weitere Unterstützung. Hier meine Telefonnummer: (0 30) 9 32 04 00 12

Brigitte Dressel, Berlin

Die meisten Artikel des RF sind für mich interessant und informativ. Leider ist es in den kommunistischen Parteien Europas nicht leicht, eine gemeinsame Linie zu finden. Die meisten Parteiführungen tendieren zu einer sozialdemokratischen Position. Ich betrachte daher den „RotFuchs“-Förderverein als einen Versuch, eine gemeinsame marxistische Linie zu finden. Nach meiner Ansicht ist es notwendig, eine Zeitung wie den „RotFuchs“ herauszubringen, um diese Entwicklung zu fördern. Meine Unterstützung ist eine kleine Spende von 50 Mark.

Walter Grundböck, Wien

Zur Ablösung des (vom Theologen Peter Franz mit Recht so bezeichneten) Wischi-Waschi-Begriffs „Wende“ hat Peter Hacks für sich das Fremdwort Al Nakbar gefunden. Aber in welchem Fremdwörterbuch muß ich suchen? Verehrter Peter Hacks, könnten Sie den Lesern dieser Zeitung einen Hinweis geben?

Der Begriff Anschluß erscheint mir umgangssprachlich passabel. Er assoziiert den Anschluß Österreichs 1938 und den der Sudeten im gleichen Jahr an das Hitlerreich. Insofern ist er zumindest richtiger als die Bezeichnung Beitritt, es sei denn, man würde Beitritt mit dem wortverwandten Abtritt in Verbindung setzen. Als Abtritt (Maskulinum) ist etymologisch ein „primitiver Abort“ zu verstehen. Insofern könnte es sich im Oktober 1990 um einen Beitritt in den Abtritt gehandelt haben. (Näheres in meinem Spotless-Buch „Heiratsschwindel“).

Gerhard Bengsch, Kleinmachnow

Auch ich bin der Meinung, daß für den Begriff „Wende“ der leider der vergeblichen und auch politisch naiven Mehrheit wie auch Verrätern, Anpassern, Wendehälsen und ähnlichem Gelichter allzu leicht unbeschadet über die Lippen geht, ein deutlicherer Begriff gefunden werden muß. Mein Vorschlag: „Wende ins Gestern“. **Günther Elguth, Potsdam**

Es ist erfreulich, daß auf die „Denkaufgabe“ im RF Nr. 44 vom September 2001 gleich drei Vorschläge als Synonyme für die Kategorie „Konterrevolution“ unterbreitet wurden, nämlich „Anschluß“ – „Rückentwicklung“ – „Unterwerfung“. Der inzwischen verstorbenen, von mir geschätzte Heinz Karmitzer verwendete den Begriff „Rückwende“. Doch habe ich zu allen Vorschlägen Bedenken. Das Kategorienpaar „Revolution“ – „Konterrevolution“ stellt eine nicht auflösbare dialektisch-widersprüchliche Einheit dar. Nun sind Umschreibungen von Begriffen zulässig, soweit sie nicht an Eindeutigkeit verlieren und beliebige Interpretationen ermöglichen. Auch die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben Begriffe, wenn nötig, umschrieben, zugleich aber exakte Begriffsbestimmungen gefordert, um „Auslegungen“ vorzubeugen. Ein Synonym für die oder eine annähernd zutreffende Umschreibung der Kategorie Konterrevolution scheint mir jedoch nicht möglich. Als Kategorie des historischen Materialismus bedeuten Revolution Ablösung einer alten durch eine neue, höhere Gesellschaftsformation, Konterrevolution Wiederherstellung der alten, vorrevolutionären Situation (Restauration – wobei Restauration und Konterrevolution auch nicht identisch sind). Die Frage des Verständnisses bei einem Teil der Volksmassen ist zwar propagandistisch und agitatorisch wichtig, darf aber nicht zu auslegbaren Begriffsbildungen führen. Man sollte den Volksmassen auch einiges zutrauen, trotz Entstellung und Verfälschung wissenschaftlicher Begriffe durch die bürgerlichen Medien. Von einigen Autoren wird auch eine Änderung der Wortverbindung vorgenommen: „Gegenrevolution“. Dies wäre auch mein Vorschlag.

Prof. Dr. Ulrich Huar, Berlin

Leider kursieren die RotFüchse noch außer Haus, so daß ich keinen Aufnahmeantrag für den Förderverein zur Hand habe. So bitte ich Euch, meinen Antrag formlos entgegenzunehmen. Als erste Beitragszahlung lege ich einen Scheck über 50 DM bei. Ich halte die Gründung des Fördervereins für einen richtigen Schritt. Eure Beiträge lese ich immer mit großer Genugtuung und habe auch gegenüber den Verfassern für ihren Fleiß, ihre Haltung und ihren Standpunkt hohe Achtung. Dem gesamten Kollektiv wünsche ich viel Ausdauer und Schaffenskraft. (...)

Johannes Chemnitzer, Feldberger Seenlandschaft, OT Lichtenberg

Dem „RotFuchs“-Förderverein wünsche ich für die notwendige Revitalisierung des Marxismus und seine schöpferische Weiterführung vollen Erfolg. Nach der Niederlage des Sozialismus in Europa scheint mir das dringender denn je zu sein. Dabei muß jede (theoretische und normative) These des wissenschaftlichen Sozialismus historisch betrachtet und mit den aufhebenden Errungenschaften der modernen Sozialwissenschaft und den konkreten Erfahrungen der Geschichte verbunden werden. Nur so können auf der Basis der Marx'schen Methodologie neue theoretische Ansätze gefunden werden, die wir für die Gestaltung einer sozialistischen Programmatik und den praktisch-politischen Kampf dringend benötigen. Bei dieser historischen Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus wird es natürlich nicht ohne Irrtümer abgehen. Denn der Irrtum ist eine Form des Wissens vom Unbekannten und erscheint neben der Wahrheit als integrierendes Moment des sozialen Erkenntnisprozesses. Ich sage das deshalb, weil ich mir im Förderverein und im „RotFuchs“ eine kameradschaftliche, genossenschaftliche Diskussion wünsche – gemäß der dialektischen Meinung Gramscis: „Bei der Herangehensweise an historisch-kritische Probleme darf die wissenschaftliche Diskussion nicht als ein Gerichtsprozeß aufgefaßt werden, in dem es einen Angeklagten und einen Staatsanwalt gibt, der von amtswegen beweisen muß, daß der Angeklagte schuldig ist und es verdient, aus dem Verkehr gezogen zu werden.“ Und dies involviert auch, Auffassungen von Gegnern danach zu prüfen, in welchem Maße deren Erkenntnisse in die marxistische Erkundung sozialer Prozesse einbezogen werden können. Marx, Engels und Lenin selbst bieten hierfür hervorragende Beispiele. Prof. Dr. Ingo Wagner, Leipzig

Ich stimme den Ausführungen Norbert Pauligks in seinem Artikel „Warnung vor Kaminträumen“ (Nr. 44) zu, daß man Sozialismus nicht auf dem jetzigen Standard der höchstentwickelten Länder errichten kann. Deshalb, weil man von der Situation im Weltmaßstab ausgehen muß. Das heißt, es ist mit dem Ausgleich des Niveaus der rückständigen Länder im Verhältnis zu den fortgeschrittenen zu rechnen. Dabei geht es um dreierlei: 1. Die Ausbeutung der „Dritten Welt“ durch die hochentwickelten Länder ist zu beseitigen, wodurch diese Quellen des hohen Standards wegfallen. 2. Der heutige Standard der hochentwickelten Länder ist mit rücksichtslosem Verhalten gegenüber den Lebensbedingungen der Menschheit und der Natur verbunden; die unsinnige Erzeugung von Waren erfolgt infolge eines unsinnigen Konsumstils, der durch die Reklame hochgepeitscht wird. Sozialismus bedeutet zwar auch hohen Standard. Er wird jedoch aus den Bedürfnissen der allseitigen Entwicklung abgeleitet und zielt darauf ab, die Lebensbedingungen der Menschheit zu schonen und durch frühere Plünderung verursachte Schäden zu beseitigen. 3. Würde der heutige Trend der durch den Kapitalismus verursachten Entwicklung fortgesetzt, käme es unausweichlich (auch ohne Kriege) zur Katastrophe der Menschheit. Denn die Erde könnte solche Überlastung nicht ertragen.

Der notwendige Ausgleich des Lebensniveaus der entwickelten Länder, der in keinem Falle mit dem durch die Unsinnigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft geprägten Lebensstil gleichgesetzt werden kann, wird unausweichlich einem gewissen Abbau mit sich bringen. So etwas wurde bereits im „realen Sozialismus“ angedeutet, als die mehr entwickelten den weniger entwickelten oder völlig unterentwickelten bei deren Aufstieg um den Preis momentaner eigener Nachteile brüderliche Hilfe geleistet haben. (...)

In meinem Beitrag auf der Berliner Konferenz von „RotFuchs“ und „offensiv“ („Imperialismus und antimperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert“) im Oktober 2000 plädierte ich für eine allseitige Arbeit an der Theorie des Sozialismus, damit man unsere Nachfolger auf die Probleme, denen man später begegnen wird, vorbereitet. Denn viele, besonders die „demokratischen Sozialisten“ und gewisse „Kommunisten“ sparen nicht mit Versprechungen eines idealen, fast idyllischen Anlaufs zum Sozialismus in der Zukunft. Dabei werden die Schwierigkeiten des früheren Anlaufs nicht in Rechnung gestellt und beiseite gelassen, daß ein neuer noch schwieriger sein dürfte.

Nur einen Einwand habe ich zum Artikel des Genossen Pauligk. Warum lehnt er den Ausdruck „Sozialismus-Vorstellungen“ als unwissenschaftlich ab? Weil mißbraucht oder falsch erklärt, sollte man allgemein verwendete Termini nicht verwenden, sondern sich gegen Begriffe wenden, die die Dinge tatsächlich verfälschen: z. B. „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ statt Ausbeuter und Ausgebeutete. Karel Intera, Prag

In unserer Trauer um Kleds Tod möchte ich Euch fest die Hände drücken. Er fehlt uns – heute und morgen. „Ich weiß“, würde er sagen. „Weitermachen“, würde er sagen. Legt ihm bitte eine Sonnenblume auf seinen Platz. Annelie Thorndike, Seebad Bansin

(...) Ich schreibe Euch zum Tod Eures Mitarbeiters und – wenn man so will – meines „Ahnherren“ beim beruflichen Einstieg am einstigen Deutschlandsender – Karl-Eduard von Schnitzler. Ich wollte Euch schon eine Beileidskarte schicken, weil es bestimmt für Euch ein herber Verlust ist, nunmehr auf seine Mitarbeit verzichten zu müssen. Doch da sah ich im „Nordmagazin“ von N3 (Mecklenburg-Vorpommern) einen so stümperhaften Nachruf, daß ich mich lieber mit denen anlegte. (...) Da ich mich z. Z. noch an mehreren anderen Fronten reibe, ist es für mich ein kleiner Trost, wenigstens in der „Rotfuchs-Bunkerstellung“ Rückenstärkung zu finden. Torsten Preußing, Berlin

Nachträglich übermittle ich meine tiefe Anteilnahme am Tode Karl-Eduard von Schnitzlers. Sie gilt vor allem seiner Frau Marta Rafael, die vor Jahren in Düsseldorf Gedichte las. Bei dieser Gelegenheit lernte ich auch von Schnitzler kennen. Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

Der beiliegende Leserbrief wurde der Zeitung „Neues Deutschland“ mit der Bitte um Veröffentlichung zugestellt. Das ND fand keinen Platz für diese Zeilen über eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte. Ich kann das nur so werten, daß die Verantwortlichen hinter den Verleumdern von K.-E. stehen. Die annähernd 500 Trauergäste in Eichwalde dankten ihm für seinen unermüdlichen Kampf um eine bessere Welt. Ich bitte Euch, meinen Leserbrief, wenn auch verspätet, zu veröffentlichen. Adieu, Karl-Eduard! Der Verlauf des Weltgeschehens, das Wüten der „führenden Weltmacht“ gegen ein unschreiblich gesundes Land beweisen täglich immer klarer: Er hat stets die Wahrheit gesagt, die reine Wahrheit und nichts als die Wahrheit! Daß Karl-Eduard von Schnitzler „im Volksmund“ der DDR als „Sudelede“ bezeichnet worden sein soll, ist eine Erfindung seiner Feinde. Sie haben schon an der Wiege der DDR gesudelt und sind vor keinem Verbrechen zurückgeschreckt, um die junge Republik zu erdrosseln.

Am 19. 10. 2001 hat der unermüdliche, aufrechte Kämpfer und Sozialist in märkischer Erde seine letzte Ruhestätte gefunden. Er hätte es verdient, auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt zu werden. Rudolf Härtel, Strausberg

Mit tiefer Trauer erfuhr ich vom Tod Karl-Eduard von Schnitzlers. Er war ein Streiter für die Sache des Friedens und des Sozialismus. Gern habe ich seine Sendungen zu DDR-Zeiten und seine Beiträge im „RotFuchs“ verfolgt. Wir haben einen standhaften Genossen verloren. Er bleibt in unseren Herzen und Gedanken lebendig. (...) Günter Bauch, Fraureuth

Liebe Genossen, so darf ich Euch doch sicherlich nennen? Aus tiefstem Herzen habe ich den Aufnahmeantrag für den Förderverein ausgefüllt und gleich abgeschickt. Schon lange verfolge ich alle Artikel und Aktionen vom „RotFuchs“. Viele der älteren Kommunisten, die in der Zeitschrift zu Wort gekommen sind, kenne ich, und ich weiß jetzt, wo ich eine neue Heimat gefunden habe. Ich grüße alle, die aufrichtig und standhaft ihre Meinung vertreten und am Marxismus-Leninismus festhalten. Als Arbeiter konnte ich nie mit Worten umgehen, aber mit Taten überzeugen. Jetzt ist Standhaftigkeit gefragt, wobei sich jeder denken kann, wie schwer es in dieser Zeit ist. Ich habe Kinder, denen

ich nichts schuldig bleiben werde. Worte und Gedanken will ich für die Zukunft weitergeben.

Roland Skarupke, Wassenberg

Ihr müßt über ein Geheimrezept verfügen. Wie bringt Ihr es nur fertig, daß wir auf jede Ausgabe mit Ungeduld warten und – wenn sie dann da ist – alle Artikel geradezu verschlingen, als hätten wir drei Tage darben müssen. Jeder Beitrag – auch in der letzten Ausgabe – findet unsere Zustimmung. Mit dem Leitartikel in Nr. 45 habt Ihr regelrecht einen Hit gelandet. Der Verfasser ist zwar keiner von uns, aber es zeigt sich, daß auch Leute wie dieser geistliche Herr aus Florida offenbar lernfähig sind. Wir bedanken uns mit einer zusätzlichen Spende. Leider sind wir beide nur noch wenig belastbar. Um so mehr bewundern wir das große Kollektiv der schreibenden, gestaltenden, druckenden, eintütenden und versendenden Füchsen und Füchse, die eine Unmenge Kraft und Zeit aufwenden, um uns die erforderliche ideologische Medizin für das Aushalten dieses Lebens zu liefern. Helga und Günter Buschow, Schwerin

Ich schätze den „RotFuchs“ sehr, lese ihn interessiert und gebe ihn dann weiter. Ich möchte ihn nicht missen, werde ihn auch weiterhin finanziell unterstützen. Ich schicke Euch für das vierte Quartal 20 Mark. Hans Frobin, Berlin

Hallo, Genossen! Es ist mir ein Bedürfnis, Euch zur Idee des „RotFuchs“-Fördervereins zu gratulieren. So wird der wunderbare „RotFuchs“ sicherlich auf stabileren Füßen stehen. Beim Lesen fast aller Artikel möchte man sagen: Jawohl, dem stimme ich 100 %ig zu. Kurzum: Bei der Zeitschrift fühle ich mich „ganz zu Hause“. Marga Ranga, Zwickau

Daß es den RF weiterhin gibt, finde ich gut. Ich möchte ihn auch gerne künftig beziehen und habe vor ein paar Wochen wieder eine kleine Spende überwiesen. (...) Insgesamt halte ich den „RotFuchs“ nach wie vor für interessant. Gefallen hat mir nicht, daß Ihr zu den Berliner Wahlen, konkret zur Teilnahme der DKP, so gut wie nichts vermeldet habt. (...) Letzter Anstoß für diesen Brief aber war in Nr. 45 der mit S. R. (wer ist dieser Anonymus?) gezeichnete Artikel „Wunderliches von Wunderlich“. Allein schon die Überschrift halte ich für einen Skandal. So sollten Gleichgesinnte nicht miteinander umgehen. Nun aber zum Inhalt. Hier wird ein prinzipielles Problem aufgeworfen, nämlich die Frage: Was ist „marxistische Theorie“ und wer entscheidet darüber? Den Beitrag von Hans Wunderlich habe ich als langjähriger UZ-Leser und viele Male bei unterschiedlichsten Gelegenheiten auch mit ihm diskutierend gelesen. Seine Ansichten – so wie auch meine im übrigen – sind oftmals divergierend zu anderen. Das scheint mir aber eher ein Gewinn als ein Verlust. Wenn der Anonymus zu dem UZ-Beitrag vom 31. August anderer Meinung ist, hätte er dies ja in einem Leserbrief etc. zum Ausdruck bringen können. Methodisch wird aber hier sogar noch ein Problem angeschnitten, welches ich seit über 30 Jahren als ehemaliger Informationsmitarbeiter kenne: Wie mache ich als Berichtender über etwas immer deutlich, was mein Standpunkt und welcher der des anderen ist? Eine Vermischung kann da schnell geschehen. Gernot Bandur, Berlin

Bemerkung der Redaktion:

Die Pseudonyme unserer Mitarbeiter werden – wie bei jeder Zeitung üblich – nicht gelüftet.

Anbei meinen Aufnahmeantrag für den Förderverein, dessen Gründung jenen einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, die den „RotFuchs“ ins Abseits drängen möchten. Die größte Fehlentscheidung wäre in diesem Fall Unentschiedenheit gewesen. Darum findet die Gründung des Fördervereins meine volle Zustimmung und Unterstützung. Horst Schattat, Bruchmühle

Hiermit übergebe ich Euch meinen Aufnahmeantrag für den „RotFuchs“ e. V. Ich begrüße es sehr, daß in der Satzung die Worte „deutsch“ und „Deutschland“ nicht zu finden sind. Internationalität ist heute wichtiger denn je. Das sollte sich auch im Kopf des „RotFuchs“ niederschlagen. Mein Vor-

schlag: „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten“ („in Deutschland“ streichen). Ungeachtet der Umstände, die zu diesem Weg der Gründung des „RotFuchs-Vereins“ geführt haben, halte ich eine solche Organisation zur Sammlung aller kommunistisch/sozialistisch Denkenden, unberührt von Parteizugehörigkeit und Nationalität, für außerordentlich wichtig. Es ist also keine Notlösung, sondern ein Weg nach vorn. Dazu viel Erfolg.

Dr.-Ing. Hans Köckeritz, Kurort Gohrisch

Kaum glaublich, aber wahr, der Kasseler „Alt-kommunist“ ist mit diesem kleinen Leserbrief bei unserer größten bürgerlichen Tageszeitung „HNA“ (Auflage: rund 320 000) tatsächlich durchgekommen! Hier der Text: „Alles, was gegenwärtig unheilvoll passiert, ist die auf das äußerste zugespitzte Folge des Strebens transnationaler kapitalistischer Spitzenkonzerne, mit denen der USA an erster Stelle, die ganze Welt ihrer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Herrschaft zu unterwerfen. Das Ganze maskiert mit den Etiketten Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Jegliche Politik und Medien, die diesen realen Sachverhalt durch Irreführung oder Verschweigen zu verschleiern suchen, handeln im Dienste dieser Konzerne. Dienste fünfzig Jahre lang die angebliche Bedrohung durch den Kommunismus als Vorwand, Rechtfertigung und Tarnung für diese Machtpolitik, so jetzt ein Terroranschlag gegen die USA. Mit ungeheuer-

erlichem Zynismus wird der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln abermals in Gang gesetzt.“ Immerhin, trotz Kürzungen ist in der Substanz von fünf Sätzen enthalten: Imperialismus-Analyse, Rolle der Politik und der Medien, Geschichte des Antikommunismus und Kennzeichnung der Kriegs-gegenwart. Ich werte das als Erfolg. Anbei meine Spende.

Willi Belz, Kassel

Um wen es sich beim Verfasser des Artikels zu Chinas Gewerkschaften, R. F., handelt, weiß ich nicht. Aber von Prof. Eike Kopf las ich in der KPD-Zeitung „Die Rote Fahne“ schon mehrmals Texte über angeblich zukunftsweisende Reformen und marxistisch-leninistische Solidität etc. der KP Chinas. Von der bürgerlichen Presse (FAZ ...) nicht zu reden, auch China-Texte in „Ossietzky“ (Nr. 21) oder „offensiv“ (Nr. 8/01) lassen allen o. g. Optimismus weithin vermissen. Ist denn selbst vor Ort (E. Kopf, Peking!) eine politische Bewertung so unerhört schwierig. (...) daß sich solch riesige Beurteilungsgegensätze auftun? Oder spielt wieder einmal die leidige Linkenhaltung eine Rolle, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf“?

Hansjörg Schupp, Appetshofen

Der Tod von Karl-Eduard von Schnitzler hat mich sehr betroffen, obwohl ich keine persönliche Beziehung zu ihm hatte. Aber vielleicht sind poli-

tisch-ideologische Überzeugungen persönlichen Bindungen ähnlich. Zunächst möchte ich bekennen, daß ich ihn in meinem jugendlichen Alter – so um die 50er Jahre – überhaupt nicht mochte! Heute, da ich die Manipulation durch die Medien des Kapitals überblicke, kann ich mir vorstellen, wie auch ich seinerzeit manipuliert worden bin. Durch das Studium des Marxismus-Leninismus und aus gewonnener innerer Überzeugung erkannte ich später die Gemeinsamkeiten zwischen Karl-Eduard von Schnitzler, der Arbeiterklasse ... und mir. (Insbesondere durch den „Schwarzen Kanal“ im DDR-Fernsehen, den ich als Westberliner verfolgte.) So geht es heute noch vielen Bürgerinnen und Bürgern, die den wissenschaftlichen Sozialismus nicht kennen. Sie sind dem Antikommunismus ausgeliefert und betrachten Worte wie die Schnitzlers als „gegen sie“ gerichtet.

Ein kleiner Erfolg wurde bei den Berliner Wahlen errungen. Die PDS (obwohl bereits „umgemodelt“) hat einen Sieg davongetragen, während die Hauptpartei des Kapitals, die CDU, gewaltig an Stimmen einbüßte. Das alles ist für die Herrschenden noch nicht gefährlich, aber das Anwachsen der Linkskräfte beunruhigt sie dennoch. Diesmal hat die Manipulation nicht so geklappt wie sonst – Karl-Eduard würde sich mit Recht freuen!!!

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Martialische Symbole im Dienste chauvinistischer Manipulation In Stein gehauene Heldenlüge

Der Theologe und „RotFuchs“-Autor Peter Franz aus Weimar hat sich einer wichtigen Aufgabe unterzogen, indem er sämtliche Kriegerdenkmäler Thüringens auf deren offene oder verdeckte Botschaften hin untersuchte. Er hat sie fotografiert, aufgelistet und kategorisiert. Nur selten ist er – wie bei dem 1964 in Kulm (Saale-Orla-Kreis) aufgestellten Stein – auf Monumente gestoßen, die wahre Aussagen trugen. Die Toten seien durch „Krieg und Menschenwahn“ gestorben, heißt es dort. In der überwiegenden Mehrzahl widerspiegeln die Kriegerdenkmäler nicht Trauer, sondern verklärte „Heldenverehrung“ oder blanken Chauvinismus. Hinzu kommen pseudoreligiöse Heuchelei und kirchliche Ausnutzung des menschlichen Leids. Da ist voller Verlogenheit vom „Feld der Ehre“, vom „tapferen Kampf“, von „Pflichttreue“ und „Opfertod“ oder von „Gottes Ratschluß“ die Rede. Mit Sprüchen wie „Und ihr habt doch gesiegt“ oder „Im Felde unbesiegt“ folgt man der Dolchstoßlegende.

Aufschlußreich ist, daß die DDR die Mahnmale zur Erinnerung an die Schrecknisse des Krieges überwiegend fast unverändert akzeptierte, lediglich auf Entfernung faschistischer Symbole und Bezeichnungen drang, während diese nach der Annexion im Jahre 1990 von den Eroberern aus dem Westen und einheimische Reaktionäre häufig durch Eiserne Kreuze und ähnliches Dekor „ergänzt“ wurden. Wo man nach neuen Kriegsschauplätzen Ausschau hält, braucht man den „kraftspendenden“ Heldenkult um die „Kameraden“ und „Tapferen“ vorangegangener Kriege, die vor ihrem eigenen Tod meist selber tödend durch fremde Länder gezogen waren. Bundeswehrredner propagieren bei Einweihung neuer Monumente gezielt „militärische Tugendhaftigkeit“ und empfehlen „Nacheiferung“.

Wichtig ist das Resümee, das der Autor zieht: „Die überaus meisten der in Thüringen anzutreffenden Soldaten-Erinnerungsstätten sind martialische Idole. Sie gehören eigentlich auf den Müllhaufen der Geschichte. Aber da es diesen bekanntlich nicht gibt, sind sie nach wie vor breit über dem ganzen Land disloziert und warten darauf, von den Menschen, die sie täglich sehen oder die als Fremde gelegentlich auf sie treffen, betrachtet und ‚verarbeitet‘ zu werden.“ Dazu wolle die Untersuchung einen Beitrag leisten. Den Menschen müsse bewußt gemacht werden, daß es sich bei den getöteten Soldaten weder um „Helden“ noch um „Opfer“ handelte, sondern um gepreßte, verführte, manipulierte „Bauern“ auf dem Schachbrett der Herrschenden.

Die akribische Arbeit von Peter Franz, mit sicherer Feder geschrieben und von einem klaren politischen Kopf verfaßt, verdient weiteste Verbreitung.

K. S.

PETER FRANZ: *Martialische Idole. Die Kriegerdenkmäler in Thüringen und ihre Botschaften. Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., Käthe-Kollwitz-Str. 6, 07743 Jena, ISBN 3-935850-04-2*

Griechenlands Kommunisten kämpfen an der Spitze der Werktätigen für die antimonopolistische, antiimperialistische, demokratische Einheitsfront.

ΚΑΤΑΔΙΚΗ ΤΟΥ ΤΡΟΜΟΚΡΑΤΙΚΟΥ ΠΛΗΓΜΑΤΟΣ ΣΤΙΣ ΗΠΑ, ΝΑΙ! ΑΛΛΑ ΟΧΙ ΚΑΡΑΘΩΣΗ ΤΗΣ ΙΜΠΕΡΙΑΛΙΣΤΙΚΗΣ ΠΟΛΙΤΙΚΗΣ ΠΟΥ ΓΕΝΝΑΕΙ ΤΟΝ ΠΟΛΕΜΟ, ΤΗ ΦΤΩΧΕΙΑ, ΤΗΝ ΑΝΕΡΓΙΑ! ΠΟΥ ΕΙΝΑΙ ΤΡΟΜΟΚΡΑΤΙΚΗ!

ΟΙ ΗΠΑ ΚΑΙ ΟΙ ΣΥΜΜΑΧΟΙ ΤΟΥΣ ΔΕΝ ΠΟΛΕΜΟΥΝ ΤΗΝ ΤΡΟΜΟΚΡΑΤΙΑ, ΠΟΛΕΜΟΥΝ ΤΟΥΣ ΛΑΟΥΣ!

ΝΑ ΚΑΤΑΡΓΗΣΟΥΜΕ ΣΤΗΝ ΠΡΑΞΗ ΤΟΝ «ΤΡΟΜΟΝΟΜΟ» ΚΑΙ ΟΣΑ ΑΝΤΙΛΑΙΚΑ ΜΕΤΡΑ ΑΥΤΑΡΧΙΣΜΟΥ ΕΤΟΙΜΑΖΟΝΤΑΙ ΝΑ ΠΑΡΟΥΝ ΜΕ ΠΡΟΣΧΗΜΑ ΤΗΝ ΤΡΟΜΟΚΡΑΤΙΑ ΚΑΙ ΤΟΥΣ ΟΛΥΜΠΙΑΚΟΥΣ ΑΓΩΝΕΣ!

ΝΑ ΣΤΑΜΑΤΗΣΟΥΜΕ
ΚΑΘΕ ΕΜΠΛΟΚΗ ΤΗΣ ΕΛΛΑΔΟΣ ΣΤΗΝ ΙΜΠΕΡΙΑΛΙΣΤΙΚΗ ΕΠΙΘΕΣΗ

ΚΚΕ

„Hyänen der NATO“ – ein Plakat der KP Griechenlands

Wir ehren über 85jährige Mitglieder unseres Fördervereins

Am 29. November 2001 begeht **Genosse Herbert Thomas** – ehemaliger Buchenwald-Häftling und Pressechef der DDR-Volkskammer – seinen 89. Geburtstag. Seine unerschütterliche Treue zur Sache, seine Bescheidenheit und warme Menschlichkeit, seine Einsatzbereitschaft bis ins hohe Alter sind uns Vorbild.

Am 8. Dezember 2001 wird **Genosse Eberhard Bock** – ein erfahrener Propagandist, langjähriger Parteischullehrer und hervorragender Kenner der russischen Sprache, aus der er bis heute wichtige Materialien übersetzt, 88 Jahre alt.

Wir gratulieren beiden Genossen sehr herzlich und wünschen ihnen weiterhin die nötige Kondition.

Am 7. Dezember 2001 begeht die treue Kommunistin, unsere langjährige Leserin

Lydia Just 70. Geburtstag.

Die „RotFuchs“-Redaktion übermittelt der erfahrenen Genossin, die in der DDR mit verantwortlichen Aufgaben betraut war und das in sie gesetzte Vertrauen stets rechtfertigte, von ganzem Herzen ihre Glückwünsche.

An die neuen Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins ■ Sämtliche Genossinnen und Genossen, die bis einschließlich 4. November 2001 dem Verein beigetreten sind, wurden inzwischen vom Vorstand als Mitglieder bestätigt. ■



Grafik: Arno Fleischer

Im Vertrauen Weihnachten steht vor der Tür. Geschenke werden eingekauft, Überraschungen vorbereitet. Man denkt an die, die einem besonders nahestehen, überlegt, wie man ihnen eine Freude bereiten kann. Als Redakteur des „RotFuchs“ wende ich mich an Euch, liebe Leserinnen und Leser, Genossinnen und Genossen, mit der Bitte, diese kommunistische Zeitung, eine Kostbarkeit im Deutschland der heraufziehenden Faschisierung, in den Kreis derer einzubeziehen, die Ihr bedenken wollt.

Wir haben raue Zeiten hinter uns, sind durch einige Turbulenzen gegangen und haben jetzt wieder festen Boden unter den Füßen. Mit einer Ausnahme: Unsere Bilanz ist leider noch nicht ausgeglichen, da wir den RF, dessen Herstellung kostspielig ist, auch an viele Mitstreiter versenden, deren finanzielle Lage es nicht gestattet, uns zu unterstützen. Manche haben es vielleicht auch nur vergessen, dem „RotFuchs“ hin und wieder das Fell zu streicheln oder seinen Futternapf zu füllen. Und: Allein von den Beiträgen der Mitglieder des Fördervereins können wir unser Blatt vorerst nicht erhalten. Es bedarf immer wieder der Solidarität aller, um über die Runden zu kommen. Eines ist klar: Wer selber schlecht dran ist, sollte sich durch diese Zeilen nicht bedrängt fühlen. Allen, die Weihnachten an uns denken, sagen wir schon jetzt unseren Dank!

Klaus Steiniger

Der „RotFuchs“ steht jetzt gleich zweimal im Internet:
<http://www.rotfuchs.net>
<http://home.t-online/home/rotfuchs.berlin.de>
 Unsere E-Mail-Adresse lautet:
rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 8. November 2001
 der folgenden Ausgabe: 5. Dezember 2001

Gegründet im Februar 1998
 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
 der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:
 RotFuchs-Förderverein e. V. (i. G.)

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger,
 Teterower Ring 37,
 12619 Berlin, Tel. 030/561 34 04
 (Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
 Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanser

Autorenkreis:

Rolf Berthold
 Isolda Bohler (Valencia)
 Dr. Vera Butler (Melbourne)
 Wolfgang Clausner
 Dr. sc. Gerhard Feldbauer
 Walter Florath
 Peter Franz
 Dr. sc. Kurt Gossweiler
 Ernst Heinz
 Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar
 Dieter Itzerott
 Gerda Klabuhn
 Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
 Wolfgang Metzger
 Dr. Annemarie Mühlefeldt
 Frank Mühlefeldt
 Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
 Dr. Norbert Pauligk
 Rainer Rupp
 Karl-Eduard v. Schnitzler †
 Dr. Hartwig Strohschein

Herbert Thomas
 Dr. Ing. Peter Tichauer
 Rolf Vellay

Künstlerische Mitarbeit:
 Arno Fleischer
 Heinz Herresbach
 SHAHAR

Versand und Vertrieb:
 Armin Neumann
 Sonja Brendel, Bruni Büdler
 Monika Kauf, Bernd Koletzki

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

IMPRESSUM